(Beginn: 14.07 Uhr – Ende: 18.44 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 21. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, darunter auch Studierende der Universität zu Köln, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates. Besonders herzlich begrüße ich unsere beiden neuen Beigeordneten, Frau Klug als Kämmerin und Frau Reker als Sozialdezernentin, zu ihrer ersten Ratssitzung. Beide werden gleich noch kurz das Wort ergreifen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Hoffmann und Herr Möring entschuldigt. Außerdem bitte ich den Herrn Stadtdirektor zu entschuldigen. Er vertritt heute die Stadt Köln bei der Auswahl der Mobile World Capital in London. Wir hoffen sehr, dass er mit einem Erfolg gegen 18 Uhr, wenn das Wetter es zulässt, hier eintreffen wird.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Muss sich nicht beeilen!)

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Schneider, Herrn Schlieben und Herrn Helling.

Ehe wir zur Feststellung der Tagesordnung kommen, darf ich Ihnen vorab ankündigen, dass wir uns - das ist guter Brauch - nach Abschluss der letzten Ratssitzung in diesem Jahr zu einem kleinen Umtrunk im Vorraum zusammenfinden wollen. Es liegt also an uns, ob es ein abendlicher Umtrunk wird oder eher die Einnahme eines Mitternachtssüppchens. Ich finde es richtig und gut, dass wir diesen Brauch auch weiterhin beibehalten.

(Beifall von Götz Bacher [SPD])

Wir kommen nun zur Festlegung der heutigen Tagesordnung. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf, wie üblich, gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die FDP-Fraktion hat am 9. November 2010 fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema "Erfreuliche Einnahmensteigerungen im städtischen Haushalt - Verzicht auf Steuer- und Gebührenerhöhungen" eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 1.1 beraten wollen.

Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit: Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.1, 4.2, 4.3, 6.1.4, 8.1, 8.2, 10.28, 10.29 - 10.29 ersetzt 10.14, der abgesetzt werden soll -, 10.30, 10.31. Weitere Zusetzungen unter 17.3, 17.4, 17.5, 17.6, 17.7, 17.8, 17.9 und 17.10. Des Weiteren sollen im nichtöffentlichen Teil die Punkte 23.2, 24.4 und 24.5 zugesetzt werden.

Jetzt zu den Absetzungen: Abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 10.11, 10.14 - wie gesagt, 10.14 wird durch 10.29 ersetzt - sowie im nichtöffentlichen Teil Tagesordnungspunkt 23.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich darf Sie namens meiner Fraktion und anderer Fraktionen bitten, den Punkt 10.18 wegen Beratungsbedarf heute nicht zu behandeln. Gestern ist im Integrationsrat ein völlig neuer Beschluss gefasst worden, dessen Details wir gerne erst prüfen möchten. Deshalb bitte ich darum, diesen Punkt heute nicht zu behandeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich werde gleich darüber abstimmen lassen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Wir wollen dagegen reden!)

Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die jetzt in Rede stehende Vorlage ist ein halbes Jahr alt und hat zwei Beratungsrunden durchlaufen, was ja für eine Verwaltungsvorlage nicht gerade der übliche Fall ist. Darum sollte man heute darüber beraten und entsprechend abstimmen. Ich stimme dem Vorredner natürlich in der Sache zu. Wir halten diese Vorlage auch für falsch. Darum sollte man sie heute ablehnen und dann einen erneuten Anlauf starten. Aber das Ganze jetzt noch einmal zu verschieben, nur weil man das Abstimmungsergebnis fürchtet, halten wir nicht für sinnvoll.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir stimmen jetzt über die Behandlung von Tagesordnungspunkt 10.18 ab. Wer gegen eine Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Punkt abgesetzt und verschoben auf die nächste Sitzung.

Wir kommen nun zu den Dringlichkeitsanträgen. Zu den drei bereits vorliegenden kommen drei weitere Dringlichkeitsanträge hinzu, die gerade eben von der Fraktion pro Köln eingereicht worden sind. Ich will in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, dass es, wenn Anträge nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen vorgelegt werden, für uns alle sehr schwierig ist, zu bewerten, ob es sich um dringliche oder nicht dringliche Angelegenheiten handelt. Ich werde diese Dringlichkeitsanträge gleich noch einzeln aufrufen.

Ich beginne zunächst mit den bereits vorliegenden: Die Fraktion pro Köln hat am 1. Dezember einen Dringlichkeitsantrag eingebracht mit dem Titel „Benennung einer Straße/eines Platzes nach Irene Ludwig“. - Dazu ist Folgendes zu sagen: Die CDU hatte schon vor diesem Zeitpunkt einen Antrag mit vergleichbarer Intention eingereicht, sodass die Dringlichkeit des Antrags von pro Köln nicht zu erkennen ist. Es gibt keine Dringlichkeit. Das habe ich hiermit festgestellt.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Wir ziehen den Antrag zurück!)

- Der Dringlichkeitsantrag wird zurückgezogen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag wurde von Herrn Hoffmann eingereicht. Da er jedoch, wie eingangs mitgeteilt, erkrankt ist, hat er seinen Antrag ebenfalls zurückgezogen. Das betrifft Tagesordnungspunkt 3.1.10, Moratorium für Entscheidung bezüglich Umzug IWZ Fachhochschule Köln.

Ein weiterer bereits vorliegender Dringlichkeitsantrag wurde von der Fraktion der FDP eingebracht und soll unter Tagesordnungspunkt 3.1.11 behandelt werden. Er trägt den Titel "Aussetzen der Erhöhung des Gewerbesteuersatzes ab 01.01.2011". Dieser Dringlichkeitsantrag könnte, wenn wir entsprechend entscheiden, mit dem Punkt Aktuelle Stunde zusammen behandelt werden. Zunächst aber stimmen wir über die Dringlichkeit dieses Antrags ab. Wer gegen die Dringlichkeit ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist die Dringlichkeit bestätigt.

Nun zu den drei Dringlichkeitsanträgen, die gerade eben von der Fraktion pro Köln eingereicht worden sind:

Im ersten Antrag geht es um die wirtschaftliche Nutzung des ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring. Der Antrag lautet:

> Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob durch eine Auslagerung der verbliebenen Materialien und Exponate in externe Depots eine wirtschaftliche Nutzung des Hauses gegenüber dem Leerstand vorgezogen werden kann und in welcher Höhe durch diese Maßnahme die Kosten für die Stadt Köln signifikant abgesenkt werden können.

Die Dringlichkeit ist nicht begründet. Möchten Sie das jetzt nachholen? - Sie können das vom Platz aus tun, Sie brauchen nicht nach vorne zu kommen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Antrag ist durch Mitteilung beziehungsweise Vorstellung im Kulturausschuss dringlich geworden. Wir haben uns darüber Gedanken gemacht und sehen die Angelegenheit als dringlich an; denn immerhin sind für eine eventuelle Sanierung 15 Millionen Euro vorgesehen. Ein weiterer Leerstand bis 2012 würde die Situation nicht verbessern; die Kosten werden eher steigen. Wir wollen, dass vonseiten der Verwaltung eine Auslagerung geprüft und uns das Ergebnis mitgeteilt wird. Das halten wir für dringlich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln trägt den Titel „15 Minuten freies Parken in allen Stadtteilen (Brötchentaste)“. Möchten Sie die Dringlichkeit Ihres Antrags begründen?

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, natürlich. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bei den Leuten geht die Angst um. Es gibt Stadtteile, wo das schon beschlossen und eingeführt worden ist; andere warten noch darauf. Die Einzelhändler vor Ort wollen wissen, ob diese Beschlüsse Bestand haben. Es gibt ja diese Versuchsmodelle. Wir halten es für

dringlich, hier ein Zeichen zu setzen, dass man sich darauf verlassen kann, dass diese Serviceeinrichtung bestehen bleibt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu einem weiteren Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln mit dem Titel „Keine Erhöhung der Parkgebühren“.

Jörg Uckermann (pro Köln): Dringlich ist das deshalb, weil OB und Rot-Grün in dieser Frage Angst und Schrecken verbreiten. Dem wollen wir entgegentreten und klarmachen: Weitere Gebührensteigerungen sind nicht hinnehmbar. Wir wollen, dass das hier im Rat diskutiert und beschlossen wird, damit die Leute Planungssicherheit haben. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen nun zur Abstimmung über diese drei Dringlichkeitsanträge:

Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags betreffend eine Prüfung der wirtschaftlichen Nutzung des ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring: Wer für die Dringlichkeit ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags betreffend 15 Minuten freies Parken in allen Stadtteilen: Wer ist für die Dringlichkeit? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit abgelehnt.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags betreffend keine Erhöhung der Parkgebühren: Wer ist für die Dringlichkeit? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, den Tagesordnungspunkt 1.1, Aktuelle Stunde, gemeinsam mit den jeweiligen Anträgen, die Gebühren und Steuern thematisieren, zu beraten. Konkret handelt es sich um die Anträge unter 3.1.3 und 3.1.11, die Anfrage unter 4.1 sowie die Satzungen unter 6.1.2, Abfallgebührensatzung, und 6.1.3, Straßenreinigungssatzung. Im Anschluss daran werden die Punkte dann einzeln abgestimmt. - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Der Antrag unter 3.1.8 von der Fraktion pro Köln zielt auf das gleiche Thema ab. Wenn man die von Ihnen aufgeführten Punkte zusammen mit dem Punkt Aktuelle Stunde behandelt - dagegen haben wir nichts -, muss natürlich auch Punkt 3.1.8 an dieser Stelle behandelt werden. Ich bitte also darum, den Antrag zu 3.1.8 zusammen mit der Aktuellen Stunde sowie den weiteren von Ihnen genannten Punkten zu erörtern.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Auch Punkt 3.1.8 wird, wie vorgeschlagen, gemeinsam beraten. Ich fasse noch einmal zusammen, damit wir für die Aktuelle Stunde entsprechend gewappnet sind: Neben beziehungsweise innerhalb der Aktuellen Stunde werden gleichzeitig die Tagesordnungspunkte 3.1.3, 3.1.8 und 3.1.11, die Anfrage unter 4.1 sowie die beiden Satzungen unter 6.1.2 und 6.1.3 behandelt.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung ab. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Zu Beginn habe ich die beiden neu gewählten Dezernentinnen zu ihrer ersten Ratssitzung begrüßt. Ich freue mich, dass beide die Bereitschaft erklärt haben, sich Ihnen auf diesem Wege hier kurz vorzustellen. Ich gebe das Wort zunächst an unsere neue Kämmerin, Frau Klug. - Bitte schön, Frau Klug.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben mir am 7. Oktober mit Ihrer Wahl das Vertrauen ausgesprochen, die vor uns liegenden Aufgaben zu meistern, und Sie haben mich zur Kämmerin der Stadt Köln bestellt. Daher erwarten Sie zu Recht von mir, dass ich mit Ressourcen sparsam und wirtschaftlich umgehe und das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in diesem Rat nicht aus den Augen verliere. Ich will versuchen, diese Grundhaltung jetzt auch auf dieses kurze Statement zu beziehen.

Die Rahmenbedingungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind hart. Auch heute wird hier im Rat leidenschaftlich um den richtigen Weg für die finanzielle Zukunft der Stadt

debattiert werden. Gut so! Harte Rahmenbedingungen benötigen Debatten, klare Ziele und vor allem eine Vision als Kompass. Mit letzterer möchte ich heute beginnen.

Ich nutze sehr gerne diese erste Gelegenheit, um für die Vision vom guten Leben in der Stadt zu werben. Das gute Leben in der Stadt bedeutet nicht, dass es sich alle gemütlich gutgehen lassen nach dem Motto: Irgendwer wird es schon richten und wenn nicht, schreibe ich einen Leserbrief und warte ab, was geschieht. Nein, ich meine das gute Leben im aristotelischen Sinne: die Leitvorstellung für ein Leben in nachhaltiger Befriedigung materieller und immaterieller Bedürfnisse und in Sicherheit für alle. Für ein solches gutes Leben ist die Übernahme von Verantwortung für sich und für die Gemeinschaft unerlässlich. Bürgerschaftliches Wirken für die Stadt, Zugang für alle dazu sind unabdingbar für eine lebendige Stadtgesellschaft.

Die Tagesordnung dieser Sitzung belegt, wie vielfältig die öffentlichen Aufgaben sind. Am Ende des Tages steht immer die Frage: Wie können wir dies auch finanziell meistern, und wie kann die Bürgergesellschaft in diesem Zusammenhang ihre aktive Rolle kontinuierlich ausüben? In Köln ist mit dem Bürgerhaushalt ein ressourcenbezogenes Verfahren etabliert - eine vorbildliche Situation in der Stadt und kein Schönwetterprojekt, sondern ein Teil der Verantwortung für ein gutes Leben in der Stadt. Das gilt es nun weiterzuentwickeln. Ich freue mich schon auf den Austausch mit Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Praxis in der Stadt und mit der Wissenschaft.

Auch wenn wir in den nächsten Jahren eine Reihe schwieriger Finanzprobleme zu lösen haben: Köln ist keine arme Stadt. Wir leisten uns zahlreiche Angebote, die das Leben in der Stadt lebenswert machen. Wir werden auch in Zukunft gemeinsam darum ringen, diese zu erhalten. Es werden vor allem in der Finanzierung der Infrastruktur erhebliche kommunale Mittel aufgebracht werden müssen, um die Herausforderungen für das städtische Leben in Köln in der Zukunft zu schultern. Zu einem guten Leben, meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Sinne müssen alle beitragen.

„Stadt, Land, Schluss“ - so betitelte die *Financial Times* am 5. Oktober einen Beitrag über die schier hoffnungslose Lage vieler US-amerikanischer Städte, großer wie kleiner. Bei uns hieße Schluss: Ende mit der eigenverantwortlichen Gestaltung durch den Rat. Das wollen wir vermeiden. Die Motivation zur Fortentwicklung und vor allem zur Umsetzung des am 7. Oktober beschlossenen Konzepts zur Sanierung des Kölner Haushalts steht daher in engem Zusammenhang mit dieser Vision vom guten Leben in der Stadt. Eine nachhaltige Haushaltssanierung ist der Mühe wert, in einem kontinuierlichen Prozess umgesetzt und fortentwickelt zu werden.

Köln hat wie alle anderen großen Städte große Probleme. Das jahresbezogene Defizit beläuft sich für 2010 auf rund 357 Millionen Euro, für 2011 auf rund 262 Millionen Euro. Dies wird auch durch die mittlerweile eingetretene Verbesserung im Ergebnisplan von rund 85 Millionen Euro lediglich gemildert. Wir können ein wenig Luft schöpfen. Die strukturellen Probleme der Kommunalfinanzen aber können wir in Köln nicht lösen. Längst überfällig ist die Reform der Kommunalfinanzen. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer fortzuentwickeln und die Bundesbeteiligung bei den sozialen Leistungen aufgabengerecht anzupassen.

Wesentlich wird zudem die Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen unsere Haushaltsentwicklung beeinflussen. Ich bin gespannt, wie die Lastenverteilung für —noch — wohlhabende Städte aussieht, die ihrerseits den Bürgerinnen und Bürgern durch ein konsequentes, freiwilliges Haushaltskonsolidierungskonzept in den nächsten Jahren bereits erhebliche Beiträge zur Konsolidierung abverlangen, so wie wir in Köln dies mit dem vorgelegten und von der Regierungspräsidentin angenommenen freiwilligen Haushaltskonsolidierungskonzept auf den Weg gebracht haben. Allerdings, mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten müssen wir unseren Beitrag leisten und die Effektivität unseres Ressourceneinsatzes in einem kontinuierlichen Prozess steigern. Es ist die vornehme Aufgabe des Rates, strategische Ziele unter Berücksichtigung der Ressourcen zu verabschieden. Damit hat der Gesetzgeber ein weiteres Element nachhaltiger Finanzaufstellung in der Gemeindeordnung vorgezeichnet.

Ich komme zum letzten Punkt. Handeln ist geboten - schnell, eindeutig und nachhaltig. Köln ist keine arme Stadt. Wir haben ein Konsolidierungskonzept, das sich sehen lassen kann. Nun müssen wir die strategischen und operativen Ziele entwickeln, die uns in den nächsten Jahren tragen. Wir dürfen den Versuchungen des Tagesgeschäfts nicht erliegen, da nicht zuletzt durch die

Zinsentwicklung weitere finanzielle Risiken im Raum stehen. Es gilt, die Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung umzusetzen, sie systematisch zu begleiten und auszuwerten, immer bereit, zu lernen und besser zu werden.

Bei der Steuerung der Konsolidierung werden Rat und Verwaltung durch die weitere Umsetzung des NKF unterstützt. Es wird daher in den nächsten Monaten eine vorrangige Aufgabe sein, diesen Prozess voranzubringen. Das NKF-Projekt ist gut aufgestellt. Methodisch ist es erforderlich, Zielentwicklung und Überprüfung der Zielerreichung durch geeignete Maßnahmen in einem Netzwerk zu fördern.

Um bei Aristoteles zu bleiben: „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“. Dieser Leitsatz prägt die ressourcenorientierte Sicht, die uns künftig einen kritischen Blick auf die Werthaltigkeit der Kommune mit ihren Beteiligungen werfen lässt. Wir werden das nächste Jahr nutzen, um in der neuen Methode voranzukommen. Eine spannende Aufgabe für gemeinsames Handeln - für Sie, für uns alle -, eine Aufgabe, auf die ich mich sehr freue.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir, bereits hier das Stichwort „Kulturförderabgabe“ aufzunehmen; denn auch dieses hat einen Platz in meiner Vision vom guten Leben in der Stadt. Dieses Stichwort werden wir an anderer Stelle intensiv und in die Tiefe gehend behandeln. Dass die Kulturförderabgabe für die Städte beim Ringen um den Erhalt der kommunalen Finanzautonomie ein zulässiges und legitimes Instrument ist, steht für mich außer Frage. Wir in Köln führen derzeit ein Musterverfahren durch, um darüber hinaus auch Rechtssicherheit in dieser bedeutsamen Frage herbeizuführen.

Tatsächlich ist die Kulturförderabgabe eine Kommunalsteuer, die in zahlreichen Metropolen Europas bereits eingeführt worden ist oder diskutiert wird. Paris, Amsterdam und Rom seien an dieser Stelle genannt; ich lege nachher gerne nach. Bei der Würdigung der Rechtmäßigkeit sind viele Faktoren und sehr grundlegende Bewertungen zu berücksichtigen. Unter anderem geht es darum, ob und inwieweit den Kommunen im Rahmen des Steuer(er)findungsrechts unterm Strich mehr bleibt als die Erfindung von Bagatellsteuern. Aber vor allem geht es um die Frage, ob der Allgemeinheit zugängliche Güter des kulturellen Lebens vor Ort durch eine allgemeine Abgabe mitfinanziert werden können oder dürfen. Damit geht es um einen wichtigen Teil des guten Lebens in der Stadt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, nachhaltige Haushaltswirtschaft ist eine große Herausforderung, ein spannendes und spannungsreiches Arbeitsgebiet. Ich freue mich auf konstruktive Debatten, bei denen ich immer unseres gemeinsamen Auftrags nach § 1 der Gemeindeordnung gewahr bin, der uns aufgibt, das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe zu fördern und zugleich - auch das ist unser Auftrag - in Verantwortung für die zukünftigen Generationen zu handeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte nun Frau Reker, das Wort zu ergreifen.

Beigeordnete Henriette Reker: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank, dass auch ich heute die Gelegenheit habe, ein paar Worte an Sie zu richten. Am 1. Dezember habe ich ein Dezernat mit einer Aufgabenstellung übernommen, die in vielfältiger Weise die Lebensumstände der Menschen in unserer Stadt unmittelbar berührt oder beeinflusst. Zielsetzung meiner Arbeit ist es, nicht nur die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger zusammenzuhalten und ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern; ich möchte außerdem das Vertrauen aller Einwohner in die Verwaltung und damit die Stadtführung stärken, durch größtmögliche Beteiligung und Transparenz von Verwaltungshandeln.

Ich habe nicht vor, Ihnen jetzt die Bedeutung der Sozialpolitik und ihrer verschiedenen Aspekte für die Zukunft unserer Stadt darzustellen. Vielmehr will ich Ihnen die Themen benennen, die mir an meinem ersten Arbeitstag bei der Stadt Köln begegnet sind, weil diese Themen ein Spiegelbild meiner zukünftigen Arbeit darstellen. Seien Sie aber sicher, dass ich auch die Themen, die ich jetzt nicht benennen werde, nicht aus dem Auge verlieren werde.

Als Erstes stand die Organisation des zukünftigen Jobcenters, die Integration in Arbeit, unter größtmöglicher Einflussnahme der Stadt Köln auf dem Programm. Hier müssen wir den Fokus auf die von Langzeitarbeitslosigkeit

betroffenen Menschen durch Abbau von Vermittlungshemmnissen legen und die Sozialraumorientierung weiter ausweiten.

Das Thema Integration im weitesten Sinne, nämlich den speziellen Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen geschuldet, bestimmte dann auch meinen weiteren Tagesablauf. Die Wohnsituation der Flüchtlinge war an diesem Tag nur *ein* Beispiel für die insgesamt ins Auge zu fassende soziale Wohnungspolitik der Stadt Köln. Auch Familien, die sich gerade so über Wasser halten können, brauchen eine Perspektive für sich und ihre Kinder. Eine wichtige Aufgabe ist es daher, preiswerten Wohnraum für die Menschen in unserer Stadt zu schaffen. Auch das gehört zu der Chance, Sozialkarrieren zu durchbrechen.

Wir müssen die Anforderungen des demografischen Wandels erfüllen und uns der immer größer werdenden Personengruppe der Seniorinnen und Senioren zuwenden. Wichtig ist mir dabei auch, das Verständnis der Generationen füreinander zu fördern.

Wir müssen Menschen mit Behinderungen einbeziehen, die einen wertvollen Beitrag für die Identität unserer Gesellschaft leisten können, wenn wir ihnen die Möglichkeit zur Partizipation geben.

Wir müssen uns natürlich auch Menschen mit Migrationshintergrund hinwenden, die heute schon ein wesentlicher Rückhalt der Kölner Wirtschaft sind, deren gesellschaftliche Potenziale aber noch lange nicht gehoben wurden. Das Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft, das Sie nun Anfang nächsten Jahres behandeln werden, bildet hierfür sicherlich eine gute Grundlage.

Ich sehe mein Querschnittsdezernat als treibende Kraft, die nicht nur Sozial- und Wohnungspolitik, Umwelt- und Gesundheitspolitik zusammenführt, sondern auch eine strukturierte Verbindung zur Jugend- und Bildungspolitik und zur Stadtentwicklungs- und Planungspolitik fördert, um die Lebensumstände vieler Menschen zu verbessern und damit eine positive Wirkung auch auf die Wirtschaftskraft der Stadt zu stärken.

Der Sozialbereich kann nur gestaltende Kraft entwickeln mit Unterstützung der Politik, also mit Ihrer Unterstützung, und mit Unterstützung des Oberbürgermeisters und der Steuerungsdezernenten. Wir müssen weg von der Zuständigkeitskultur, hin zu einer Lösungskultur.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP und der CDU)

Natürlich kenne auch ich die Abhängigkeit von Haushaltsmitteln. Aber - wie eine große Kölner Tageszeitung vergangenen Freitag titelte -: Vorbeugung spart Geld. Nicht nur die Ministerpräsidentin dieses Landes ist davon überzeugt, dass zielgerichtete Prävention den Etat, wenn auch mit einer gewissen Verzögerung, an anderer Stelle entlastet. Meine sehr geehrten Damen und Herren, gemeinsam wollen wir die Stadt zukunftsfähig machen. Ich bitte Sie sehr herzlich, daran zu denken: Auch im Sozialbereich kommen Erfolge nicht auf wundersame Weise ohne Investitionen zustande.

Im Umweltschutz trete ich für die Umsetzung und Fortschreibung des Luftreinhalteplans ein. Auch werden wir unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit, über die ich mich natürlich sehr freue, einen Lärmaktionsplan entwickeln. Das wird unser aller Lebensbedingungen nachhaltig verbessern und ein weiterer positiver Standortfaktor für Köln sein. Gegensätze zwischen moderner Stadt und Wirtschaftsplanung und dem Umwelt- und Verbraucherschutz gibt es aus meiner Sicht nicht; denn für eine moderne nachhaltige Stadtentwicklung ist die Erhaltung der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger oberstes Ziel.

Wir alle wollen zukunftsfähige Lösungen bei zielgerichtetem und wirtschaftlichem Mitteleinsatz finden. Unterstützung kommt dabei von hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Geschäftsbereich, vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern und Initiativen sowie der Kölner Liga der Wohlfahrtsverbände. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen und um Rückendeckung für eine erfolgreiche gemeinsame Arbeit. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Klug, und vielen Dank, Frau Reker. Bei unserer nächsten Sitzung am 1. Februar werden Sie dann auch unsere neue Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernentin begrüßen können.

(Götz Bacher [SPD]: Da freue ich mich jetzt schon drauf!)

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt Aktuelle Stunde, den wir, wie eben vereinbart, mit weiteren Tagesordnungspunkten zusammen behandeln, die auf das gleiche Thema abzielen.

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Erfreuliche Einnahmensteigerungen im städtischen Haushalt - Verzicht auf Steuer- und Gebührenerhöhungen"
AN/2351/2010

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzung der Kulturförderabgabe"
AN/2279/2010

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Bildung einer Gebühren-Prüfkommission"
AN/2278/2010

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzen der Erhöhung des Gewerbesteuersatzes ab 01.01.2011"
AN/2363/2010

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Erhöhung von Gebühren und Beiträgen"
AN/2345/2010

Antwort der Verwaltung vom 13.12.2010
5247/2010

6.1.2 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)
4378/2010

6.1.3 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS)
4222/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2375/2010

Erster Redner ist Herr Breite. - Bitte schön.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Monate nach Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2010/2011 entwickeln sich die Kölner Finanzen ausgesprochen erfreulich. Die Kämmerin selber hat gerade von Mehreinnahmen in Höhe von 85 Millionen Euro gesprochen. Auch wenn uns gestern im Finanzausschuss mitgeteilt wurde, dass eine Vorauszahlung bei der Gewerbesteuer in Höhe von 13,9 Millionen Euro noch nicht realisiert werden konnte - das ist zwar ein Wermutstropfen; aber was noch nicht ist, kann ja noch werden -, so ist doch festzuhalten, dass sich der städtische Haushalt positiv entwickelt.

Die Ausgaben bei den sozialen Hilfen, insbesondere bei Hartz IV, werden erheblich geringer, und die Einnahmen bei Einkommensteuer und Gewerbesteuer steigen. Ich gehe davon aus, dass über die Gründe, die zu diesen Haushaltsverbesserungen geführt haben, parteiübergreifend in diesem Hause Einvernehmen herrscht, nämlich: gute Arbeitsmarktdaten und Wirtschaftsaufschwung. Die gelungene und weitsichtige Politik der Regierung Merkel/Westerwelle

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

- liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, man muss auch gönnen können - kommt nicht nur der Stadt Köln und ihrem Haushalt zugute, und das in barer Münze; andere Länder beneiden uns um diesen Aufschwung und diese Bundesregierung, die mit ihren richtigen politischen Weichenstellungen das erst ermöglicht hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber es kommt noch besser. Die Datenlage für 2011 macht deutlich: Die Wirtschaftslokomotive Deutschland steht unter Dampf und legt erst richtig los. So hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, RWI, seine Konjunkturprognose für 2011 gestern nach oben korrigiert. Es wird nun eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 2,5 Prozent erwartet. Außerdem gehen die Wirtschaftsforscher von einer weiter fallenden Arbeitslosenquote bei gleichzeitigem Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen aus.

Die Faktenlage hat direkte, positive Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

mehr Cash, mehr Money - das können selbst SPD und Grüne nicht bestreiten.

(Beifall bei der FDP)

Darum passen die vielen Steuer- und Gebührenerhöhungen einfach nicht zur Kölner Haushaltsrealität. Die Grundlage für das Kompensieren von Einnahmenausfällen ist schlichtweg entfallen. Köln hat keine Einnahmenausfälle, Köln hat Einnahmensteigerungen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wozu müssen wir dann die Gebührenschraube anziehen, bis die Bürger quieken?

Wozu müssen wir dann neue Gebühren wie die Schneesteuer erfinden, die selbst von der SPD als ungerecht bezeichnet wird? Ich warte immer noch auf den Änderungsantrag.

(Martin Börschel [SPD]: Geduld!)

Die Grünen sind durch ihren Umfragerausch bei dieser Abzocke anscheinend schmerzlos.

Wozu brauchen wir eine Bettensteuer, die die Reise- und Tagungsveranstalter aus Köln vertreibt?

Wozu brauchen wir eine Gewerbesteuererhöhung, die den Wirtschaftsstandort nachweislich schwächt, wenn die Einnahmen aus dieser Steuerart auch so sprudeln? Nach der Mitteilung aus dem Finanzausschuss werden seit Mitte November keine maschinell erstellten Gewerbesteuerveranlagungen mehr versandt. Diese Steuerforderungen kommen dem Stadtsäckel also erst im Jahr 2011 zugute. Es liegt hier die Vermutung nahe, dass dieser Verschiebebahnhof nur dazu dient, die Gewerbesteuerentwicklung nicht in einem zu guten Lichte erscheinen zu lassen, damit nicht das ganze Argumentationsgehäuse in Sachen Gewerbesteuererhöhung in sich zusammenkracht.

(Beifall bei der FDP)

Nein, angesichts dieser Einnahmensteigerungen ist es nicht an der Zeit, den Bürgerinnen und Bürgern noch weitere Lasten aufzubürden. SPD und Grüne sollten umdenken und folgenden weisen Leitspruch zur Richtschnur ihrer Politik machen: Geben ist seliger denn Nehmen.

Ich möchte SPD und Grünen noch ein Weiteres in ihr Stammbuch schreiben: Da sich schon bei der Verabschiedung des Haushaltes die erfreuliche Einnahmensteigerung und Ausgabenreduzierung bei den sozialen Hilfen abzeichnete, sind viele Kürzungsvorschläge bei den konsumtiven Ausgaben zurückgenommen worden. Das feierten SPD und Grüne als Erfolg, wobei sie diesen Erfolg den fleißigen Bürgerinnen und Bürgern und den erfolgreichen Kölner Unternehmen zu verdanken haben. Die Kölner Unternehmer und ihre Arbeitnehmerschaft haben mit ihrer Arbeit und Wirtschaftskraft zu den Mehreinnahmen, gerade bei der Einkommen- und Gewerbesteuer, beigetragen.

Was macht nun der Kölner Oberbürgermeister zusammen mit SPD und Grünen? Statt es der arbeitenden Bevölkerung und den Unternehmen zu danken, bestrafen Sie sie, indem Sie ihnen noch stärker in den Geldbeutel greifen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist nach meiner Meinung einfach unanständig. Wie erklären Sie, Herr Oberbürgermeister, einem Arbeiter bei Ford oder einer Verkäuferin bei Kaufhof, dass Sie aufgrund der guten Konjunkturlage Kürzungen bei den städtischen Hilfen, zum Beispiel für Hartz-IV-Empfänger, zurücknehmen können, wie geschehen, nicht jedoch die Belastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Unternehmen durch Steuer- und Gebührenerhöhungen?

(Beifall bei der FDP)

Die gesamten Gebühren- und Steuererhöhungen werden doch einzig und allein von den Kölner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie deren Unternehmen getragen. Ich bin der Meinung: Das ist ungerecht. Wir bleiben dabei: Wenn Kürzungen zurückgenommen werden können, müssen wir dafür Sorge tragen, dass auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechend entlastet werden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Breite.

Ein kurzer Hinweis zur Rednerreihenfolge: Wir sind jetzt in der Aktuellen Stunde. Wie beschlossen werden noch einige andere Tagesordnungspunkte mitbehandelt. Aber, wie gesagt, wir sind jetzt in der Aktuellen Stunde.

Deshalb sind nach meinen Meldungen die nächsten Redner Herr Börschel, Herr Klipper, Herr Frank, Frau Wolter, Herr Detjen. Danach schauen wir, ob es zu einer zweiten Runde kommt. - Herr Wiener zur Geschäftsordnung.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Es wurde doch gerade bestätigt, dass hier jetzt die Aktuelle Stunde behandelt wird, und zwar gemeinsam mit den Anträgen von der FDP und von pro Köln. Da wir zusammen mit der FDP Antragsteller sind -

(Widerspruch bei der FDP - Lachen bei der SPD)

- besser gesagt: es werden ein Antrag von der FDP und ein Antrag von pro Köln behandelt -, erhalten zunächst die Redner der Antragsteller - das besagt die Geschäftsordnung ganz klar -, das Wort und erst danach die Redner der anderen Fraktionen. Es geht also in diesem Fall nicht nach der Größe der Fraktionen, sondern selbstverständlich nach den Antragstellern, es sei denn, Sie haben hier mehrere Runden vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Also: Hier entscheidet der Oberbürgermeister als Sitzungsleiter, und er hat entschieden. Das läuft jetzt so ab.

(Beifall bei Teilen von SPD und FDP)

Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Verwunderung, Lethargie, Verzweiflung“ - das sind die drei Substantive, mit denen ein namhafter FDP-Politiker in den vergangenen Tagen die Lage der FDP nicht ganz zu Unrecht bezeichnet hat. Ich gehe davon aus: Wäre er Kölner, hätte er noch ein weiteres Wort hinzugefügt, nämlich: Realitätsverweigerung.

(Beifall bei der SPD)

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ging es den Kommunen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen noch nie so schlecht wie in den letzten Jahren. Darüber besteht unter allen namhaften Experten, übrigens parteiübergreifend bis in den Landtag hinein - ich darf da die CDU ansprechen -, Konsens.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat vor einigen Wochen in einer Sondersitzung zur Lage der Kommunalfinanzen eindeutig festgestellt: Allein die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose werden sich bei den Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 auf 3,5 Milliarden Euro belaufen; auf Köln bezogen sind es 305 Millionen Euro. Die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen hatten im Jahr 2008 - das sind die letzten verfügbaren Zahlen - für die Kinder- und Jugendhilfe Ausgaben von 5,6 Milliarden Euro zu schultern. In Köln waren es 363 Millionen für die Kinder- und Jugendhilfe, 145 Millionen Euro für die Kindertagesbetreuung und über 175 Millionen Euro für die wirtschaftliche Jugendhilfe.

Neu hinzugekommen sind die Kosten für die Grundsicherung im Alter. Für die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden lagen die Kosten dafür bei etwa 1 Milliarde Euro im Jahr 2008, auf Köln bezogen waren es 76 Millionen Euro. Die Kosten der Hilfe zur Pflege lagen in Nordrhein-Westfalen in 2008 bei 700 Millionen Euro, in Köln bei 83 Millionen Euro.

Diese zugegebenermaßen verwirrende Aufsummierung von Zahlen belegt: Die Summe für Sozialtransferleistungen und Soziallasten war noch nie so hoch in der Geschichte der Bundesrepublik.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dank Merkel und Westerwelle!)

Statt hier solche finanzpolitisch unsinnigen Anträge zu stellen wie Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, müssen wir uns dagegen wehren und dafür sorgen, dass das endlich ein Ende hat.

(Beifall bei der SPD)

Ein Weiteres kommt dazu: Sie tragen maßgeblich Mitverantwortung an dieser Situation.

(Zustimmung bei der SPD - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat in den vergangenen fünf Jahren, bis zum Jahr 2009 einschließlich, den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden Mittel in Höhe von 3 Milliarden Euro entzogen, die ihnen in den Jahren zuvor zugestanden haben bzw. zugestanden hätten. 3 Milliarden Euro allein auf diesen Zeitraum bezogen! Ich will jetzt nur einige

wenige Elemente herausgreifen, aus denen sich diese 3 Milliarden Euro zusammensetzen:

- Wegfall der Grunderwerbsteuer: in der Summe 720 Millionen Euro,
- Abschlag auf den Verbundsatz im Gemeindefinanzierungsgesetz: über 400 Millionen Euro,
- Kürzungen bei der frühkindlichen Bildung: über 140 Millionen Euro,
- Mittel für den Aufbau Ost: über 900 Millionen Euro weniger.

(Manfred Wolf [FDP]: Wann kommst du denn zum Thema?)

All das wurde veranlasst durch Ihre abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie tragen Mitverantwortung für die desaströse Situation. Deswegen: Stellen Sie sich dieser Situation, statt hier so ein Zeug zu erzählen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kaum geht es den Kommunen minimal besser, bekommen Sie gleich wieder Ihren Steuersenkungskoller. Das hat Sie schon auf Bundesebene massiv in Richtung Abgrund geführt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das ist ja der Fehler! Sparen!)

Wir haben hier im Rat der Stadt Köln eine mittelfristige Finanzplanung beschlossen. Sie geht davon aus, dass wir bis zum Jahr 2014 ein Defizit von über 1,1 Milliarden Euro haben werden. 1,1 Milliarde Defizit!

(Winrich Granitzka [CDU]: Durch Ihre Wurschtelei!)

Trotz einer jetzt zu verzeichnenden minimalen Verbesserung - die Zahlen, Herr Kollege Breite, die Sie eben genannt haben bzw. die, die im Antrag stehen, sind übrigens seit der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses schon gar nicht mehr aktuell - von 85 Millionen Euro bleibt es immer noch bei einem Defizit von 1 Milliarde Euro bis 2014. Über 1 000 Millionen Euro! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, das ist in der Tat weniger schlimm als 1,1 Milliarden Euro, aber immer noch eine gigantische Summe.

Wir wollen unsere Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Deswegen müssen wir aus dieser Schuldenspirale heraus, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Sie aber wollen, kaum dass Sie einen Silberstreif am Horizont sehen, schon wieder Geschenke verteilen, die wir uns gar nicht leisten können.

Fakt ist: Keiner erhöht gerne Steuern und Gebühren. Aber die Menschen sind klüger, als Sie denken. Sie können die Wahrheit vertragen, und sie wollen die Wahrheit auch hören. Sie wissen, nur Starke können sich einen schwachen Staat leisten.

Wer Kindertagesstättenplätze zu bezahlbaren Preisen will, braucht eine starke Stadt. Schauen Sie einmal ins Ruhrgebiet - Frau Beigeordnete Reker wird davon ein Lied singen können -: Die ärmsten Städte müssen für ihre Kindertagesstätten die höchsten Gebühren verlangen. Gerade das wollen wir in Köln eben nicht. Wer ein gutes Kulturangebot will, braucht eine starke Stadt. Wer eine gute Infrastruktur will, braucht eine starke Stadt. Diese Liste könnte man fast beliebig fortsetzen.

Deswegen fordere ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, aber auch von der CDU - wie übrigens auch im Landtag geschehen - auf, die Ursachen zu bekämpfen und mitzuhelfen, statt hier Dinge zu fordern, die wir uns gar nicht leisten können.

Natürlich, wir müssen auf uns selbst schauen. Wir dürfen nicht nur von anderen Dinge einfordern, beispielsweise dass sich der Bund an den Kosten der Soziallasten dynamisch zur Hälfte ab dem Jahr 2011 beteiligt; wir müssen auch eigene Beiträge leisten.

Bei einem Defizit von über 1 Milliarde Euro können wir nicht umhin, die gewerbliche Wirtschaft in Köln mit in die Verantwortung zu nehmen; nur so viel zum Stichwort Gewerbesteuererhöhung.

Wir kommen nicht umhin, Gebühren dort, wo es notwendig ist, anzupassen - auf Deutsch: sie zu erhöhen; ich will das ehrlich sagen -, weil wir es uns nicht leisten können, auf diese Einnahmen zu verzichten; allerdings bitte nur - das haben Sie, Herr Kollege Breite, gerade eingefordert -, wenn es gerecht ist. Deswegen werden wir heute beispielsweise der Einführung einer Winterdienstgebühr nicht zustimmen, weil die uns dazu vorgelegte Vorlage keine Gerechtigkeit erkennen lässt.

Last, but not least - die Aufgabe, hier ganz viele Themen und Tagesordnungspunkte zunächst

einmal in einer Rede ansprechen zu müssen, erweist sich als ziemlich kompliziert - zur Kulturförderabgabe. Sie, Kolleginnen und Kollegen von der FDP, fordern ein Aussetzen. Von etwas finanzpolitisch - ich will nicht ausfallend werden - Unsinnigerem, nämlich das Aussetzen der Kulturförderabgabe zu beantragen, habe ich selten gehört. Wenn sie ausgesetzt wird, verzichten wir nämlich auf Einnahmen. Wenn wir auf diese Einnahmen verzichten, können jedoch ganz wesentliche Vorhaben, die der Rat der Stadt Köln für Infrastruktur und für Kultur in den nächsten beiden Jahren eingeplant hat, nicht finanziert werden. Das betrifft sowohl die Renovierung von Museen und Kulturbauten, Stadtverschönerungsmaßnahmen als auch das Standortmarketing und die Förderung der Tourismuswirtschaft. All dies sind Maßnahmen, die wir mit einem konservativ geschätzten Einnahmebetrag von 7 Millionen Euro im Jahr 2011 aus der Kulturförderabgabe finanzieren wollen.

Wenn Sie sie nun aber aussetzen - hier besteht ja ein Unterschied zu „nicht veranlagen, bis ein Gericht das geklärt hat“ -, werden diese Gelder erst gar nicht eingenommen. Sie werden den Menschen in Köln zu erklären haben, warum wir uns dann die Ausgaben für Kultur nicht leisten können.

Sie sagen ja immer, das schrecke alle ab, es komme keiner mehr her, das belaste Bürger und Wirtschaft gleichermaßen.

(Zuruf von der FDP: Stimmt ja auch!)

Sie müssen sich entscheiden: Entweder belastet man die Bürger oder man belastet die Hotellerie; es geht nur eines von beiden.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Sie belasten beide!)

Wenn die Hotellerie die Beträge an die Bürger weiterleitet, ist sie gar nicht belastet. Und die Hotellerie wird die Beträge an die Bürger, also an die Gäste, weiterleiten, wenn das, was Sie immer so gerne im Munde führen, funktioniert, nämlich Markt und Wettbewerb.

(Ralph Sterck [FDP]: Die Bürger sind auch wieder belastet: weil die Jobs wegfallen!)

Das heißt: Wenn der Wettbewerb es zulässt, werden die Gäste belastet, nicht aber die Hotellerie. Das ist eine rein marktkonforme Entscheidung, wie Sie sie in Ihren Sonntagsreden sonst immer einfordern. Ein marktwirtschaftliches Instrument kann es also nicht geben. Wenn es der Markt nicht hergibt, müssen die Hotels diese Abgabe aus ihren eigenen Einnahmen bestreiten, nämlich aus den Einnahmen, die durch eine skandalöse Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung zu Beginn ihrer Amtszeit erhöht worden sind. Die Hoteliers sind durch die Senkung der Mehrwertsteuer um 12 Prozentpunkte entlastet worden. Wenn man jetzt 5 Prozentpunkte wieder draufschlägt, verbleibt in den Kassen der Hoteliers immer noch ein dickes Scherflein. Deswegen muss man sich nach unserer Auffassung nicht so beklagen, wie Sie von der FDP es hier tun.

Das zeigt auch, wie instinktlos Sie sind. Selbst Ihr Generalsekretär auf Bundesebene hat gefordert, die Mehrwertsteuersenkung für Hotels wieder aufzuheben. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, verkämpfen Sie sich doch nicht an dieser Stelle! Akzeptieren Sie wie Ihr Generalsekretär, dass die Mehrwertsteuersenkung für die Hoteliers der symbolische Sargnagel der schwarz-gelben Bundesregierung gewesen ist.

Nicht umsonst sieht auch Transparency International in dem kürzlich präsentierten Korruptionswahrnehmungsindex einen Zusammenhang zwischen dieser Mehrwertsteuersenkung und den Mövenpick-Spenden und stellt fest, dass diese Erkenntnis in der Bevölkerung zu unangenehmen Vergleichen geführt hat. Stellen Sie sich dem einmal! Ihr Herr Lindner in Berlin ist viel weiter als Sie hier in Köln.

Lange Rede, kurzer Sinn. Hören Sie auf, immer wieder denselben Unsinn zu verzapfen! Wir tun, was notwendig ist. Sie sind Realitätsverweigerer. Deswegen ist es gut, dass Sie hier nicht die Mehrheit haben. So einfach ist das.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. - Jetzt hat Herr Klipper das Wort.

Karl Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich am Anfang sagen: Zu dem letzten Komplex, dem Sie, Herr Börschel, so viel Zeit gewidmet haben, werde ich jetzt nicht

sprechen. Dazu will unser Fraktionsvorsitzender in der zweiten Runde dezidiert Stellung nehmen.

Aber zu dem ganzen Gesülze, das Sie eben vorgebracht haben, Herr Börschel,

(Beifall bei CDU, FDP und pro Köln)

will ich schon noch einige Anmerkungen machen.

Ihre Regierungspräsidentin hat, als sie Köln am 1. Dezember ihren Antrittsbesuch abgestattet hat, in dem Genehmigungsbescheid für den Haushalt 2010/2011 [ok, Frank geht später darauf ein] zum Ausdruck gebracht - ich darf zitieren, Herr Oberbürgermeister -:

> Die Haushaltswirtschaft Köln unterlag 2003 einem Haushaltssicherungskonzept, demzufolge 2007 ein struktureller Haushaltsausgleich dargestellt werden musste. Diese Forderung hat die Stadt Köln erfüllt. Laut Jahresrechnung 2007 schlossen sowohl Verwaltungs- wie Vermögenshaushalt ausgeglichen ab. Hierfür verantwortlich waren erhebliche Verbesserungen im Jahresabschluss 2006, Mehreinnahmen und Minderausgaben im Jahr 2007, die durch die Umstellung auf NKF nochmals begünstigt wurden. Nachdem das Jahresergebnis 2008 mit einem Plus von rund 110 Millionen Euro besser ausgefallen war als geplant, musste die Stadt Köln wie alle anderen Kommunen in 2009 die negativen Folgen

- hören Sie genau zu; Grund hierfür war weder die Bundes- noch die Landespolitik -

> der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise verkraften. So blieb das Aufkommen der den Haushalt prägenden Steuererträge um mehr als 300 Millionen Euro hinter den Erwartungen zurück.
>
> (Martin Börschel [SPD]: Für das Steueraufkommen kann die Regierung wirklich nichts, da haben Sie recht!)

Das wollte ich Ihnen hier noch einmal vorhalten, betrifft das doch die Zeit, in der wir hier Politik gemacht haben. Außerdem sage ich: Frau Merkel hat in Berlin eine hervorragende Politik betrieben, die dazu geführt hat, dass die Finanz- und Konjunkturkrise für Deutschland minimiert werden konnte. Und dafür sage ich ihr herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

So viel zu den Gründen, weshalb die Kommunen so schlecht dastehen. Das hat nicht etwa unser Regierungspräsident gesagt, sondern Ihre Regierungspräsidentin. Diese Einschätzung stammt aus Ihren eigenen Reihen.

(Zuruf von Susana dos Santos Herrmann [SPD])

- Sie können noch so viel dazwischenrufen. Trotzdem haben Sie davon keine Ahnung!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

In fünf Minuten Redezeit kann ich die einzelnen Themen leider nur anreißen, aber ich will noch einmal auf das eingehen, was Herr Breite hier eben auch schon vorgetragen hat. Auch ich finde es bedauerlich, dass wir hier am 7. Oktober einen Haushalt verabschiedet haben, dessen Eckdaten sich aber schon per 24. November zum Besseren verändert haben. In der Vorlage der Kämmerin sind bereits alle Verschiebungen zwischen 2010 und 2011 berücksichtigt. Es handelt sich um ungefähr 55 bis 60 Millionen Euro. Das ist zweifellos eine Verbesserung. Aber es stellt sich die Frage, warum in dem Augenblick, in dem eine solche Verbesserung abzusehen ist, Gebühren erhöht werden sollen. Nichts gegen Gebührenerhöhungen, wenn sie gerechtfertigt sind. Aber warum werden jetzt die Gebühren pauschal erhöht?

Warum fließt zum Beispiel der Hochwasserschutz mit in die Gebühren der StEB ein, wenn sie anschließend Gewinne in Höhe von 11,7 Millionen Euro an den allgemeinen Haushalt ausschüttet?

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Ja, das hat doch die CDU eingetütet)

Das ist doch ungerecht bis dort hinaus. Das hat doch mit den Gebühren gar nichts zu tun.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Das haben Sie doch abgenickt!)

- Herr Detjen, Klappe halten!

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der Linken.Köln)

Es ist doch ein Aberwitz, dass gerade von SPD und Grünen auf Bundesebene immer wieder gefordert wird, die Massenkaufkraft zu stärken.

Durch ungerechtfertigte Gebührenerhöhungen auf kommunaler Ebene wird das konterkariert. Weder betriebswirtschaftlich noch finanztechnisch lassen sich diese Gebührenerhöhungen rechtfertigen. Sie dienen ausschließlich dazu, die Bürger dieser Stadt weiter - entschuldigen Sie vielmals, Herr Oberbürgermeister - abzuzocken oder Ihre eigene Klientel zu bedienen.

Wie lautet denn Ihre Begründung für die Erhöhung der Schmutzwassergebühren, wenn die StEB 11,8 Millionen Euro in den Haushalt ausschüttet - das ist Ihrer Mitteilung gestern expressis verbis zu entnehmen -, diese aber vornehmlich aufgrund von Gebührenerhöhungen erwirtschaftet werden? Hochwasserschutz ist eine hoheitliche Aufgabe, die transparent und offen im Haushalt ausgewiesen werden muss, statt sie in der Gebührenrechnung - sei es mit kalkulatorischen Zinsen, sei es mit kalkulatorischen Abschreibungen – verdeckt, manipulativ auszuweisen. Frau Stadtkämmerin, ich stimme mit Ihnen überein, das ist alles legitim. Aber hier geht es um die Moral, nämlich darum, ob Sie diese Kosten dem Bürger in Form von Gebühren aufoktroyieren oder ob das allgemein aus dem Haushalt zu bezahlen ist.

Kann mir einer von Ihnen erklären, warum wir Gebühren erhöhen, obwohl unsere Tochtergesellschaft AWB für 2011 laut Wirtschaftsplan einen Gewinn in Höhe von mehr als 10,7 Millionen Euro an den Stadtwerkekonzern abführt, welcher dann über die festgelegte Gewinnabführung des Stadtwerkekonzerns im allgemeinen Haushalt aufgeführt wird?

Ist es denn richtig, meine Damen und Herren, wenn wir in dem Augenblick, in dem die Wirtschaft wie ein ganz zartes Pflänzchen zu wachsen beginnt, die Bürger immer wieder mit neuen Belastungen traktieren? Einen härteren Ausdruck will ich jetzt nicht verwenden.

Ist es denn richtig, dass wir als Kommune in dem Augenblick, wenn die Bürger ein bisschen mehr Kaufkraft erlangen, anfangen, sie mit Gebührenerhöhungen wieder zu belasten?

Lassen Sie mich noch eines sagen, Herr Börschel, nämlich zum sozialen Anspruch, den die neue Landesregierung zu haben vorgibt. Ich bedaure außerordentlich, dass in diesem Jahr noch kein Antrag zur Wohnungsbauförderung vonseiten der Landesregierung gemacht worden ist. Normalerweise wird diese Aussage alle vier Jahre immer in der Dezember-Sitzung mitgeteilt. Ich habe aus Düsseldorf verlauten hören, dass dieser Betrag auf 800 Millionen Euro zurückgeführt werden soll. 800 Millionen Euro!

(Zuruf von der CDU: Buh! - Martin Börschel [SPD]: Durch Ihre Entscheidung, Herr Klipper! Das ist ja pharisäerhaft, was Sie sagen!)

Das steht im krassen Gegensatz zu dem, was die ach so unsoziale CDU/FDP-Regierung gemacht hat, die für den öffentlich geförderten Wohnungsbau immerhin 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Sie drehen die Wahrheit um!)

- Sie haben das gemacht. Der Rest ist aus dem Haushalt bezahlt worden, Herr Börschel. Das war vorher auch nicht anders.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist unwahr!)

Ich kann Ihnen die Zahlen nennen: 1,1 Milliarden Euro in 2008, 1,04 Milliarden Euro in 2009. Das ist alles übertragen worden. Nun wollen Sie das nicht mehr.

(Martin Börschel [SPD]: Unverfroren!)

Ich sage Ihnen - das können Sie auch Herrn Ott sagen, wenn Sie ihn sehen -: Das bedeutet, dass Sie Ihren Traum begraben können, weil wir mit derart gekürzten Mitteln nicht mehr als 500 Sozialbauwohnungen im Jahr neu errichten lassen können. Nicht mehr als 500!

(Martin Börschel [SPD]: Ihr habt die verscherbelt! – Weiterer Zuruf von der SPD)

- Ach, das wissen Sie noch lange nicht. - Die Konsequenz wird sein: Ab 2011 wird es weniger sozialen Wohnungsbau in Köln geben, weil Sie eine Ausweitung nicht finanzieren können. Das zieht nach sich, dass weniger Wohnungen im preiswerten Segment auf dem Markt sein werden. Und da weniger preiswerte Wohnungen auf dem Markt sind, werden die Mieten insgesamt steigen. Das wird Ihnen jeder Experte sagen. Dabei wollen wir nicht mitmachen. Deswegen lehnen wir sämtliche Gebührenerhöhungen, die ungerechtfertigt sind, ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Klipper. - Nächster Redner ist Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werter Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Eines will ich vorwegnehmen: Der CDU und der FDP ist leider in Nordrhein-Westfalen das gelungen, was wir damals 2003 hier im Kölner Rat verhindert haben, nämlich die Verscherbelung öffentlicher Wohnungsbauunternehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und SPD sowie bei Teilen der Linken.Köln)

Diese Erblast muss nun leider die neue Minderheitsregierung schultern. Das sind die Fakten, und die haben Sie hier in ein, zwei Sätzen verschleiert.

Kommen wir zurück zum Thema der Aktuellen Stunde, das einer Aktuellen Stunde im eigentlichen Sinne überhaupt nicht gerecht wird; denn sowohl das Thema für diese Aktuelle Stunde als auch das Sammelsurium der Anträge bilden die Haushaltsrealität in keiner Weise ab. Wer gestern im Finanzausschuss nicht eingenickt ist - ich hoffe, das gilt für die FDP -, hat dort erfahren, dass es keinen Zuwachs an Gewerbesteuer gibt. Vielmehr haben wir eine Punktlandung hingelegt.

Im Haushaltsansatz waren 905 Millionen Euro veranschlagt. Gestern hat die Verwaltung festgestellt: Es sind 907,9 Millionen Euro zu erwarten. Wo es zu einer wundersamen Verbesserung gekommen sein soll, kann auch die FDP nicht erklären. Jeder, der sich die anderen Unterlagen, die Verbesserungen und Verschlechterungen ausweisen, genauer angeschaut hat, konnte feststellen, dass viele Aufgaben nicht durchgeführt beziehungsweise in das nächste Jahr verschoben worden sind. Nur aus diesem Grund kommt es zu dieser wundersamen Verbesserung. Sie ist aber nur eine Momentaufnahme. Hier zu behaupten, die Gewerbesteuer würde sprudeln, ist einfach ein Märchen.

Viel interessanter aber ist in diesem Zusammenhang, dass sich die FDP noch vor einiger Zeit als die Partei präsentiert hat, die für Defizitabbau und solide Haushaltsführung steht, die Schuldenberg abbauen will und, und, und.

(Ralph Sterck [FDP]: Wirtschaftsförderung! – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber die U-Bahn wollten sie auch bauen!)

Ihre jetzige Politik jedoch besteht darin, jede, selbst die kleinste, Mehreinnahme sofort zu verfrühstücken, ohne Rücksicht auf spätere Generationen oder, um es simpler zu sagen, auf das, was im nächsten oder übernächsten Haushaltsjahr auf uns zukommt. Das ist keine Politik der Nachhaltigkeit. Sie betreiben eine Politik des Ausverkaufs. Mit einer solchen Politik würde die Stadt Köln, wenn Sie hier die Mehrheit hätten, schon nächstes Jahr im Nothaushalt landen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Klipper war so freundlich, sich schon einmal die Genehmigung der Haushaltssatzung durch die neue Regierungspräsidentin anzuschauen. Das hat er allerdings etwas flüchtig getan.

(Martin Börschel [SPD]: Pure Absicht war das!)

Wenn er nämlich Seite 2 des NKF-Prüfvermerks aufgeschlagen hätte, hätte er gelesen - simple Zahlen sagen ja auch einiges aus -:

- Ausgleichsrücklage: In 2009 betrug sie noch 615 Millionen Euro, 2010 sind es 365 Millionen Euro, 2011 werden es nur noch 8 Millionen Euro sein, 2012 ist sie komplett aufgebraucht.

- Allgemeine Rücklage: Sie wird von 2009 bis 2011 um 254 Millionen Euro zurückgehen.

Und da erzählt uns hier die FDP, es gehe uns gut, alles sei prima und der Konsolidierungskurs wäre eine Schimäre von Rot-Grün. Das zeigt eher, dass die Legende, die FDP oder auch die CDU könnten mit Geld umgehen, offensichtlich nicht zutrifft.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und SPD)

Ich habe allerdings den Eindruck, dass es hier um etwas völlig anderes geht. Die eigentliche Frage ist nämlich: Wie stellt sich eine Partei wie die FDP auf, und was treibt die FDP dazu, jetzt einen solchen Vorschlag zu machen und es mit ihren Anträgen derart auf die Spitze zu treiben?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Umfragewerte!)

Es ist eine Art populistischer Steuersenkungspolitik, und es ist die Verkürzung auf diese Steuersenkungspolitik, die letztendlich dazu geführt hat, dass die FDP derzeit in allen

Umfragen zwischen 4 und 5 Prozent taumelt. Man kann ja von Herrn Kubicki halten, was man will: Aber Endzeitstimmung ist tatsächlich angesagt. Und weil aus dieser falschen Politik keine Lehren gezogen werden, nehmen Ihre Anträge schon sektenartige Züge an.

(Heiterkeit und Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und SPD)

Statt den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einzuschenken, statt sie über die Hintergründe aufzuklären, nämlich über den Raubzug gegenüber den Kommunen, den Landes- und Bundesregierung veranstaltet haben und der unserem Haushalt Mehrbelastungen in Höhe von 160 Millionen Euro beschert hat - das ist ja am 7. Oktober hier dargelegt worden -, wird wieder auf dumpfen Populismus gesetzt, wahrscheinlich um den gnadenlosen Populismus zu verschleiern. Denn eines ist doch klar: Wenn man hier über die Kulturförderabgabe spricht, darf man die höchste Parteispende, die es in der Geschichte der FDP je gegeben hat, nicht verschweigen. 1,1 Millionen Euro, gestückelt in drei Teilspenden, wurden 2009 vom Mövenpick-Milliardär August Baron von Finck an die FDP überwiesen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Wie war das im Saarland?)

Da stellt man sich natürlich schon die Frage: Was hatte er denn davon? Na ja, das war eine typische Dankeschön-Spende. Herausgekommen ist nämlich die willkürliche Senkung der Mehrwertsteuer für eine Branche. Niemand kann erklären, warum gerade diese Branche.

(Zuruf von der FDP: Hatten Sie doch auch in Ihrem Programm stehen!)

Wahrscheinlich hängt das damit zusammen. Wenn jemand aus einer anderen Branche 2 Millionen Euro gespendet hätte, wäre vielleicht diese mit einer Mehrwertsteuersenkung bedacht worden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen von der SPD)

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass man dann, wenn die Kommunen - viele haben ja diese Kulturförderabgabe beschlossen - zur Notwehr übergehen, ruft: Haltet den Dieb! Wer eine solche Politik gutheißt - und das tut die FDP-Fraktion; sie hätte ja die Möglichkeit, sich davon zu distanzieren -, macht sich auch in der kommunalen Haushaltspolitik völlig unglaubwürdig. Diese Anträge strotzen vor Unseriosität. Deshalb müssen wir sie ablehnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen von der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Frank. – Dann kommen wir zu Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Tatsächlich ist die Entwicklung der Kölner Finanzen ein wenig erfreulicher als erwartet. Der FDP ist in ihrer diesbezüglichen Analyse zuzustimmen. Unabhängig davon lehnen wir von der Fraktion pro Köln die geplanten Gebührenerhöhungen jedoch grundsätzlich ab; denn für die finanziellen Fehlentscheidungen der Kommunalpolitiker sind nicht die Bürger dieser Stadt verantwortlich.

(Beifall bei pro Köln)

Wir von pro Köln halten daher eine Gebührenprüfkommission für sinnvoll, die unter objektiven Gesichtspunkten alle städtischen Verwaltungsgebühren sowie die Entgelte, die von stadteigenen Unternehmen erhoben werden, einer Überprüfung unterzieht.

Im Zusammenhang mit den strukturellen Defiziten der kommunalen Finanzen ist es zu enormen Gebührensteigerungen gekommen, die auch von externen Fachleuten objektiv als zu hoch angesehen werden. Von namhaften Experten wird daher vermutet, dass über ebendiese Gebühren ein Mehrwert in die Stadtkasse einfließen soll, der sich durch Steuergelder allein nicht decken lässt. Dieses ist aber vom Gesetzgeber untersagt. Gebühren dürfen nur zur Kostendeckung erhoben werden, nicht zur Querfinanzierung des kommunalen Haushaltes und zum Schröpfen des Bürgers.

(Beifall bei pro Köln)

Die Fraktion pro Köln pflichtet dem Antrag der FDP auf Aussetzung der Bettensteuer bei. Dies wäre zumindest ein erster Schritt in die richtige Richtung, um das abzusehende Desaster bei der Bettensteuer zu verhindern. Unserer Auffassung müsste diese nicht nur ausgesetzt, sondern komplett zurückgenommen werden.

(Beifall bei pro Köln)

Konkret bleibt zum vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion festzustellen, dass eine Aussetzung bis zu einer endgültigen juristischen Klärung mehr als geboten erscheint - aus rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Gründen.

Zum einen ist die Bettensteuer verfassungswidrig. Die DEHOGA hat ein verfassungsrechtliches Gutachten zu der geplanten Einführung einer Bettensteuer durch die Kommunen und Städte in Auftrag gegeben. Im Detail bleibt hierzu festzuhalten: Das Gutachten der Professoren Rupert Scholz und Christoph Moench kommt eindeutig zu dem Ergebnis, dass die Erhebung einer solchen Steuer, die nur die Hotellerie trifft, verfassungswidrig ist. Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet die Rechtssicherheit und enthält das Gebot der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung. Regelungen müssen so aufeinander abgestimmt werden, dass den Adressaten keine gegenläufigen Regelungen erreichen.

Als Argumentation für die Einführung der Kulturförderabgabe wird seitens der Stadt unter anderem die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf 7 Prozent für die Hotellerie angeführt. Mit der Einführung der Kulturförderabgabe konterkariert die Stadt Köln die Entscheidung des Bundes, was gegen das Gebot der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung und damit letztlich gegen das Rechtsstaatsprinzip verstößt.

(Beifall bei pro Köln)

Zum anderen sind das Herausgreifen einer einzelnen Branche, die im Zuge des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes entlastet worden ist, und ihre Belastung mit einer Kontrasteuer diskriminierend und völlig inakzeptabel. Auch die Begründung mit wirtschaftlich positiven Effekten des Kulturtourismus für die Hotellerie ist nicht überzeugend. Vom Kulturtourismus profitiert nachweislich eine Vielzahl von Branchen, zum Beispiel in erheblichem Umfang der Einzelhandel.

Darüber hinaus hat die Kölner Bettensteuer die Wettbewerbssituation der Kölner Hotels und Gaststätten erheblich verschlechtert. Dem CDU-Bundestagsabgeordneten Bosbach ist zuzustimmen, wenn er die Kölner Bettensteuer als Konjunkturprogramm für die Hotels und Gaststätten in den Nachbarkreisen lobt.

Der FDP ist daher trotz sonstiger Differenzen bei diesem Antrag zuzustimmen. Das Gleiche gilt für den Antrag auf Aussetzen der Erhöhung des Gewerbesteuersatzes. Nicht zustimmen werden wir den Satzungen zur Erhöhung der Abfallgebühren und der Erhebung von Winterdienstgebühren. Wer heute Morgen in Köln unterwegs war, musste ohnehin leider feststellen, dass es in Köln gar keinen funktionierenden Winterdienst gibt.

(Beifall bei pro Köln)

Absolut lächerlich ist die Darstellung von Herrn Börschel, es handele sich bei den Vorschlägen, auf die Gebührenerhöhungen zu verzichten, um Geschenke, die wir uns nicht leisten können. Seit wann ist es ein Geschenk, wenn man jemandem etwas nicht wegnimmt?

(Beifall bei pro Köln)

Zu einer solchen Sichtweise kann man nur als etablierter Politiker kommen, der mit dem Normalbürger dieser Stadt nichts mehr zu tun hat. Mehr fällt einem dazu nicht ein. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Frau Wolter. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Finanzproblem der Kommunen stellt unseres Erachtens ein Demokratieproblem dar. Es gibt in dieser Gesellschaft keine einheitlichen Lebensverhältnisse, auch nicht in Nordrhein-Westfalen. Originärer Auftrag des Bundes als Gesetzgeber ist es, die kommunale Selbstverwaltung zu schützen und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Kommunen zu garantieren. Das tut er aber nicht. Das führt zu einem Demokratiedefizit, das eine besorgniserregende Entwicklung in dieser Gesellschaft zur Folge hat. Das muss man einfach einmal ganz klar feststellen.

Deshalb brauchen wir dringend eine kommunale Finanzreform. Wir müssen erreichen, dass auch Ärzte, Steuerberater und Anwälte bei der Gewerbesteuer veranlagt werden. Das ist meines Erachtens ein wichtiger Punkt, um die Einnahmen der Kommunen insgesamt zu verbessern. Wir müssen erreichen, dass Bund und Land keinen Zugriff mehr auf die von den

Kommunen erhobene Gewerbesteuer haben. Dadurch würden insgesamt 20 Prozent der Gewerbesteuer in der Kommune verbleiben. Das wäre zwar nur eine kleine Reform, die aber insgesamt etwas bringen würde.

Festzuhalten ist: Wenn vom Bund die Finanzen nicht richtig geregelt werden, dann ist immer auch das Land davon betroffen. Ich verlange daher von der Landesregierung, von welcher auch immer, dass sie dieses Problem dann nicht einfach an die Kommunen weiterreicht. Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, Ihre Landesregierung hat genau das gemacht, indem sie im Jahr 2007 den Anteil der Grunderwerbsteuer, die den Kommunen zustand, gestrichen hat. Ihre Landesregierung war die einzige im ganzen Bundesgebiet, die sich zu einem solchen Schritt entschlossen hat. Das hat die Kommunen Nordrhein-Westfalens insgesamt 720 Millionen Euro gekostet. Das war schlicht und ergreifend infam. Andere Landesregierungen operieren inzwischen ganz anders. Sie gehen dazu über, die Grunderwerbsteuer sogar zu erhöhen. Niedersachsen zum Beispiel hat sie jetzt auf 4,5 Prozent erhöht. Das hat ein Zeichen gesetzt: Man gibt den Kommunen einen Tritt und kündigt die Solidarität auf. Das habe ich mir gemerkt. Deshalb sage ich: Es war infam, dass Sie von Schwarz-Gelb eine solche Politik eingeleitet haben.

An SPD und Grüne gerichtet sage ich deshalb ausdrücklich: Wir begrüßen sowohl den Nachtragshaushalt der neuen Landesregierung als auch die damit verbundene Entwicklung, weil damit der Kurs, den CDU und FDP gefahren sind, rückgängig gemacht wird. Durch diesen Nachtragshaushalt werden die Kommunen 300 Millionen Euro mehr erhalten, also nicht einmalig, sondern jedes Jahr. Das ist eine nachhaltige Lösung, die wir ausdrücklich begrüßen, gar keine Frage.

(Ralph Sterck [FDP]: Schulden finanzieren! Was ist denn daran nachhaltig?)

Aber: Wenn Rot-Grün in Köln dadurch nun circa 80 Millionen Euro mehr bekommt und die sozialen Kürzungen in Köln, wie wir wissen, insgesamt 14 Millionen Euro betragen, wäre es doch zumindest angebracht, einmal darüber nachzudenken, ob wir nicht sagen können: Jawohl, wir nehmen soziale Kürzungen zurück.

(Beifall von Claus Ludwig [Die Linke.Köln])

Das ist die Forderung der Wohlfahrtsverbände. Sie fordern, dass die Kürzungen im Jugendhilfebereich zurückgenommen werden.

Herr Roters hat gesagt, er möchte das nicht, hat aber bei der Forderung nach zusätzlichen Stellen im Bereich der Wohlfahrtspflege Zugeständnisse gemacht. Das heißt, immerhin gibt es hier schon einen Diskussionsprozess, was uns aber nicht davon abhalten sollte, über die Rücknahme sozialer Kürzungen ernsthaft nachzudenken.

Das tut die FDP aber nicht, und das ist das Problem. Sie will auf diesem Wege lediglich wieder die Steuern senken. Dabei wollen wir natürlich nicht mitmachen. Wir wollen, dass für Köln die Einnahmesituation insgesamt verbessert wird. Deswegen ist die Kulturförderabgabe richtig. Deswegen war auch die Gewerbesteuererhöhung richtig. Da sind wir voll dabei. Aber wir müssen auch ernsthaft überlegen, 14 Millionen Euro dafür einzusetzen, soziale Kürzungen wieder zurückzunehmen. Dann hätten wir immer noch 66 Millionen Euro, die in die Schuldentilgung fließen könnten. Darüber muss doch in der Stadtgesellschaft nachgedacht werden. Diese Diskussion würde ich mir wünschen. Wir alle können dazu einen Beitrag leisten, indem wir mit sozialen Trägern und Initiativen diese Frage diskutieren. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank.

Damit ist die erste Runde dieser Aktuellen Stunde absolviert. Ich habe eben vernommen, dass sich weitere Ratsmitglieder zu Wort gemeldet haben. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir jetzt in die zweite Runde gehen. Der Ablauf wird sich wie eben gestalten. Das heißt, die FDP beginnt, danach werden die Redner der Fraktionen in der gleichen Reihenfolge wie in der ersten Runde zu Wort kommen. - Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie viel uns verbindet, Herr Oberbürgermeister; aber ich glaube, an einer Stelle ärgern wir uns beide, nämlich dann, wenn sich unsere Stadt Köln blamiert. Ich will jetzt auf das Thema Bettensteuer eingehen. Von Herrn Börschel und Herrn Frank ist ja eben sehr viel Allgemeinpolitisches vorgetragen worden. Darauf

werde ich erst am Ende eingehen. Zunächst will ich etwas zum Thema Kulturförderabgabe beziehungsweise Bettensteuer sagen.

Frau Klug, Sie haben jetzt die Chance, hier etwas zu bearbeiten, das Sie selbst nicht verursacht oder verbrochen haben. Sie können sich also der Nachdenklichkeit des Stadtdirektors anschließen, der vor zwei Wochen an einer Tagung von Reiseveranstaltern und Hotelunternehmen in Leipzig teilgenommen hat und dort feststellen musste, dass die Kulturförderabgabe, die sogenannte Bettensteuer, unserer Stadt erheblich schaden wird.

(Zuruf von der FDP: Hört! Hört!)

Problematisch bei dieser Abgabe ist doch, dass sie Köln zu einer Insel macht. Alle Umlandkommunen haben schon per Ratsbeschlüsse gesagt: Wenn Köln diese Abgabe einführt, werden wir es gerade nicht tun; denn so können wir Köln Übernachtungszahlen abnehmen. Die Erhebung dieser Abgabe wird also zu einem Problem führen.

Wie ist denn diese Abgabe entstanden? Es war doch eine Melange aus mehreren Komponenten, nämlich Schwarz-Gelb in Berlin einen reindrücken zu wollen, gleichzeitig die Bürger nicht direkt belasten zu müssen, mit dieser Supersteuer Einnahmen erzielen zu können und sie noch dazu mit einem schönen Titel und großen Versprechungen ins Rennen schicken zu können.

Meine Damen und Herren, die Realität sieht etwas anders aus.

Erstens. Unser ehemaliger Kämmerer ist jetzt Finanzminister des Landes. Wenn er so überzeugt wäre von dieser Kulturförderabgabe, hätte er sie doch schon längst im Land eingeführt oder zumindest eine entsprechende Initiative gestartet.

(Martin Börschel [SPD]: Das darf er nicht, Herr Houben!)

- Herr Börschel, ich hätte gerne etwas von Ihnen dazu gehört. Dass er das nicht darf, ist mir vollkommen neu. Das ist eine ganz interessante Argumentation, die Sie selbst vor wenigen Wochen noch nicht vertreten haben.

(Martin Börschel [SPD]: Gucken Sie mal ins Gesetz!)

Zweitens. Die Kölner Regelung ist unklar. Niemand kann genau sagen, welche Sonderregelungen dazu führen, dass man von dieser Abgabe befreit wird. Sie reden ja von „Mövenpick-Steuer“; das scheint Sie ja unheimlich anzuregen, Herr Frank. Es geht natürlich hauptsächlich um mittelständische Unternehmen. Die DEHOGA schätzt, dass die Einführung der Sonder-Software, die man natürlich nicht am Markt kaufen kann, jedes Hotel pro Haus 5 000 bis 10 000 Euro kosten wird. Allein dieser Betrag ist notwendig, damit diese Software am Counter läuft. In dem Zusammenhang müssen Sie sich schon die Frage gefallen lassen: Wem haben Sie dann mit dieser Steuer geholfen? Vielleicht den EDV-Anbietern, aber sicherlich nicht der Kölner Hotellerie.

(Beifall bei der FDP)

Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Einer Firma wie Panasonic entstünden bei der photokina durch die Bettensteuer 75 000 Euro Mehrkosten, nur weil sie ihre Mitarbeiter in Köln übernachten lässt. Nun raten Sie einmal, wo diese Firma ihre Mitarbeiter bei der nächsten Messe unterbringen wird - mit Sicherheit nicht in Köln.

(Michael Zimmermann [SPD]: Dann müssen sie mit dem Taxi fahren!)

- Besser mit der S-Bahn. Das ist noch günstiger. Dann freut sich die Deutsche Bahn.

Die Erhebung dieser Abgabe wird dazu führen, dass wir als Standort Köln aus den Katalogen verschiedener Reiseanbieter gestrichen werden. Schulklassen werden künftig in Frechen übernachten und nicht in Köln. Am Ende stellt sich die Frage, ob man bei dem Verwaltungsaufwand, bei dem Tamtam, durch diese Bettensteuer wirklich mehr einnimmt, als man an anderer Stelle verliert. Ich und wir von der FDP-Ratsfraktion sind der festen Überzeugung - deswegen, Frau Klug, denken Sie schon einmal über ein kluges Ausstiegsszenario nach -: Diese Bettensteuer bringt der Stadt Köln am Ende weniger ein, als Sie es sich versprechen. Wir werden am Ende mehr verlieren.

Herr Börschel und Herr Frank haben ja in ihren Beiträgen viele schöne Dinge angeführt, die nicht unbedingt mit der Bettensteuer zu tun hatten. Herr Börschel, ich bewundere Sie in gewisser Weise, nämlich mit welcher Kraft Sie hier antreten, obwohl gleichzeitig die von Ihnen getragene Landesregierung unser Bundesland in

eine Neuverschuldung hineinführt, die einfach unsäglich ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie erzählen uns hier, dass der Konsolidierungshaushalt der Stadt Köln, der ja ein Milliardenvolumen umfasst, an den gedachten Einnahmen der Bettensteuer in Höhe von 5 Millionen Euro hängt. Das ist einfach unglaubwürdig. Das glauben Sie doch selbst nicht.

Warum steht denn Köln so schlecht da, Herr Frank? Weil wir nicht wie unsere Nachbarstadt Düsseldorf die politische Kraft hatten, unsere Wohnungswirtschaft zu verkaufen. Wir stünden ganz anders da,

(Widerspruch bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Und dann Krokodilstränen vergießen!)

wir könnten ganz anders agieren, wir stünden viel besser da.

(Martin Börschel [SPD]: Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

- Immer.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Börschel?

Reinhard Houben (FDP): Bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Kollege Houben, das interessiert mich jetzt schon. Ich hatte den Vorsitzenden Ihrer Ratsfraktion, Ralph Sterck, in den vergangenen Monaten und Jahren immer so verstanden, dass er aus heutiger Sicht den Verkauf von GAG und GruBo für einen Fehler halten würde. Deshalb möchte ich Ihnen gerne die Gelegenheit geben - -

Reinhard Houben (FDP): Darf ich Ihnen darauf antworten, Herr Börschel?

Martin Börschel (SPD): Ja, selbstverständlich. Aber lassen Sie mich erst noch die Frage stellen, ehe Sie antworten.

Reinhard Houben (FDP): Ich dachte, das wäre Ihre Frage gewesen, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Nein, das war nur eine Feststellung, die meine Frage einleitet.

Reinhard Houben (FDP): Okay. Die Feststellung stimmt schon einmal nicht. Und jetzt die Frage.

Martin Börschel (SPD): Ich frage Sie: Können Sie die heutige Position der FDP zu einem möglichen Verkauf von GAG und GruBo darstellen?

Reinhard Houben (FDP): Ja, Herr Börschel, so ist das: Es gibt den richtigen Zeitpunkt für einen Verkauf, und es gibt den falschen Zeitpunkt für einen Verkauf. Es hätte auch einmal einen sehr guten Zeitpunkt gegeben, NetCologne zu verkaufen. Im Moment ist die Lage so, dass wir bei einem Verkauf nicht den Preis erzielen können, den wir brauchen. Vollkommen richtig. Aber so zu tun, als ob das damals falsch gewesen wäre, ist einfach nicht okay.

(Beifall bei der FDP – Martin Börschel [SPD]: Sie würden es also wieder tun!)

Herr Sterck hat niemals gesagt, dass wir das nicht weiterhin wollen. Wenn es dafür einen guten Zeitpunkt gäbe, sollten wir darüber nachdenken. Eindeutig ja, Herr Börschel. Da können Sie sich auf uns verlassen.

(Zuruf von Peter Kron [SPD])

- Liebe Freunde von der SPD, Sie als Volkspartei liegen ja in den Umfragen bei starken 22 Prozent. Also seien Sie da ganz vorsichtig. Jede Wahl bringt neue Ergebnisse. Der Bürger kann sich immer neu entscheiden.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen: Sie haben Herrn Lindner zitiert, allerdings falsch. Es ging Herrn Lindner und uns als FDP in mehreren Wahlkämpfen - in Landtagswahlkämpfen, in Bundestagswahlkämpfen - nicht nur um eine Reduzierung der Mehrwertsteuer für die Hotellerie, sondern auch für die Gastronomie. Den einzigen Vorwurf, den wir uns als FDP gefallen lassen müssen, ist, dass wir es in den Koalitionsverhandlungen nicht geschafft haben, dass auch die Gastronomie mit einem

verminderten Mehrwertsteuersatz bedacht wird. Das sage ich Ihnen dazu.

> (Martin Börschel [SPD]: Das wird ja immer besser! Sie reden sich um Kopf und Kragen, Herr Houben!)

- Nein, ich vertrete hier die Positionen, die ich schon in mehreren Wahlkämpfen vertreten habe, auch wenn sie im Moment nicht prominent und wenig beliebt sind. Es geht aber nicht darum, beliebt oder beliebig zu sein, sondern darum, dass man seine Vorstellung selbst dann vertritt, wenn man einmal schlechte Umfragewerte hat, Herr Börschel.

(Beifall bei der FDP)

Meine letzte Bemerkung gilt Ihnen, Herr Frank. Es tut mir leid, wenn ich Ihnen das so persönlich zurufen muss: Ihr Beitrag hat mir natürlich auch gezeigt, dass Sie nicht an dem Platz, wo Frau Klug im Moment sitzt, hätten sitzen dürfen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Granitzka. - Bitte schön.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich habe zwar den Eindruck, dass fast alles schon dazu gesagt worden ist;

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Noch nicht von allen!)

aber ich möchte doch noch einmal die Position der CDU deutlich machen.

Zuerst erlaube ich mir Sie, Herr Frank und Herr Börschel, darauf hinzuweisen, dass unsere Position nicht neu ist. Wir haben schon im Januar vor einem Jahr in einer Presseerklärung deutlich gemacht, dass wir diese Bettensteuer für ein völlig verfehltes Instrument halten.

Es war Ihr damaliger Wirtschaftsdezernent - Herr Houben hat es gerade gesagt -, der diese Bettensteuer zum Schaden der Wirtschaft erfunden hat, um sich dann nach Düsseldorf zu verabschieden. Kaum war er dort, hat er den Kölnern ins Stammbuch geschrieben, dass er diese Bettensteuer aus zwei Gründen für problematisch halte und dass sie rechtlich unsicher sei. Gleichzeitig haben Grüne und SPD für den Haushalt 2011 diese rechtlich gesehen vollkommen unsicheren Einnahmen bereits verplant.

Am 1. Oktober 2010 ist diese Bettensteuer, die wir von Anfang an abgelehnt haben, nun in Kraft getreten. Aber jetzt kommt der Hammer, meine Damen und Herren - ich darf mit Ihrer Erlaubnis, Herr Oberbürgermeister, aus der *Bild*-Zeitung vom 1. Oktober zitieren -:

> Wir hoffen, dass die Hoteliers dagegen klagen und so die Gerichte schnell entscheiden, ob diese Steuer rechtens ist, sagt der Stadtdirektor und Rechtsdezernent Guido Kahlen.

Herr Kahlen ist heute leider nicht anwesend, weil er in London ist. Das heißt, der Rechtsdezernent sagt: Ich weiß nicht, ob diese Steuer rechtmäßig ist. Aber ich führe sie erst einmal ein und gebe das Geld auch schon aus. - Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wo bleibt denn da die Seriosität?

(Beifall bei der CDU)

Die Stadt Köln erhebt eine Steuer, von der sie nicht weiß, ob sie sie erheben darf. Wenn sie rechtlich dazu gezwungen wird, auf diese Einnahmen zu verzichten, kann sie diese nicht eingenommenen Gelder aber nicht schon im Haushalt 2011 verplanen. Was hat das mit Seriosität zu tun?

Noch dazu lässt man den administrativen Aufwand völlig außer Acht. Die Herrschaften von der DEHOGA sitzen ja heute oben auf der Tribüne. Sie und die von ihr vertretenen 3 000 Unternehmen müssten es nämlich ausbaden, wenn die Gerichte entscheiden, dass diese Bettensteuer nicht rechtens ist. Dann müssten sie ihren Gästen circa 5 Euro zurückzahlen, egal, ob ihre Gäste aus Japan, Australien oder sonst woher kamen, und zwar mit Zinsen und Zinseszinsen. Angesichts von 400 000 Gästen - so lauten ja die Übernachtungszahlen für 2009 -, die diese Bettensteuer zu bezahlen haben, können Sie sich selbst einmal ausrechnen, was es kosten würde, das wieder rückabzuwickeln.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Ich frage mich: Hat sich denn der Stadtdirektor darüber überhaupt keine Gedanken gemacht?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein!)

Nein, wahrscheinlich nicht.

Neben den Prognosen zu den zurückliegenden Übernachtungszahlen - auch das ist hier schon gesagt worden - will ich Ihnen noch ein paar aktuelle Fakten nennen, die mir die DEHOGA und die Koelnmesse mitgeteilt haben, um deutlich zu machen, welchen Schaden Rot-Grün mit dieser Bettensteuer anrichtet.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Mir kommen die Tränen!)

Die EDV-Umstellung für jedes einzelne Hotel kostet zwischen 6 000 und 11 000 Euro. Nun haben Sie, Herr Börschel, vorhin gesagt, dass die Hotels dann immer noch 5 Prozent mehr hätten als vor der Mehrwertsteuersenkung. Wie gesagt, im Jahr 2009 hatten die Kölner Hotels 400 000 Übernachtungen, darunter allein 5 000 japanische Gäste. Können Sie sich eigentlich vorstellen, welcher Aufwand betrieben werden muss, wenn das Gericht anders entscheidet und eine Rückerstattung in die Wege geleitet werden muss? Der Stadtdirektor hat ja gesagt, dass er nicht weiß, ob das, was Sie vorgeschlagen und jetzt umgesetzt haben, rechtmäßig ist.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Gesellschaften und Verbände schriftlichen Protest angekündigt haben, allen voran die DEHOGA. Aber auch der Arbeitskreis Internationale Süßwaren-Messe, eine der Kernmessen in Köln, der Photoindustrie-Verband als Mitgestalter der photokina, der weltgrößten Fotofachfachmesse, die hier in Köln stattfindet, sowie der Verband der Deutschen Möbelindustrie, der die größte europäische Möbelmesse hier in Köln organisiert, haben klipp und klar gesagt: Wir werden Köln bei den Übernachtungen dann nicht mehr bedenken.

Ich muss ehrlich sagen: Ich bin heute froh, dass wir diesen Unfug nicht mitbeschlossen haben. Ich hoffe, dass die Gerichte dem alsbald den Garaus machen werden. Bis dahin unterstützen wir selbstverständlich den Antrag auf Aussetzung in der Hoffnung, dass es wirklich dazu kommt und Sie sich das dann noch einmal überlegen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Granitzka. - Nächster Redner ist Herr Brust.

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Thema ist ja jetzt unter anderen diese „schlimme“ Gebührenerhöhung, wir würden die Bürger schröpfen usw.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ist auch so!)

Aber keiner der Redner hat bisher die tatsächlichen Zahlen genannt. Über was reden wir eigentlich heute hier?

Wir haben in der letzten Ratssitzung beschlossen, die Gebühren für Schmutz- und Regenwasser zu erhöhen. 1995 betrug diese Gebühr - umgerechnet - 1,43 Euro pro Kubikmeter. Im nächsten Jahr werden für Schmutzwasser 1,52 Euro pro Kubikmeter zu entrichten sein. Das entspricht einer Erhöhung um 9 Cent innerhalb von 16 Jahren. Das Gleiche gilt für die Gebühr für das Regenwasser.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie müssen dazusagen, wie das zustande gekommen ist!)

Beim Frischwasser gab es seit etlichen Jahren überhaupt keine Gebührenerhöhung. Es kann sich schon gar keiner mehr daran erinnern, wann zum letzten Mal die Gebühren dafür erhöht worden sind.

(Ralph Sterck [FDP]: Bei der Gewerbesteuer sind es 14 Millionen!)

- Wir reden im Moment über die Gebühren, die die Kölner Bürger zu bezahlen haben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die sind doch die ganze Zeit gesenkt worden!)

Die Verwaltung hat nun vorgeschlagen, eine Winterdienstgebühr einzuführen.

(Anhaltende Zurufe von der CDU und der FDP)

- Hören Sie doch einmal zu! - In der Vorlage der Verwaltung wird vorgeschlagen, eine Winterdienstgebühr einzuführen. Dazu haben Sie einen Änderungsantrag von uns vorliegen, dass wir das ablehnen. Es wird keine Winterdienstgebühr geben.

Übrig bleibt also die Erhöhung der Straßenreinigungsgebühr um 2,2 Prozent und die der Abfallgebühr um 2,1 Prozent.

(Ralph Sterck [FDP]: Und die Betten- und die Gewerbesteuer!)

Herr Klipper hat eben gefragt, ob es denn gerecht sei, wenn die Gebühren trotz steigender Gewinne der AWB erhöht werden. - Herr Klipper, das ist nicht gerecht. Aber leider haben wir aus der Zeit, als Sie von der CDU mit der FDP die Stadt regiert haben, einen Vertrag geerbt, den wir bis 2018 zu erfüllen haben. Erinnern Sie sich: Wir haben hier vor zwei Jahren im Zusammenhang mit der Verlängerung der AWB-Beauftragung lange darüber diskutiert, ob wir diesen Vertrag, der zulasten der Kölner Bürger geht, ändern können. Wir hätten das damals gerne gemacht. Dann aber haben Juristen und Gutachter uns gesagt, dass das nicht geht. Die AWB darf auf diese Einnahmen, die ihr laut Vertrag zustehen, nicht verzichten. Das wäre verdeckte Gewinnausschüttung.

(Ralph Sterck [FDP]: Ihr habt eine Gebührengarantie gegeben! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Klipper?

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ja.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Brust, die Geschichtsklitterung muss nicht weitergehen. Deswegen meine Frage: Ist Ihnen noch bewusst, dass uns, als der Vertrag geschlossen wurde, garantiert worden ist, dass zum einen alle Mitarbeiter übernommen werden und dass zum anderen die Gebühren mehr als fünf Jahre stabil bleiben?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ist Ihnen bewusst, dass die Gebühren in den 90er-Jahren mehrmals um 2 bis 5 Prozent gestiegen sind und wir diese Steigerungen den Bürgern ab dem Jahr 2001, glaube ich, nicht mehr zumuten wollten? Ist Ihnen all das noch bewusst?

(Zuruf von der FDP: Nein!)

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist uns völlig bewusst.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Warum erzählen Sie das dann nicht?)

Es war richtig, dass man damals beschlossen hat, die ersten fünf Jahre von Gebührensteigerungen auszunehmen, auch weil zu erwarten war, dass es zu Rationalisierungseffekten kommt, die es dann auch gegeben hat. Aber man hätte damals diese Preisgleitklausel so ausgestalten müssen, dass die Kölner Bürger auch nach den ersten 5 Jahren davon profitieren, wenn durch Rationalisierungen die Kosten bei der AWB nicht so stark steigen. Der Vertrag, der damals von Ihnen geschlossen worden ist, sieht aber vor, dass wir an diese Preisgleitklausel gebunden sind und wir diesen Vertrag bis 2018 erfüllen müssen. Wir von Rot-Grün haben vor zwei Jahren versucht, den Vertrag zu ändern, durften das aber nicht. Das heißt, wir sind daran gebunden und müssen diese Preisgleitklausel weiterhin erfüllen.

Ich habe den FDP-Vertreter im Umweltausschuss gefragt: Warum habt ihr denn damals diesen Vertrag geschlossen, wenn ihr heute dagegen seid? Seine Antwort war sehr interessant: Damals war noch Trienekens Geschäftspartner. Das heißt, damals wären die Gebührenerhöhungen Trienekens zugute gekommen. Dagegen hatte die FDP nichts; denn das hätte ja einem privaten Unternehmen genutzt. Heute aber, da die gesamten Gewinne der AWB dem städtischen Haushalt und damit indirekt dem Kölner Bürger zugute kommen, ist das plötzlich ein Problem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von der FDP: Abenteuerlich!)

Ich muss jetzt zum Ende kommen.

(Beifall bei der FDP)

Interessant wäre, wenn die Kölner Presse einmal eine Aufstellung der tatsächlichen Gebührenerhöhungen der letzten Jahre veröffentlichen würde. Dann wäre nämlich für jeden einsichtig, dass es im Vergleich zu den allgemeinen Preissteigerungen hier in Köln nur unterdurchschnittliche Gebührenerhöhungen gab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Wir kommen dann zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Von mir wird erwartet, dass ich die Debatte zusammenfasse. Ich bin anscheinend hier der Abschlussredner. Das werde ich gerne tun und will mir zu Beginn auch gleich meinen Vorredner zur Brust nehmen.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Tolles Wortspiel!)

Er hat die Kölner Presse, also die Hofberichterstatter von der Amsterdamer Straße, aufgefordert, einmal schön darzustellen, wie das mit den Gebühren tatsächlich ist, wie gut es den Kölner geht. Ich kann Ihnen zusagen: Das nehmen wir denen ab; denn wir werden die ganzen Sauereien, die Sie hier eingeführt haben, auf Papier zusammenfassen und dieses dann an alle Kölner Haushalte verteilen.

(Beifall bei pro Köln)

Sie haben hier eben nicht erwähnt, dass im Januar noch eine Strompreiserhöhung der GEW um 11 Prozent ansteht, aber nicht, weil der Strom, den sie einkauft, teurer geworden ist, sondern weil im Aufsichtsrat aus ideologischen Gründen falsche Entscheidungen getroffen worden sind, die jetzt von den Kölnern bezahlt werden müssen.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, vieles von dem, was Sie hier beschließen, macht den Bürger ärmer, aber die Stadt nicht reicher. Das hilft uns nicht weiter. Für viele Hunderttausend Euro werden Einzelhandelskonzepte entworfen. Ordnerweise bekommt man das zugeschickt. Wissen Sie, was für den Einzelhandel wirklich das Beste wäre? Wenn der Kölner Bürger ausreichend Geld in der Tasche hätte und es im Einzelhandel ausgeben könnte. Aber das hat er nicht, weil Sie hier Gebühren erhöhen, die nicht gerechtfertigt sind.

Einige von Ihnen kennen scheinbar nicht den Unterschied zwischen Steuern und Gebühren, auch die Antragsteller nicht. Gut, bei einer Partei, die man mieten kann und die des Öfteren ihre Meinung ändert, kann ich das verstehen. Aber Gebühren sind ein Entgelt, das für eine erbrachte Leistung bezahlt wird. Sie dienen nicht der Querfinanzierung eines kommunalen Haushaltes. Herr Roters, Ihr Haushalt ist nun einmal kein Meisterstück, sondern eine Mogelpackung, die Sie jetzt mit allen Tricks versuchen, auszugleichen. Aber es gibt hier eine Opposition. Auch wenn wir in der Presse nicht vorkommen, werden wir uns in dieser Sache bemerkbar machen. Das können Sie glauben.

Aus einer Aktuellen Stunde ist schnell eine Märchenstunde geworden. Das haben wir in der letzten Stunde gelernt. Man hat hier operiert nach dem Motto von Dr. Oetker: „Man nehme …“ und das gemünzt in: „Man nehme vom Bürger …“ Es kann doch nicht wahr sein, dass von einem städtischen Unternehmen, das 40 Millionen Euro Gewinn macht, die Gebühren erhöht werden mit der Begründung, man habe sie ja in den letzten zehn Jahre nicht erhöht. Wir wäre es denn einmal mit einer Gebührensenkung?

(Beifall bei pro Köln)

Wir betreiben doch städtische Unternehmen nicht, um Verlust zu machen, sondern damit sie Leistungen anbieten, und zwar effektiv und preiswert für die Bürger. Das haben Sie nicht erkannt. Was versuchen Sie mit den städtischen Unternehmen? Es gibt zum Beispiel ein Unternehmen in städtischer Hand, in dem 120 Personen Pensionsleistungen beziehen, die nie in diesem Unternehmen gearbeitet haben. Diese sollen dann über Gebühren hereinkommen. Das ist so. Es gibt hier schon strategische Planungen, wie man in den Jahren vorzugehen gedenkt. Das haben Sie bisher nicht gesagt. Ohne hier etwas zu verraten und hinterher dafür Ärger zu bekommen, will ich nur so viel sagen: Es gibt schon strategische Planungen, diese Gebühren jedes Jahr zu erhöhen. Ihren Hofberichterstattern werden Sie das Ganze dann als unvermeidlich, als alternativlos darstellen. Das ist es aber nicht. Da muss genau hingeschaut werden.

Der Grund, warum Sie versuchen, die Opposition aus allen Aufsichtsratsgremien herauszuhalten, ist doch, dass wir Ihnen nicht auf die Finger schauen können,

(Beifall bei pro Köln)

sei es in Zusammenhang mit der Einführung dieser ominösen Bettensteuer, der Sexsteuer oder was Sie sich noch alles haben einfallen lassen. Ich habe mich schon gefragt: Wann kommt eigentlich die Kurtaxe für Köln? Ich weiß zwar nicht, für was; aber Sie werden bestimmt eine Begründung finden. Stattdessen fordern Sie die Betroffenen auf, vor Gericht zu ziehen. Das macht doch wirklich keinen Sinn.

Darum muss hier ganz klipp und klar gesagt werden: Diejenigen, die hier eine Aktuelle Stunde

fordern und thematisch ähnliche Anträge einbringen, sollten dem einzig sinnvollen Antrag zustimmen, und zwar dem, eine Gebührenprüfkommission einzurichten. Klar ist, dass die Gebühren, die die Stadt erhebt, zumindest zweifelhaft sind, wenn sie nicht gar zur Querfinanzierung eines Mogelhaushaltes dienen. Daher sollten wir uns die Einrichtung einer Gebührenprüfkommission gönnen. Das würde unseren Bürgern etwas bringen. Ich bitte um Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Breite, Sie haben davon gesprochen, dass die arbeitende Bevölkerung bestraft würde. Wodurch denn? Durch die Gewerbesteuererhöhung?

(Zurufe von der FDP: Ja!)

Durch die Bettensteuer?

(Zurufe von der FDP: Ja!)

Soweit ich weiß, besitzen die meisten Kolleginnen und Kollegen von Ford kein Hotel, keine Pension. Insofern ist Ihr Versuch, sich als Arbeiterpartei FDP aufzuspielen, ein bisschen danebengegangen.

Sie haben den Verzicht auf Rücknahme einiger Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich kritisiert und gleichzeitig versucht, sich als Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darzustellen. Wir sehen das als einen Versuch an, zwischen die Armen, die Erwerbslosen, und die Beschäftigten einen Keil zu treiben. Gleichzeitig tun Sie so, als würden Unternehmer und Beschäftigte das gleiche Interesse verfolgen.

(Ulrich Breite [FDP]: Genau so ist es!)

Aber so dumm sind die Leute nicht, Herr Breite. Die Umfragen zeigen, dass eine klare Mehrheit in diesem Land dafür ist, dass endlich die Besitzenden mehr besteuert werden und die sogenannten kleinen Leute, also die normal Beschäftigten, aber auch die Erwerbslosen, endlich entlastet werden. Diese Umfragen, in denen Sie unter die 5-Prozent-Grenze gedrückt werden, bringen klar zum Ausdruck, dass mit der Umverteilung zugunsten der Besitzenden Schluss gemacht werden muss.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Sie vermischen hier noch mehr, Herr Breite, um Ihre Klientelpolitik zu verschleiern. Gewerbesteuer und Bettensteuer sind das eine, aber Gebühren sind etwas anderes. Das sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Die Linke tritt eindeutig gegen die Mehrbelastung der Bevölkerung durch Gebührenerhöhungen ein. Wir sind gegen höhere Eintrittspreise in öffentliche Einrichtungen. Denn unserer Meinung nach - das berührt wirklich die Interessen der abhängig Beschäftigten, der arbeitenden Bevölkerung - ist es nicht zu akzeptieren, dass die Preise für Energie, den öffentlichen Nahverkehr usw. Jahr für Jahr steigen, während die tariflichen Nominallöhne nur gering steigen und die Einkommen vieler Beschäftigter, die nicht unter die Tarifbindung fallen, sogar insgesamt stagnieren.

Herr Breite, auch wenn Sie sich hier als verbale Nebelmaschine betätigen: Die Gewerbesteuererhöhung ist etwas anderes. Sie belastet nicht die Beschäftigten. Sie belastet die Unternehmer.

(Widerspruch bei der FDP)

Sie belastet dieselben Unternehmer, die von den Bundesregierungen der letzten 20 Jahre, nämlich Kohl, Schröder, Merkel I und Merkel II, immer wieder entlastet und steuerlich beschenkt worden sind. Diese Unternehmer geben nun mit der Gewerbesteuererhöhung einen kleinen Teil der Steuergeschenke auf kommunaler Ebene wieder ab, damit die Kommune die nötigen sozialen und kulturellen Dienstleistungen daraus finanzieren kann.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Insofern ist nur eine Sache hier geboten - sie ist ohnehin geboten, aber nun ist sie noch mehr geboten -: Wenn eine finanzielle Entlastung bei den städtischen Finanzen eintritt, ist es nötig, die Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich, im Jugendbereich gänzlich zurückzunehmen.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, Sie sagen, mit Ihrem Haushalt hätten Sie es vermieden, Strukturen zu zerschlagen. Das mag sein, aber Sie haben diese Strukturen ganz schön angeschlagen. Auch deswegen ist der Verzicht auf Kürzungen nötig.

Herr Börschel hat recht, wenn er sagt, den Kommunen ging es noch nie so schlecht wie heute. Der Vollständigkeit halber möchte ich Sie aber auch daran erinnern, dass daran leider auch SPD und Grüne mit ihren Maßnahmen unter der Regierung Schröder einen nicht geringen Anteil tragen, der genauso schwer wiegt wie der Kahlschlag von Schwarz-Gelb auf Landesebene; denn es gab unter Schröder die massivste Verschlechterung zuungunsten der Kommunen und die massivste Umverteilung der Besitzenden.

(Zuruf von der FDP: Holla!)

Maßnahmen wie die Bettensteuer sind gewiss nicht eine besonders sinnvolle Form der kommunalen Finanzierung, sondern eher eine Notmaßnahme der Kommune. Solange die Gemeindefinanzierung nicht auf eine breitere Basis gestellt wird, solange nicht grundlegend zugunsten der Kommunen umverteilt wird, solange auf Bundesebene Kapitalbesitzer und Wohlhabende weiterhin steuerlich beschenkt werden, sind solche Notmaßnahmen wie die Bettensteuer allerdings legitim und geboten, um die sozialen und kulturellen Dienstleistungen dieser Stadt zu erfüllen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Ludwig.

Damit liegen zwei Runden in der Aktuellen Stunde hinter uns. Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verzichte ich darauf, eine dritte Runde zu eröffnen.

Ich sehe gerade, Herr Sterck will noch eine kurze Anmerkung machen. Das sei Ihnen gestattet, auch weil Sie Vertreter der antragstellenden Fraktion sind. - Bitte schön.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Brust hatte eben von der Kölner Presse gefordert, sie möge doch einmal die Gebührenentwicklungen der letzten Jahre darstellen. Ich meine das in den letzten Tagen schon gelesen zu haben. Sechs Gebührenerhöhungen in sechs Wochen, hieß es da. Ich glaube, dass die Kölner Medien schon sehr genau beobachten, was Sie machen. Dass Sie jetzt bei der Schneesteuer kalte Füße bekommen haben - das lässt sich ja aus der Begründung ableiten - und Sie sie vielleicht dann in die Grundsteuer einfließen lassen wollen, hat ja auch damit zu tun, dass auch bei Ihnen angekommen ist, wie genau die Kölner Presse Ihre Politik verfolgt.

Zu dem, was Kollege Börschel hier gesagt hat, habe ich mir noch einige Notizen gemacht. Er ja sehr umschweifend Stellung genommen, aber leider wenig zu dem Thema gesagt, um das es uns hier eigentlich heute geht, nämlich um die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Köln.

Wir alle haben bei unserer Verpflichtung durch den Oberbürgermeister gesagt, dass wir Schaden von der Stadt abwenden wollen. Wir machen uns Sorgen um die Stadt. Herr Houben hat eben gesagt: Köln wird durch diese Bettensteuer zu einer Insel. Wenn heute eine Delegation von der DEHOGA hier ist, dann nicht deshalb, weil sie eine feuchte Wohnung haben, sondern weil sie die blanke Angst hierher treibt. Im Kongressgeschäft sind schon jetzt 25 Prozent der Bestellungen für das kommende Jahr ausgeblieben. Sie müssen sich doch auch einmal Gedanken darüber machen, was Ihre Politik bewirkt.

Der Stadtdirektor ist ja heute nicht auf einer Lustreise in London, sondern es geht um die Bewerbung für die Mobile-World-Messe, die er dort für die Stadt Köln gemeinsam mit der Koelnmesse vertritt. Wenn wir in dieser oder in der nächsten Runde rausfliegen, können Sie sich den Schuh dafür anziehen; denn wenn man den Standort Köln in dieser Form verteuert, nutzt das nur unseren Mitbewerbern. Dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn Köln demnächst von Messeveranstaltern nicht mehr berücksichtigt wird, Herr Börschel.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben hier auch behauptet, wir würden Geschenke verteilen wollen. Sie haben doch die Mittelkürzungen, die der Oberbürgermeister vorgeschlagen hatte, schon in den Haushaltsplanberatungen gesenkt. Jetzt hört man allenthalben, dass im Jugendbereich, im Kulturbereich und im Sozialbereich Kürzungen zurückgenommen werden sollen. Sie, Herr Börschel, haben das Wort „Gerechtigkeit“ in die Debatte eingeführt. Genau diese Gerechtigkeit fordern wir auch. Wenn wir die Möglichkeit haben, die Zügel im Jugendbereich, im Kulturbereich und im Sozialbereich etwas zu lockern, was das sicherlich auch unserem Interesse ist, dann bitte auch bei der Kölner Wirtschaft. Es kann doch nicht sein, dass die Kölner Gewerbetreibenden die ganze Zeche zu

zahlen haben. Dann müssen Sie auch der Kölner Wirtschaft in Sachen Gewerbesteuer und Bettensteuer entgegenkommen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ludwig hat gerade noch einmal die Behauptung von Herrn Börschel aufgegriffen, die Bettensteuer müssten die Bürger ja nicht bezahlen. Das ist falsch, Herr Börschel. Die Einführung der Bettensteuer werden wir hier in Köln bitter zu bezahlen haben. Die Rückgänge in den Reservierungszahlen werden auf wegfallende Arbeitsplätze durchschlagen. Davon ist dann zwar nicht der Ford-Mitarbeiter, den Sie, Herr Ludwig, hier eben angeführt haben, betroffen, aber vielleicht dessen Frau, die bisher für 400 Euro an der Rezeption eines Hotels gearbeitet hat. Das werden wir zu spüren bekommen, und zwar nicht nur in der Hotellerie; das wird sich auf den kompletten Einzelhandel, auf alle Dienstleister auswirken. Wenn die Gäste ausbleiben, ergo auch kein Geld mehr in Köln ausgeben, werden wir das zu spüren bekommen.

Von daher hoffe ich - auch wenn es nach dieser Debatte hier heute nicht danach aussieht, dass Rot-Grün in dieser Frage noch einlenken wird -, dass die Ratsmehrheit, der Oberbürgermeister und die neue Kämmerin ein Ausstiegsszenario finden, dass Sie einen Plan B in der Tasche haben. Es geht nicht so sehr darum, ob soundso viel Euro in die Hotellerie fließen, sondern darum, dass der Standort Köln schlechtgemacht wird, dass große Konzerne sagen: Wir gehen nicht mehr nach Köln. Ich habe das Beispiel schon bei meiner ersten Rede zu diesem Thema angeführt. Die Bayer AG sagt: Wir gehen nicht mehr nach Köln. Bitte buchen Sie für unsere Mitarbeiter Hotels in Leverkusen oder Düsseldorf.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Viel zu unökologisch!)

Darum geht es. Dazu erwarte ich ein Ausstiegsszenario von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, oder von der neuen Kämmerin. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu noch weitere Wortmeldungen? - Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist doch noch so viel vorgebracht worden, dass ich zumindest zu dem einen oder anderen Stellung nehmen will.

Ich möchte mit dem Beitrag von Herrn Houben beginnen. Kollege Sterck hat sich ja eben seine These: Köln mache sich zu einer Insel, zu eigen gemacht. Dazu will ich noch einmal eingangs sagen: Abgesehen davon, dass der Deutsche Tourismusverband, also immerhin eine Fachvereinigung, laut *Frankfurter Allgemeiner Zeitung* vom 2. November dieses Jahres Verständnis für die Einführung der Kulturförderabgabe geäußert hat, sind wir vielleicht die Vorreiter - das will ich gerne einräumen -, aber doch längst nicht mehr die Einzigen. Weimar - das muss man der Ehrlichkeit halber sagen - hat sie bereits vor uns eingeführt, aber auch Dortmund, Duisburg,

(Ralph Sterck [FDP]: Wenn Sie die ersten sind, dann schaden Sie doch noch mehr!)

Berlin, Hamburg, Bremen, Aachen, Mönchengladbach und jüngst die Stadt Neuss prüfen längst die Einführung einer solchen Kulturförderabgabe.

(Ralph Sterck [FDP]: Auch wenn es mehrere Inseln ist, so bleibt es eine Insel!)

- Lieber Kollege Sterck, regen Sie sich doch nicht so auf! Ich weiß, dass Sie sich deswegen so getroffen fühlen, weil beispielsweise die FDP Mönchengladbach der Einführung einer Kulturförderabgabe zugestimmt hat und der dortige FDP-Kämmerer ganz begeistert von der Idee ist. Lieber Kollege Sterck, was sagen Sie denn dazu?

(Beifall bei der SPD)

Sie spielen sich hier auf wie der Rächer der Enterbten und wissen überhaupt nicht, was um uns herum längst vor sich geht. Ihre eigenen FDP-Kolleginnen und -Kollegen sind dort, wo es die Situation erfordert, ganz anderer Auffassung als Sie. Deswegen: Spielen Sie sich doch um Himmels willen hier nicht so auf.

Kollege Houben hat auch darauf verwiesen - da muss ich wirklich unseren ehemaligen Wirtschaftsdezernenten in Schutz nehmen -, der jetzige Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen könne doch die Steuer, wenn er denn

ein reines Gewissen hat - ich glaube, so ähnlich hatten Sie es ausgedrückt -

(Reinhard Houben [FDP]: Überzeugt!)

- meinetwegen; ich will nichts Falsches sagen -, wenn er denn so überzeugt davon ist, die Steuer auch landesweit einführen. Meine Güte! Ahnungsloser geht es nicht. Es ist schlicht verboten, eine solche Steuer landesweit einzuführen. Deswegen verbreiten Sie hier nicht so einen Dummquatsch. Das wissen Sie doch ganz genau, Herr Kollege Houben. Normalerweise brauchen Sie solche Kniffe nicht, hier Dinge anzuführen, die einfach nicht erlaubt sind. Das Land hat eine solche Steuererhebungskompetenz schlicht und einfach nicht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Egal, illegal, scheißegal!)

Kollege Granitzka hat in seiner Rede darauf hingewiesen, dass eine rechtliche Unsicherheit entstanden ist. Dazu will ich ganz ausdrücklich sagen: Ja, da haben Sie recht. Das haben wir übrigens immer gesagt. Wer vorangeht - und das tut nach Weimar nun auch die Stadt Köln -, muss immer erst einmal mit einer gewissen rechtlichen Unsicherheit leben. Wir wissen, dass wir ein Risiko gehen. Wir haben als Mehrheit in diesem Rat auch erklärt: Sollten von einem Gericht Hinweise gemacht beziehungsweise Auflagen erteilt werden, dass es hier zu potenziellen Veränderungen kommen muss, dann werden wir diese Veränderungen vornehmen. Das ist doch vollkommen klar. Es war übrigens schon bei vielen Gebühren, Abgaben und Steuern der Fall, und zwar nicht nur auf kommunaler, sondern auf allen Ebenen, dass Hinweise des Gerichts aufgenommen werden mussten.

Sie haben hier ernsthaft den Umstand kritisiert, dass man die Versendung von Steuerbescheiden so lange nicht vornimmt - das war übrigens mit der DEHOGA abgesprochen -, bis in einem einvernehmlich verabredeten Musterverfahren mindestens erstinstanzlich die Angelegenheit entschieden worden ist. Darin kann ich nichts Schlechtes entdecken. Ganz im Gegenteil: Das muss doch im Sinne aller Beteiligten sein, sowohl im Sinne der Hotellerie als auch des Verbandes, wobei ich hier ganz bewusst differenzieren will, weil ich nicht sicher bin, ob der Verband immer die Interessen zumindest der Kölner Hotellerie angemessen und richtig vertritt; darauf komme ich aber gleich noch zu sprechen. Es ist aber auch im Sinne der Stadt Köln, zu wissen, was möglicherweise ein Gericht hierzu sagt.

Ich will nur am Rande darauf hinweisen, dass das zunächst vor dem Verwaltungsgericht eingereichte Eilverfahren vom Kläger zurückgezogen wurde. Jeder kann überlegen, was das zu bedeuten hat. Aber immerhin: Ein ursprünglich anhängiges Eilverfahren wurde vom Kläger zurückgezogen.

(Volker Görzel [FDP]: Erzählen Sie doch mal, warum!)

Ich will hier gar keine Bewertung vornehmen. Sie können selbst darüber nachdenken, warum das so ist.

Herr Kollege Sterck hat eben gesagt, wir hätten angesichts der finanziellen Situation die Möglichkeit, die Zügel zu lockern. Angesichts verschiedener Bemerkungen, die in diese Richtung zielen, frage ich Sie: Wo leben Sie denn? Das ist doch eine beharrliche Realitätsverweigerung, eine Ausblendung der Zahlen, die wir haben. Ich sage noch einmal: Köln wird bis zum Jahr 2014 1 Milliarde mehr ausgeben, als wir einnehmen. Das heißt: Wir haben ein Loch in der Kasse. Uns fehlt die Kohle. Wenn wir es wirklich ernst damit meinen, verantwortlich für diese Stadt zu handeln - Sie haben auf den Text unserer Verpflichtung als Ratsmitglieder hingewiesen, Herr Kollege Sterck -, müssen wir überlegen, wie wir damit umgehen. Dass man bei einer solchen Konsolidierung nicht bei jedem Schritt laut „Hurra!“ ruft und ihn gerne tut, ist doch vollkommen unbestritten. Aber wenn man Verantwortung übernehmen will - dafür sind wir hier gewählt -, muss man manchmal Dinge tun, auch wenn sie unpopulär sind.

Deswegen kann ich nur mit dem kleinen Kalauer schließen, der im Regelfall anderen gewidmet war. Angesichts Ihrer beharrlichen finanzpolitischen Realitätsverweigerung gilt wirklich der Satz: Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass Kölner CDU und FDP lernen, mit Geld umzugehen. Das ist die traurige Wahrheit. Das kann ich nur sagen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit ist die Debatte im Rahmen der Aktuelle Stunde geschlossen. Wir kommen

nun zu den Abstimmungen über die Tagesordnungspunkte, die wir in die Aktuelle Stunde eingebunden hatten.

Dazu folgender Vorschlag: Wir ziehen die Anfrage der Linken unter Tagesordnungspunkt 4.1 vor; diese konnte abgearbeitet werden. Danach beschäftigen wir uns mit dem Antrag der FDP unter Tagesordnungspunkt 3.1.3, Aussetzung der Kulturförderabgabe, und anschließend mit dem Antrag der FDP unter Tagesordnungspunkt 3.1.11, Aussetzung der Erhöhung der Gewerbesteuer. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion pro Köln unter Tagesordnungspunkt 3.1.8, Einrichtung einer Gebührenkontrollkomission. Im Anschluss daran werden über die beiden Satzungen abstimmen, nämlich über die Satzung über die Abfallgebühren unter Tagesordnungspunkt 6.1.2 und über die Satzung über die Straßenreinigung unter Tagesordnungspunkt 6.1.3. Zu Letzterer liegt ein Änderungsantrag von SPD und Grünen vor. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Ich beantrage, dass über die im Änderungsantrag von SPD und Grünen aufgeführten Punkte einzeln abgestimmt wird.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Gut.

Wir beginnen jetzt mit der Anfrage der Linken unter Tagesordnungspunkt 4.1.

Sie ist eben abgehandelt worden. Außerdem liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung dazu vor. Damit ist sie erledigt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der FDP unter Tagesordnungspunkt 3.1.3, Aussetzung der Kulturförderabgabe. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der FDP unter Tagesordnungspunkt 3.1.11, Aussetzung der Erhöhung der Gewerbesteuer. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion pro Köln unter Tagesordnungspunkt 3.1.8, Einrichtung einer Gebührenkontrollkommission. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 6.1.2, Änderung der Satzung über die Abfallgebühren. Die Vorlage der Verwaltung liegt Ihnen vor. Wer sich gegen die Vorlage ausspricht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FDP, der CDU, pro Köln, Herr Zimmermann und die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Vorlage zugestimmt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 6.1.3, Satzung über die Straßenreinigung. Außer der Verwaltungsvorlage liegt hierzu ein Änderungs- bzw. Zusatzantrag von der Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, der an Sie als Tischvorlage verteilt worden ist. Dieser Antrag enthält einen Beschlussvorschlag, der in vier Punkte unterteilt ist. Gemäß dem Wunsch der Fraktion Die Linke soll über die Punkte einzeln abgestimmt werden. Wir kommen jetzt zur Einzelabstimmung über diesen Änderungs- bzw. Zusatzantrag.

In Ziffer 1 des Beschlussvorschlages heißt es:

> Der Rat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung – StrReinS) in der in Anlage 5 der Beschlussvorlage paraphierten Fassung.

Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer für Ziffer 1 des Beschlussvorschlages ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und meine Stimme. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann. Damit ist Ziffer 1 so beschlossen.

In Ziffer 2 des Beschlussvorschlages heißt es:

> Der Rat sieht zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Einführung einer Winterdienstgebühr zum 1.1.2011 gemäß vorgelegter Satzung (Anlage 4 der Beschlussvorlage) ab, da eine ausgewogene und gerechte

> Gebührenerhebung derzeit nicht darstellbar ist.

Diesen Punkt stelle ich jetzt zur Abstimmung. Wer für Ziffer 2 des Beschlussvorschlages ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, Herr Zimmermann, die CDU, die FDP und pro Köln. Damit einstimmig angenommen.

In Ziffer 3 des Beschlussvorschlages heißt es:

> Durch die Einführung einer Winterdienstgebühr sollte im Haushalt eine Verbesserung von 3,135 Mio. Euro erzielt werden. Um die nachhaltigen Konsolidierungsziele für die städtischen Finanzen zum weiteren Abbau des Fehlbetrags zu erreichen, wird die Verwaltung beauftragt, für das Haushaltsjahr 2011 auf der Einnahmen- bzw. der Ausgabenseite eine alternative Deckung vorzuschlagen und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen.

Wer für Ziffer 3 des Beschlussvorschlages stimmt, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Zimmermann und die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln. Damit ist auch Ziffer 3 so angenommen.

In Ziffer 4 des Beschlussvorschlages heißt es:

> Der Rat beauftragt die Verwaltung, Möglichkeiten für eine Finanzierung der Winterdienstkosten mit dem Ziel zu prüfen, eine für alle Bürgerinnen und Bürger gerechte Finanzierung zu erreichen. Die Vor- und Nachteile einer gerecht gestalteten Gebührenfinanzierung bzw. anderer Finanzierungsmodelle sind dem Rat rechtzeitig vor der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2012 vorzulegen.

Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer für Ziffer 4 des Beschlussvorschlages ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen und meine Stimme. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist Ziffer 4 so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 6.1.3 in der soeben beschlossenen Fassung. Wer für die so geänderte Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Damit ist die Vorlage in der so geänderten Fassung angenommen.

Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Ich bedanke mich für die Debatte und die Abstimmungen.

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme von Geldspenden des Vereins "wir helfen: der unterstützungsverein von m. dumont schauberg e.v." (wir helfen) zur Unterstützung von "JUSCH - Jung und Schwanger" sowie der Erweiterung der technischen Ausstattung des B.O.J.E.-Busses
4397/2010

Wer gegen die Annahme dieser Schenkung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist sie einstimmig angenommen. Im Namen aller Ratsmitglieder bedanke ich mich ganz herzlich für diese Schenkung.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Arbeitnehmer-Mitbestimmung im Aufsichtsrat Kliniken"
AN/2276/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte, Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag schlagen wir Ihnen vor, die Diskrepanz zwischen zwei Verträgen aus der Zeit der Ausgründung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH aufzuheben. Genauer gesagt: Es geht um die Drittelparität der

Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ebendieser Kliniken.

Im Personalüberleitungsvertrag aus dem Jahr 2003 zur Ausgründung der Kliniken wurde bezüglich des Aufsichtsrates unter § 12 Abs. 2 Folgendes vereinbart - ich zitiere -:

> In dem zu bildenden Aufsichtsrat der Kliniken gGmbH erhalten die Beschäftigten der Kliniken ein Drittel der Mandate.

Dieser Vereinbarung folgte die Ratsmehrheit am 25. März 2004 nicht. Sie legte stattdessen im Gesellschaftsvertrag der Kliniken unter § 9 Abs. 1 folgende Zusammensetzung des Aufsichtsrates fest - ich zitiere erneut -:

> Der Aufsichtsrat besteht aus 13 Mitgliedern. Ihm gehören der Oberbürgermeister oder ein von ihm entsandter Verwaltungsangehöriger, der oder die Fachbeigeordnete, sieben vom Rat der Stadt Köln entsandte Mitglieder und vier Arbeitnehmervertreter an.

Durch diese Regelung verfügten die Beschäftigten im Aufsichtsrat aber nicht über ein Drittel der Mandate; denn vier von 13 sind nun einmal kein Drittel.

Wenn Sie jetzt unserem Antrag zur Änderung des Gesellschaftsvertrag folgen - darum möchte ich herzlich werben -, würde nur noch der Oberbürgermeister oder ein von ihm entsandtes Mitglied der Verwaltung dem Aufsichtsrat angehören. Die Gesamtzahl der Aufsichtsratsmitglieder würde dadurch auf zwölf sinken. Dadurch würde die Drittelparität der Arbeitnehmervertreter hergestellt. Das ist angewandte Mathematik: 12 geteilt durch 3 ergibt 4.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Bravo! -)

- Ohne Zettel! Und das als Arzt, das heißt schon was.

Trotz dieser Änderung würde die vom Rat der Stadt Köln beziehungsweise von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, entsandten Mitglieder auch weiterhin über eine Zweidrittelparität verfügen - auch das ist Mathematik - und wären damit natürlich auch jederzeit in der Lage, den Willen des Rates der Stadt Köln in ebendiesem Aufsichtsrat durchzusetzen. Ich finde, das können wir gut so machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Paetzold. - Mir liegen noch weitere Wortmeldungen dazu vor, nämlich von Herrn Peil, Herrn Houben, Herrn Detjen und Herrn Uckermann. - Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Ich dachte, die Fraktionen hätten sich darauf geeinigt, dass nur Herr Paetzold spricht. Das war unsere Information.

> (Winrich Granitzka [CDU]: Genau, vielleicht halten Sie sich mal an unsere Absprache!)

Wenn Herr Peil sprechen will, dann will ich das auch.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich kann die Fraktionen nicht daran hindern. - Herr Peil.

Stefan Peil (Bündnis 90/Die Grünen): Ich verspreche Ihnen, dass ich nicht lange rede.

> (Winrich Granitzka [CDU]: Herr Peil, wofür machen wir denn Absprachen?)

- Die habe ich so nicht verstanden. Ich bitte um Entschuldigung.

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bei dem Thema geht es um die Stärkung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer der Kliniken der Stadt Köln. Das ist für uns ein wichtiges Thema, weil es um die städtischen Kliniken geht, also Kliniken, die öffentliches Eigentum sind. Sie dienen damit der Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. In einer Situation, in denen Krankenhäuser überall um ihre Existenz kämpfen müssen und in der es zugegebenermaßen schwierig ist, auf diesem Markt zu bestehen, müssen öffentliche Kliniken Aufgaben erfüllen, die private Kliniken nicht immer in diesem Umfang bereit sind zu erfüllen. Öffentliche Kliniken haben die Aufgabe, alle Patientinnen und Patienten aufzunehmen, egal, welchen sozialen Status sie haben, und egal, wie wirtschaftlich schwierig deren Behandlung ist.

Das geht nur dann, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken davon überzeugt sind, dass das der richtige Weg ist. Das geht nur dann, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken sich für die Patientinnen und Patienten engagieren. Sie sind das Gesicht der

Klinik gegenüber den Patientinnen und Patienten und gegenüber der Öffentlichkeit. Von daher haben sie ein Recht darauf, beteiligt zu werden an der Kontrolle, an den Entscheidungen, soweit der Aufsichtsrat Entscheidungen treffen kann, und an der Gestaltung. Deswegen sind wir sehr froh, dass wir heute über diesen Antrag entscheiden können. Ich hoffe, dass wir alle dem zustimmen können. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als Nächster hatte sich Herr Uckermann gemeldet.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe hier soeben vernommen, dass zu diesem Antrag kein weiterer Redner sprechen sollte. Die etablierten Parteien, die sich die Mandate untereinander aufteilen und zuschieben, hatten das wohl vorher abgesprochen. Ich hoffe, es stört nicht, wenn die Opposition hier auch noch einmal zu Wort kommt.

Sie haben hier richtig erwähnt, dass es dabei um eine Klinik in öffentlichem Eigentum geht. Diese hat man aber in eine private Betriebsform überführt. Dann hat sich gefragt: Wie kann sie von der Öffentlichkeit kontrolliert werden? Denn das gehört in einer Demokratie dazu: dass es da eine Kontrolle gibt.

Sie reden hier von der Arbeitnehmermitbestimmung. Dieses Anliegen unterstützt die Bürgerbewegung pro Köln selbstverständlich. Wir sagen natürlich auch: Es gibt dafür gesetzliche Vorschriften, das umzusetzen. Das unterstützen wir. Aber wir fragen uns: Warum bleibt es uns als Oppositionspartei, die wir von der Kölner Bevölkerung demokratisch gewählt sind, verwehrt, dort mit die Aufsicht zu führen? Es kann nicht sein, dass Sie gewisse Teile davon ausschließen und dann die Klüngelparteien unter sich darüber entscheiden. Das sind ja fast - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich bitte Sie, sich zu mäßigen. Ich habe Sie schon einmal deswegen gerügt.

Jörg Uckermann (pro Köln): Dann rügen Sie doch weiter. Das machen Sie nur, um mich zu stören.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, ich mache das nicht, um Sie zu stören.

Jörg Uckermann (pro Köln): Inhaltlich haben Sie kein Interesse. Das merke ich doch. Darum darf hier niemand reden.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Unverschämt ist das!)

Deshalb sagen Sie mir, seien Sie still.

(Götz Bacher [SPD]: Zur Sache sprechen!)

- Ja, ich spreche zur Sache. Wir sehen doch, was bei der KVB dabei herausgekommen ist. Die KVB war genauso wie die städtischen Kliniken früher ein Amt. Das hat der Stadtrat hier über seine Ausschüsse mit kontrolliert; er hat ein Controlling ausgeführt. Jetzt ist die KVB eine Aktiengesellschaft. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, was dabei herauskommen kann. Wir haben vernommen, dass es bei der KVB intern die Absprache gibt, dass der Betriebsratsvorsitzende in der darauffolgenden Legislaturperiode ein Amt im Vorstand bekommt und damit ein Jahresgehalt von 200 000 Euro.

(Zuruf von der SPD: Zum Thema!)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn das die Kölner Bevölkerung zu hören bekommt, wird Sie sich fragen, ob die KVB noch einen öffentlichen Zweck erfüllt oder ob sie ein reiner Selbstbedienungsladen der politischen Klasse in Köln ist. Das ist die Frage.

(Henk van Benthem [CDU]: Wir sind bei den Kliniken, nicht bei der KVB!)

- Nein, das haben Sie nicht verstanden, Herr van Benthem. Ich meine, Sie dürfen ja immer vorne sitzen, wenn ich hier rede, damit Sie stören können.

(Henk van Benthem [CDU]: Ich sitze immer hier vorne!)

- Sie stören mich nicht. Ich freue mich, dass Sie da sind. Sie haben mir schon so viel Spaß bereitet. Immer wenn ich traurig bin, stelle ich mir Sie in Badehose vor. Dann habe ich wieder was zu lachen.

(Beifall bei pro Köln - Henk van Benthem [CDU]: Das ist eine Beleidigung! Das lasse ich nicht zu!)

So ist das. Darum sitzen Sie hier. – Der stört!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, er stört nicht, Herr Uckermann. Ich bitte Sie noch einmal, sich zu mäßigen. Sonst werde ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Daran kann man Sie ja eh nicht hindern. Ich sage Ihnen aber auch gleich: Es interessiert mich nicht, was Sie machen.

(Zuruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

- Seien Sie doch still! Sie nimmt doch keiner ernst.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich erteile Ihnen hiermit einen Ordnungsruf. Sie haben gerade Frau von Bülow beleidigt.

(Beifall von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP)

Jörg Uckermann (pro Köln): Danke schön. Das ist alles, was Sie können. Aber dass wir als Bürgervertretung das sagen - -

(Henk van Benthem [CDU]: „Das ist alles, was Sie können“?, das geht nicht! – Weitere Zurufe)

- Der stört mich!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie ihn bitte ausreden.

(Henk van Benthem [CDU]: Das ist gegen meine Würde!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Brüllen Sie hier nicht so rum! Das können Sie zu Hause im Badezimmer oder am Strand machen, aber nicht hier.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, kommen Sie jetzt bitte zur Sache.

Jörg Uckermann (pro Köln): Selbstverständlich. - Also, die Sache ist die: Sie fordern hier Transparenz. Gleichzeitig lassen Sie nicht zu, dass die Opposition dort einmal mit in die Bücher schaut. Wir wollen wissen, was da los ist. Sollte das wirklich stimmen, was bei der KVB vorgesehen ist, muss man das analog auf die Kliniken übertragen und prüfen: Läuft das da genauso, dass der Betriebsratsvorsitzende nach Beendigung seiner Wahlperiode in den Vorstand aufrückt, egal, welche Qualifikation er hat, er dadurch ein Jahresgehalt in Höhe von 200 000 Euro bekommt und nach zehn Jahre in Rente gehen kann à la Walter Reinarz? Wenn dem so ist, muss ich das hier rügen.

(Beifall bei pro Köln)

(an den Oberbürgermeister gerichtet:) Dann müsste man Ihnen einen politischen Ordnungsruf geben, dass Sie so unanständig sind,

(Widerspruch bei der CDU)

die Opposition hier von ihrem Mitwirkungsrecht auszuschließen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nach § 8 unserer Geschäftsordnung ist der Oberbürgermeister als Sitzungsleitung nicht anzugreifen. Sie haben mich gerade kritisiert.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich habe Sie nicht kritisiert. Aber Sie nehmen selbst so etwas als Kritik hin.

(Zuruf von der SPD: Ruhe! – Weiterer Zuruf von der FDP: Raus mit ihm!)

- Was schreit der denn da hinten? – Natürlich, Sie haben recht: Man darf den Sitzungsleiter nicht kritisieren. Man darf ihm aber auch keine Anweisungen geben, Leute hier rauszuschmeißen. Das sollten Sie einmal rügen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich erteile Ihnen jetzt den zweiten Ordnungsruf

(Jörg Uckermann verlässt das Rednerpult – Beifall bei CDU und FDP – Jörg Uckermann [pro Köln]: Eine so unfaire Sitzungsleitung lasse ich mir nicht bieten! Das werde ich immer wieder rügen! Merken Sie sich das!)

und weise Sie darauf hin, dass wir nach dem dritten Ordnungsruf darüber entscheiden können, ob Sie den Saal verlassen oder nicht. Also: Sie haben bereits zwei Ordnungsrufe erhalten.

(Markus Wiener [pro Köln]: Bravo, Herr Roters! – Jörg Uckermann verlässt das Rednerpult)

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister, nur für Ihre Entscheidungsfindung: Herr Uckermann hat Sie gerade als „Vollidiot“ bezeichnet.

(Zuruf von der CDU: Ja, das habe ich auch gehört! - Gegenruf von Markus Wiener [pro Köln]: Stimmt überhaupt nicht! Was Sie hier machen, ist ja unglaublich! – Jörg Uckermann [pro Köln]: Das ist Verleumdung! – Anhaltende weitere Zurufe - Glocke des Oberbürgermeisters)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir unterbrechen die Sitzung. Ich bitte diejenigen, die diese beleidigende Äußerung gehört haben, zu mir. Ich möchte mich vergewissern, ob das zutrifft oder nicht.

(Unterbrechung von 16.28 bis 16.29 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. - Herr van Benthem.

Henk van Benthem (CDU): Darüber hinaus lasse ich es nicht zu, dass der Fraktionschef von pro Köln uns vorwirft, wir hätten schon mehrfach gelogen. Das hat er gerade auch noch einmal im Vorbeigehen gesagt. Ich möchte das dementsprechend gewürdigt wissen.

(Jörg Uckermann [pro Köln] begibt sich zur Sitzungsleitung)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann hat mir gerade erklärt, dass er dieses Wort nicht gesagt habe und dass er mir sogar sein Ehrenwort darauf geben würde. - Ich kann nur sagen, dass mir der Zuruf sowohl von zwei Beigeordneten als auch von denjenigen, die in der ersten Reihe gesessen haben, spontan bestätigt worden ist. Damit ist nicht nur der dritte Ordnungsruf fällig; angesichts der Grobheit dieser Beleidigung lasse ich jetzt darüber abstimmen, Sie aus der Sitzung auszuschließen. Wer sich meinem Votum anschließt, Herrn Uckermann aus der Sitzung anzuschließen, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP und der Linken. Damit darf ich Sie bitten, Herr Uckermann, den Sitzungssaal zu verlassen.

(Jörg Uckermann [pro Köln] verlässt den Sitzungssaal)

Wir setzen die Sitzung fort. - Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Es war eben etwas hektisch hier. Die Fraktionen hatten sich eigentlich geeinigt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt nicht weiter diskutiert wird. Nach Rücksprache auch mit Frau Gärtner werden wir beide zu dem Punkt nichts mehr sagen. So war es zumindest abgesprochen. Wir wollen uns daran halten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es ist Sache der Fraktionen, das untereinander zu abzusprechen. - Herr Detjen, verzichten Sie ebenfalls auf Ihre Wortmeldung? – Nein. Bitte, dann haben Sie das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Vor sieben Jahren sind die Kliniken in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt worden. Es wurde ein Aufsichtsrat gebildet, ohne die Vereinbarung aus dem Überleitungstarifvertrag, die eine Drittelparität vorsah, umzusetzen. Das hat mein Vorredner schon erläutert. Jetzt endlich, nach sieben Jahren, werden die minimalen - ich betone: minimalen - Arbeitnehmerrechte nicht mehr mit Füßen getreten. Deshalb: Für den Antrag vielen Dank.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, die Betriebsräte der Kliniken haben Sie jahrelang auf den Missstand hingewiesen. Frau Röhrig, die die Linke im Gesundheitsausschuss vertritt und

für Verdi im Aufsichtsrat der Kliniken sitzt, hat dieses Thema immer wieder zur Sprache gebracht. Wir haben es letztes Jahr in einer Anfrage thematisiert. Herr Oberbürgermeister, wir haben Ihnen den Überleitungstarifvertrag noch einmal zur Verfügung gestellt. Insofern kommt der Antrag zwar spät, aber er muss jetzt beschlossen werden. Deswegen sind wir dabei.

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, aber noch zwei Hinweise geben:

Erstens. In Ihrem Antrag haben Sie auf die Betriebsvereinbarung von 1952 verwiesen und dazu §§ 67 und 77 a zitiert. Das haben Sie aus der Betriebsvereinbarung richtig abgeschrieben. Aber inzwischen haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen geändert. Es handelt sich inzwischen um das Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat. Das ist ein Gesetz aus dem Jahr 2004. Sie müssen sich überlegen, ob Sie das in Ihrem Antrag noch ändern wollen. Man kann das auch so stehen lassen. Wenn die Verwaltung es entsprechend anpasst, geht das in Ordnung.

Zweitens. Sie von SPD und Grünen fordern in Ihrer Koalitionsvereinbarung auf Landesebene in Sachen Mitbestimmung - ich zitiere -:

> Gemeinsam mit den Beschäftigten in den Interessenvertretungen wollen wir die "gleiche Augenhöhe" bei der Mitbestimmung wieder herstellen …

Ich verstehe unter „gleiche Augenhöhe“ die paritätische Mitbestimmung. Sie wissen ja selber, dass in Köln beziehungsweise auf kommunaler Ebene die Einführung der paritätischen Mitbestimmung rechtlich möglich ist. Das wäre eine freiwillige Lösung; gar keine Frage. Aber ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass das ein Weg wäre, den man beschreiten könnte, den Sie jetzt aber nicht beschreiten wollen. Wir sind in der Diskussion, glaube ich, erst am Anfang. Vielleicht lässt sich ja daraus noch etwas machen. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.2:

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Benennung eines Platzes oder einer Straße nach der verstorbenen Ehrenbürgerin Irene Ludwig"
AN/2285/2010

Gemeinsamer Zusatz- bzw. Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/2371/2010

Der Änderungsantrag ist der weitergehende Antrag. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den gemeinsamen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Linken, die Grünen, die CDU, die FDP, pro Köln und meine Stimme. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so angenommen.

Wir werden das Anliegen mit aller Sorgfalt - das sage ich in meiner Funktion als Oberbürgermeister - vor dem Hintergrund der Leistungen, die sowohl Peter als auch Irene Ludwig für die Stadt erbracht haben, prüfen, Ihnen entsprechende Vorschläge dazu machen und diese dann auch mit den jeweiligen Bezirksvertretungen abstimmen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.4:

3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Geologische Untersuchung der kompletten Oberfläche der Kölner Innenstadt – Schutz vor Tagbrüchen und Gebäudeeinstürzen"
AN/2240/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Einer der Gründe, die zum Zusammenbruch des Archivs der Stadt Köln geführt haben, war das Ausbleiben von notwendigen Bodenuntersuchungen im Vorfeld dieses in der Geschichte unserer Stadt einmaligen Ereignisses. Wer sich damals in die Details eingearbeitet hat, kann in diesem Zusammenhang Folgendes rekapitulieren:

Erstes Anzeichen für Schwierigkeiten im Bereich der U-Bahn-Baustelle Heumarkt waren Setzrisse im Gebäude des Historischen Archivs der Stadt

Köln. Die zuständige Verwaltung hat seinerzeit entschieden, einen Gutachter damit zu beauftragen, sich mit diesen Setzrissen auseinanderzusetzen und zur Qualität und zum Gefahrenpotenzial dieser Setzrisse Stellung zu beziehen. Das dementsprechende Gutachten bezog sich allerdings nur auf die Frage nach der Statik des Gebäudes, also darauf, ob das Gebäude kurzfristig, mittelfristig oder langfristig einsturzgefährdet sein könnte. Auf allen drei Zeitebenen hat der Gutachter seinerzeit diese Frage zwar mit Nein beantwortet, aber gleichzeitig der Stadt empfohlen, den Ursachen dieser Setzrisse nachzugehen und ein weiteres Gutachten von einem anderen Fachmann in Auftrag zu geben, das sich mit der Frage befasst, ob es eine Hohlraumbildung im Bereich des Heumarkts gibt.

Dieses weitere Gutachten ist seinerzeit nicht eingeholt worden. Die Stadt hat dadurch ganz offensichtlich Geld einsparen wollen, und sie hat auch Konflikte vermeiden wollen mit den für den U-Bahn-Bau beauftragten Firmen, denen ohne weiteres die Zahlung solcher Bodenuntersuchungen hätte auferlegt werden können. Diese Kosten stehen aber, wie wir alle im Nachhinein wissen, vollkommen außer Relation zu den Folgen, die diese Nachlässigkeit gehabt hat.

Nun mag in der Öffentlichkeit mittlerweile der Eindruck entstanden sein, die Situation im Kölner Innenstadtbereich sei hinsichtlich der Frage nach Hohlraumbildungen, die irgendwelche Gefahrenpotenziale beinhalten könnten, gegenwärtig bereinigt. Das Ganze steht nicht in der Diskussion. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass in absehbarer Zeit an irgendeiner Stelle im Innenstadtbereich ein Unglück dieser oder einer möglicherweise kleineren Kategorie erneut eintreten könnte. Aber diese Ruhe ist trügerisch.

Wir haben im Kölner Innenstadtbereich an verschiedenen Stellen immer noch unterirdische Flussaktivitäten. Eine ganze Reihe von historischen Flüssen - denken Sie an den Blaubach und andere -, die in früheren Jahrhunderten das Stadtbild geprägt haben, sind zwar oberflächlich verschwunden, arbeiten unter der Erde aber weiter. Das in Kombination mit dem historischen vormodernen Erbe der Stadt, das naturgemäß ohne die Ausbildung von Hohlräumen überhaupt nicht denkbar ist und von dem Archäologen wissen, dass Hohlraumbildungen stattgefunden haben, die uns im Einzelnen nicht bekannt sind, birgt, wenn man noch dazu Phänomene wie den U-Bahn-Bau mit in Betracht zieht, ein Gefahrenpotenzial, das gegenüber den einschlägigen Potenzialen, die in anderen Städten, aber auch in anderen Bereichen unserer Stadt bestehen, wesentlich höher ist.

An dieser Tatsache, meine Damen und Herren, dürfen wir alle nicht vorbeischauen. Deswegen sind die Bodenuntersuchungen, die meine Fraktion beantragt, zwingend geboten. Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist er abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.5:

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Resolution zu Atomtransporten - Köln lehnt Atomtransporte durch das Stadtgebiet ab"
AN/2283/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2376/2010

Letztgenannter Antrag liegt Ihnen als Tischvorlage vor. - Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir schlagen vor, dass der Rat der Stadt Köln die Bundesregierung auffordert, die Atomtransporte zu stoppen, bis ein echtes Endlager zur Verfügung steht. Bis dahin dürfen keine Castorbehälter über Kölner Stadtgebiet transportiert werden. Auch eine Verschiffung über den Rhein darf nicht stattfinden. Weiterhin ist es nötig, dass die für den Katastrophenschutz zuständigen örtlichen Stellen wie die Feuerwehr frühzeitig über Pläne zum Transport von nuklearen Stoffen informiert werden.

Quasi vor unserer Haustür liegt die Kernforschungsanlage Jülich. Dort werden auch hochradioaktive Castorbehälter zwischengelagert. Genehmigt ist das Ganze bis 2013. Eine weitere Lagerung vor Ort würde umfangreiche Investitionen erfordern. Um diesen zu entgehen, sollen die Castoren ins

Zwischenlager Ahaus ins Münsterland gebracht werden - durch dicht besiedeltes Gebiet, möglicherweise auch durch Köln -, um nach einigen Jahren wieder zurücktransportiert zu werden.

Im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen auf Landesebene heißt es dazu:

> Die in Jülich noch lagernden 152 Castoren mit hochradioaktiven Brennelementekugeln sind eine schwere Hypothek für die Region und ganz NRW. … Aus diesen Gründen wird die Landesregierung ihre Möglichkeiten nutzen, dass kein weiterer Atommüll ins Brennelementezwischenlager Ahaus verbracht werden muss.

Dem ist absolut zuzustimmen. Wenn die Kommunen, die an den möglichen Transportstrecken liegen, Beschlüsse wie den hier vorliegenden fassen, würde diese sinnvolle Verabredung der Landesregierung unterstützt werden.

Die hier von der Fraktion Die Linke vorgelegte Resolution wäre keineswegs ein reines Papierbekenntnis, wenn sie heute beschlossen würde. Das macht den Unterschied aus zu dem Ersetzungsantrag, den SPD und Grüne hier vorgelegt haben; denn darin geht es nur um die allgemeine Stellungnahme, dass wir keine Atomenergie wollen. Das finden wir zwar auch richtig, aber wenn der Rat das beschließt, hilft das nicht weiter. Ansonsten geht es darin um das Schicksal der eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten. Uns geht es um die möglichen Transporte über Kölner Stadtgebiet.

Zu den Folgen, die der Beschluss einer Kommune haben kann, möchte ich folgende Beispiele anführen: Die Lübecker Bürgerschaft hat schon im September 1990 den Umschlag und die Lagerung radioaktiver Stoffe im Stadtgebiet untersagt, unterstützt von einer massiven Bewegung der Bevölkerung. Auch der Rat der Stadt Wilhelmshaven hat das bereits 1998 beschlossen. Diese Beschlüsse gelten bis heute. Der Cuxhavener Oberbürgermeister, Herr Stabbert von der CDU, untersagte im September 2009 dem privaten Hafenbetreiber CuxPort die Abwicklung von Atomtransporten. Dieser hält sich bis heute an dieses Verbot.

Solche Beschlüsse der Kommunen haben eine politische Wirkung. Sie treiben zusammen mit dem aktiven Widerstand Zehntausender im Wendland, in Ahaus oder in Lubmin den politischen Preis für die Bundesregierung hoch. Die Regierung hat mit ihrem Ausstieg aus dem Atomkompromiss die Forderungen der Atommafia erfüllt und wollte dafür sorgen, dass die Extraprofite der AKW-Betreiber auf lange Sicht gesichert sind. Auch der Rat der Stadt Köln kann einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass die Atomindustrie in ihrem eigenen Müll erstickt. Ohne die große Verschieberei des Atommülls droht vielen Kernkraftwerken das vorzeitige Aus.

Meine Damen und Herren, Atomenergie ist keine Brückentechnologie, sondern eine Blockadetechnologie. Sie verbaut über Jahrzehnte den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wenn bei Ihnen zu Hause die Badewanne überläuft, dann werden Sie gewiss zuerst den Hahn abdrehen, bevor Sie sich ans Aufwischen machen. Was für Ihre Badewanne gilt, sollte erst recht für den Atommüll gelten. Erst die Quelle trocken legen und dann schauen, wo dieser Atommüll tatsächlich entsorgt werden kann.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Erst wenn es einen echten unumkehrbaren Ausstieg gibt, der zur schnellen Abschaltung sämtlicher Kernkraftwerke führt, erst wenn kein Atommüll mehr produziert wird, kann die Frage der Entsorgung ernsthaft angegangen worden. Erst dann dürfen wieder Behälter mit Atommüll fahren, aber dann in ein Endlager und mit einem One-Way-Ticket.

Die Weigerung der Städte Hamburg und Bremen, deutschen Atommüll nach Russland zu transportieren, hat mit dazu beigetragen, dass Atomminister Röttgen den Transport abgesagt hat. Die Ablehnung der Stadt Köln wird einen kleinen Beitrag dazu leisten, die Transporte aus Jülich nach Ahaus und möglicherweise wieder zurück zu verhindern.

Beschlüsse der Kommunen können eine sinnvolle Ergänzung sein zu den Massenblockaden und dem massenhaften Schottern, wie es im Wendland stattgefunden hat und wie es heute, während wir hier tagen, in Lubmin stattfindet. Insofern möchten wir um Unterstützung unseres Antrags bitten; denn er ist weit konkreter als der Ersetzungsantrag. - Vielen Dank.

> (Beifall bei der Linken.Köln sowie bei Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als Nächste spricht Frau Schmerbach.

Cornelia Schmerbach (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Resolution der Fraktion Die Linke zu den Atomtransporten greift zu kurz. Der Rat der Stadt Köln muss deutlich machen, dass es keine Alternative zum Ausstieg aus der Atomtechnologie gibt. Die von der CDU/FDP-geführte Bundesregierung beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke schadet der Gesundheit der Menschen, der Lebenserhaltung von Natur und Umwelt und stört den gesellschaftlichen und sozialen Frieden, der unter anderem auch auf dem Rücken der Polizei ausgetragen wird.

Die Stadt Köln und das Land NRW müssen und werden sich gegen die Atomtechnologie und für mehr Investitionen in erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung einsetzen, um somit auch Atomtransporte zu vermeiden beziehungsweise zu verhindern. Die Gesundheit und die Sicherheit der Menschen müssen gegenüber Marktinteressen Vorrang haben. Aus diesem Grund bitten wir um Annahme unseres Änderungsantrages, der als Resolution an die Bundesregierung übermittelt werden soll. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Thema kam von Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, ich wusste nicht, dass die SPD auch für die Grünen gesprochen hat.

(Peter Kron [SPD]: Gemeinsamer Antrag!)

- Ein gemeinsamer Antrag; sehr schön.

Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn der Rat der Stadt Köln auf Landes- und Bundesebene mit Resolutionen ernst genommen werden möchte, sollte er sich wirklich überlegen, welche Resolutionen sinnvoll und welche einfach nur lächerlich sind. Diese Resolution gehört zur zweiten Kategorie.

(Beifall bei der FDP)

Sie gibt uns im Falle einer Annahme einfach nur der Lächerlichkeit preis.

Wir sollen hier etwas ablehnen, nämlich Atomtransporte auf dem Stadtgebiet von Köln, obwohl der Antragsteller zugibt, dass er nicht weiß, ob, wie und warum diese Transporte auf unserem Stadtgebiet stattfinden. Dieser Antrag gehört zur Abteilung „Angst schüren“. Für meine Fraktion kann ich sagen: Mit Angst macht man keine Politik. Auch das ist eine Art von Populismus, die uns Liberale und sicherlich auch die CDU anwidert.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Die Linke möchte hier in Köln gerne etwas vom Atomkraftprotest für sich abschöpfen. Da Ahaus und Gorleben zu weit weg sind, soll der Protest durch Mutmaßungen in unsere Stadt verlagert werden. Allein die Vorstellung, der Transport würde möglicherweise durch unser schönes Köln gehen oder über den Rhein schippern, soll Menschen auf die Straße treiben. Diese Agitation ist doch mehr als durchschaubar. Der Rat sollte, egal wie die Fraktionen zur Atompolitik stehen, darauf nicht hereinfallen.

(Beifall bei der FDP)

Der Antrag erinnert an Gregor Gysi, der auch auf Protest machen wollte und mit seinem Dienstwagen zur Transportstrecke der Castorbehälter fuhr. Für gute Fotos bei den Protestlern stieg er dort auf einen Traktor um. Die Polizisten vor Ort, die sowieso schon an den Grenzen ihrer Kräfte waren, mussten dann zusätzlich über seinen Dienstwagen wachen, damit die Protestler auch ja keinen Kratzer an seinen schönen Dienstwagen machen. Eine solche Scheinheiligkeit ist nicht mehr zu überbieten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Diese Scheinheiligkeit zieht sich auch durch den Antrag der Linken. Auf Antrag der Linken, die mit dem Schottern, also dem Unterhöhlen von Schienengleisen - was im Übrigen ein schwerer Eingriff in den Eisenbahnverkehr und damit strafbar ist -, keinerlei Probleme haben, soll die Bundesregierung den Transportweg von Castorbehältern mitteilen. Ich bin der Meinung: Das wäre grob fahrlässig. Einen solchen Unsinn hat selbst die rot-grüne Bundesregierung, in deren Regierungszeit es auch Castortransporte gab - bei manchen ist das Gedächtnis bewusst

kurz angelegt -, nicht begangen. Einen solchen Aufruf der Torheit werden wir Liberale nicht unterstützen.

Bei der Emotionalität dieser Thematik möchte ich mir gar nicht vorstellen, welche Folgen die Annahme dieses Antrags haben könnte. Wenn der Rat das beschließen würde, könnte man schnell zu der spinnerten Auffassung gelangen: Die Atomtransporte auf Kölner Boden stehen kurz bevor; wir schottern schon mal vorsorglich. Das hat es alles schon gegeben. Darum lehnen wir den Antrag ab.

Überrascht war ich über den plötzlich vorliegenden Änderungsantrag. Wir wurden hier scharf dafür kritisiert, dass wir gute Resolutionen von CDU und FDP hier noch einmal einbringen. Sie selbst haben jetzt einfach eine Resolution, die Sie selber im Landtag eingebracht haben, kursiv gesetzt und hier vorgelegt. Meine Damen und Herren, ich hätte Ihnen mehr Fantasie zugetraut. Wenn Sie der Meinung sind, dass Sie hier Ihre Themen vorbringen müssen, dann sollten sie Köln-Bezug haben und nicht einfach von Landtagsvorlagen abgeschrieben sein. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt hat Frau Manderla das Wort. - Bitte schön.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, ich würde jetzt gerne auf die sachliche Ebene zurückkehren.

Das Atomgesetz unterscheidet bei radioaktiven Stoffen zwischen Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen, zum Beispiel Quellen für technische Anwendungen, Großquellen für Durchstrahlungsuntersuchungen oder die Krebstherapie, Isotope für medizinische Anwendungen, Strahlenschutz und Forschungsprojekte. Kernbrennstoffe sind besonders spaltbare Stoffe in Form von Plutonium 239 und 241 sowie Uran, angereichert mit den Isotopen 233 und 235.

Ich komme jetzt zum Transport von Kernbrennstoffen, und zwar zum Transport über Straße, Schiene, Wasser und Luft. Die Beförderung von radioaktiven Stoffen bedarf nach § 4 des Atomgesetzes sowie nach § 16 der Strahlenschutzverordnung der Genehmigung. Unbeachtet von den Medien und der Bevölkerung werden jährlich einige Tausend Transporte von radioaktiven Stoffen und mehrere Hundert Transporte von Kernbrennstoffen und von Castorbehältern nach Gorleben und anderswohin durchgeführt, selbstverständlich auch durch Köln.

Die Genehmigung für die Beförderung ist dem Antragsteller zu erteilen, wenn die Anforderungen nach § 4 Abs. 2 des Atomgesetzes erfüllt sind. Dazu gehören die Zuverlässigkeit des Antragstellers, der Fachkundenachweis, die Beachtung der für den jeweiligen Verkehrsträger geltenden Rechtsvorschriften, die Vorsorge für die Erfüllung der gesetzlichen Schadensersatzverpflichtungen, der Schutz gegen Störmaßnahmen und Weiteres. Die für die Erteilung der Genehmigung zuständige Behörde ist das dem BMU unterstellte Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter.

Warum erzähle ich Ihnen das? Weil jetzt das Wichtige kommt: Von den Juristen wird diese Genehmigung als sogenannte gebundene Genehmigung bezeichnet. Das heißt, bei Vorliegen aller notwendigen Nachweise muss von der Behörde die Genehmigung erteilt werden. Diese Genehmigung ist bundesweit gültig. Das bedeutet: Weder Landesbehörden noch kommunale Behörden haben das Recht, die Beförderung zu verweigern.

Weil das Recht auf Beförderung von Land und Kommune nicht verweigert werden kann, ist die Resolution der Linken vollkommen blödsinnig. Die Linke, die im Moment auf der Welle der Atomkraftgegner schwimmt, versucht immer wieder, ob in Niedersachsen, in Bremen oder in Hamburg, solche populistischen Anträge beschließen zu lassen. Nirgendwo ist sie damit durchgekommen. Auch hier im Rat der Stadt Köln wäre es unangemessen, eine rote Resolution in die Wege zu leiten, die ins Nirwana führen muss. Dafür bin ich nicht zu haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie fordern, dass die Feuerwehr darüber informiert werden soll. Dazu sage ich Ihnen: Die Transporte von Castoren sind wesentlich ungefährlicher als manche Chemietransporte. Auch diese werden, bis auf einige Aufnahmen, der Feuerwehr nicht gemeldet.

Meine Damen und Herren, bei diesen Gesetzen handelt es sich um Spielregeln eines

Rechtsstaates. Wir alle gehören diesem Rechtsstaat an, und wir haben diese Spielregeln so lange zu beachten, bis sie verändert werden.

Abschließend möchte ich noch einige Worte zum Ersetzungs- oder Änderungsantrag von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren von Grünen und SPD, verlieren. Sie haben offensichtlich gemerkt, welches populistische Ansinnen die Linke verfolgt, und einen Ersetzungsantrag eingebracht, der mit dem Thema Transport nun überhaupt nichts zu tun hat. Sie brauchen doch diese Resolution gar nicht. Dass Sie gegen Atomkraft sind, das wissen wir doch; das weiß doch jedes Kind. Die Medien bestärken Sie doch immer wieder darin.

Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, dass die CDU selbstverständlich beide Anträge ablehnt. Die Meinung der CDU dazu kennen Sie. Wir betrachten die Atomenergie als Brückentechnologie. Ich denke, dass es auch in der Bevölkerung zu einem Umdenken kommen kann, nämlich dann, wenn die Atomkraftwerke wirklich abgeschaltet werden und der Strom knapp und sehr, sehr teuer wird. Wie gesagt, wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei CDU und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun zu Herrn Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist wieder einmal typisch für die vom Verfassungsschutz beobachtete Linkspartei.

(Lachen bei SPD und CDU)

- Ich frage mich, was die CDU an dieser Tatsache so lustig findet. - Wir haben es hier mit einem ideologisch motivierten Schaufensterantrag der extremistischen SED/PDS-Nachfolgepartei zu tun, der wieder einmal klar und deutlich zeigt, warum alle demokratischen Fraktionen die Kooperation mit diesen ewiggestrigen Ideologen meiden sollten.

(Beifall bei pro Köln)

Die Linkspartei fordert den Rat auf, sich in Belange einzumischen, die klar in die Zuständigkeit der Bundesregierung fallen. Das ist hanebüchend und anmaßend. Zudem schüren die Altkommunisten um Detjen & Co. in völlig verantwortungsloser Weise Ängste und malen regelrecht ein atomares Horrorszenario für Köln an die Wand, das jeder Grundlage entbehrt. Wahrscheinlich wünscht man sich in der linksextremen Szene von Köln einmal so richtig Randale wie bei den Castortransporten im Wendland. Im Demonstrieren und Blockieren sind so manche Genossen ja kampferprobt. Beim Thema Atommülltransporte lässt sich aus Sicht der linken Szene offensichtlich wunderbar der demokratische Rechtsstaat vorführen und die Gesetze außer Kraft setzen.

Ähnliche Zustände haben wir hier in Köln auch beim Anti-Islamisierungskongress erleben dürfen, wo bekannte Rechtsprofessoren wie Professor Isensee die Niederlage des Rechtsstaates feststellen mussten. Revolutionen scheinen eben in manchen Kreisen nie aus der Mode zu kommen. So wird allen Kölnerinnen und Kölnern wieder einmal deutlich vor Augen geführt, warum es im Fall der Linkspartei absolut gerechtfertigt ist, den Verfassungsschutz einzusetzen.

Seltsam und demokratiepolitisch äußerst fragwürdig ist allerdings der Umstand, dass alle etablierten Kölner Parteien hier im Rathaus keinerlei Probleme haben, mit der extremistischen Linkspartei freundschaftlich zu verkehren, zu kooperieren und sogar gemeinsame Anträge und Resolutionen zu verabschieden. Das haben übrigens auch die sogenannten bürgerlichen Parteien CDU und FDP hier im Rat schon gemacht: gemeinsame Resolutionen mit der Linkspartei.

Auch der Änderungsantrag von Rot-Grün bedeutet eine Aufwertung dieses Antrages. Man sieht offensichtlich in der extremistischen Linkspartei einen völlig gleichberechtigten Ansprechpartner, der überhaupt keine demokratiepolitischen Defizite hat. Es ist schon bezeichnend, dass es da keine Berührungsängste gibt. Das sind übrigens die gleichen Parteien, die bei pro Köln Zeter und Mordio schreien und sich ständig neue Geschäftsordnungstricks und undemokratische Schikanen einfallen lassen, um die Pro-Köln-Vertreter hier im Rat mundtot zu machen.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Zu Recht, wie man heute wieder gesehen hat!)

- Darauf gehe ich gerne ein. Ich möchte dazu nur eines sagen: Was hier seit Monaten mit Jörg Uckermann gemacht wird, ist menschenverachtend.

(Lachen bei SPD und CDU)

Man sollte im politischen Gegner auch noch den Menschen sehen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener, ich bitte Sie, sich zu mäßigen. Es ist eine Entscheidung getroffen worden, mit der Mehrheit dieses Rates. Das war nicht unmenschlich, sondern das ist in einem fairen Verfahren so beschlossen worden.

Markus Wiener (pro Köln): Ich sage hier, dass das allgemeine Kesseltreiben gegen Jörg Uckermann, der Umgang mit ihm auch in den Sitzungspausen - hier wird auf den Fluren geschrien, wenn er etwas sagt; dagegen wird nie eingeschritten - ist menschenverachtend. Wir würden mit dem politischen Gegner nicht so umgehen, wenn wir die Mehrheit hätten. Aber das ist eine Gewissensfrage, die Sie für sich beantworten müssen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir wollen keine Legendenbildung betreiben, was Herrn Uckermann anbelangt. Ich bin in manchen Dingen relativ nachsichtig gewesen. Ich hätte viel öfter eingreifen können,

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)

habe das aber nicht gemacht, um ihm sein Rederecht nicht übermäßig oft zu entziehen. Aber wenn die Grenzen überschritten sind, sind sie überschritten. Das ist ein faires und gerechtes Verfahren gewesen.

(Beifall von Götz Bacher [SPD] - Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie brauchen sich nicht zu rechtfertigen!)

Markus Wiener (pro Köln): Ich werde darauf jetzt nicht weiter eingehen, weil Sie mit Ordnungsrufen schnell zur Hand sind.

(Beifall bei pro Köln)

Deswegen werde ich mir weitere Kommentare dazu sparen und die Verwaltungsgerichte sprechen lassen, wo wegen der letzten Ordnungsrufe ja schon Klage eingereicht ist.

Der Antrag der Linken ist in sachlicher Hinsicht grober Unfug und offenbart ein mehr als fragwürdiges Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und der föderalen Staatsgliederung der Bundesrepublik. Er entlarvt die Linkspartei wieder einmal als das, was sie ist: ein verfassungsfeindliches Sammelbecken von linksextremen Sektierern, SED-Fans und Altkommunisten. Gerade deshalb ist aber auch Vorsicht und Aufmerksamkeit geboten. Wenn die zeitgeisthörigen etablierten Ratsparteien diese vermissen lassen, wird hier eben die Bürgerbewegung pro Köln in die Bresche springen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Zusatz- bzw. Änderungsantrag von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer für den Antrag von SPD und Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD, die Grünen und meine Stimme. Wer enthält sich? - Die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer ist dagegen? - Damit ist der Zusatzantrag angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesamtantrag. Wer für den Gesamtantrag in der Form des Änderungsantrags, den wir eben beschlossen haben, ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und meine Stimme. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann und die Linke. Damit ist der Antrag angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.6:

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Clouth - Erhalt der Halle 10 als Atelier- und Ausstellungsort“ AN/2282/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Clouth ist ja hier im Rat nicht neu. Wir alle wissen, dass aus den früheren Clouth-Werken ein neues innerstädtisches Quartier entwickelt werden soll.

Bereits im März 2006 erfolgte hierzu eine städtebauliche Rahmenplanung. Uns war es dabei sehr wichtig, dass die denkmalgeschützten Gebäude erhalten und Teile der vorhandenen Bebauung in die Entwicklung des neuen Stadtquartiers integriert werden können; denn hierdurch können flexibel nutzbare Räume entstehen, die Platz bieten für Kleingewerbe, Büros, loftähnliche Wohnformen, aber auch - und das war uns von Beginn an wichtig - für Künstlerateliers. Gerade diese Mischnutzung, die Wohnen und Gewerbe mit künstlerischen Aktivitäten verbindet, ist eine große Chance für das neue Stadtquartier. Hierdurch kann und - ich bin mir sicher - wird eine außergewöhnliche Vielfalt und Lebendigkeit entstehen.

Im Sommer 2009 hat der Rat einen Bebauungsplan beschlossen, in dem diese Ziele umgesetzt werden. Seinerzeit hatten wir noch vorgesehen, dass die Halle 25 für Ateliers genutzt werden soll, während die Halle 10 einer Wohnnutzung weichen sollte. Jedoch gerade diese Halle 10 liegt den bereits seit 15 Jahren auf dem Clouth-Gelände und im Kap Cologne e. V. zusammengeschlossenen Künstlerinnen und Künstlern besonders am Herzen. Das hat auch seinen Grund; denn derzeit sind in Halle 10 15 Ateliers untergebracht. Hier ist aber noch mehr angesiedelt: Seit einigen Jahren werden hier Kunstausstellungen und Kunstgespräche durchgeführt. Für diese Nutzung wurde die Halle 10 von den Künstlerinnen und Künstlern in Eigenleistung hergerichtet.

Aufgrund dieses Wunsches wurde die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob nicht auch die Halle 10 als Ersatz für die Halle 25 für eine weitere Nutzung als Atelier- und Ausstellungsort geeignet ist. Als Grundlage für diese Prüfung sollte der Finanz- und Businessplan zur Entwicklung des Clouth-Geländes herangezogen werden. Problem war außerdem - das gilt ja für das gesamte Gelände - die Schadstoffbelastung des Gebäudes. Diese sollte in einem Gutachten ebenfalls untersucht werden.

Die Ergebnisse liegen nun vor. Danach ist eine dauerhafte Nutzung der Halle 10 als Atelier- und Ausstellungsort möglich. Die Künstlerinnen und Künstler müssen wegen der notwendigen Sanierung das Clouth-Gelände verlassen und in Ausweichquartiere umziehen. Die für eine schnelle Rückkehr in die Halle 10 - das ist uns wichtig - mit der Stadt zu treffenden Vereinbarungen sind daher von der Verwaltung bitte zügig vorzubereiten. Die Überlassung der Halle 10 soll dabei im Wege des Erbbaurechts unsaniert erfolgen. Die Künstlerinnen und Künstler verpflichten sich, die Halle 10 auf eigene Kosten und unter Beachtung behördlicher Auflagen zu sanieren und zu erhalten. Die Sanierungskosten werden natürlich bei der Ermittlung der Erbpachtkosten entsprechend berücksichtigt.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass ein Wegfall der Halle 10 und die Vermarktung des so frei werdenden Geländes für die Stadt mit höheren Einnahmen verbunden sein könnte. Wir müssten uns dann jedoch bei einer Nichtumsetzung fragen lassen: Wie weit ist es her mit einer Förderung der Kultur und der Kreativwirtschaft, die für die Kulturstadt Köln auch einen wichtigen Standortfaktor darstellt? Es gibt gute Gründe der Künstler, die Halle 10 dem Angebot der Halle 25 vorzuziehen. Diese Gründe können wir nachvollziehen; denn nicht nur die Verbindung von Wohnen und Arbeiten, sondern gerade auch die mit einem künstlerischen Milieu ist zukunftsträchtig. Sie steigert das Potenzial des dort neu entstehenden Stadtquartiers.

Um den Wegfall der ursprünglich anstelle der Halle 10 geplanten Wohnbebauung zu kompensieren, soll nun die Halle 25 vermarktet werden. Dieses an der Niehler Straße gelegene Gebäude bietet für Wohnen, aber gegebenenfalls auch für gewerbliche Nutzung hochinteressante Möglichkeiten.

Wichtig aus unserer Sicht ist jetzt, dass alle notwendigen planungsrechtlichen Schritte wirklich zügig erfolgen. Nur so kann den Künstlerinnen und Künstlern die lange geforderte Rechtssicherheit gegeben werden. Außerdem wird mit dieser Entscheidung die Grundlage geschaffen - da spricht jetzt auch die Stadtentwicklungspolitikerin -, dass es mit der Entwicklung des Clouth-Geländes endlich zügig weitergeht. Ich bitte daher sehr um Unterstützung für unseren Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. - Jetzt hat Herr Richter das Wort. - Bitte schön.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit fast zwei Jahren wird über die Halle 10 öffentlich debattiert. Wir wollen mit unserem Antrag diese Diskussion zu einem

guten Abschluss bringen und hoffen auf breite Unterstützung hier im Rat.

Der Verbleib der Künstler auf dem Clouth-Gelände ist seit vielen Jahren in der Diskussion. Ich erinnere mich noch an kontroverse Diskussionen in der BV Nippes vor vier, fünf Jahren. Die Verwaltung sagte damals, die Mehrheit der jetzigen Mandatsträger werde das Clouth-Gelände wohl nicht mehr in seiner Fertigstellung aktiv begleiten können. Gleichwohl hoffe ich, dass viele von uns dieses neue Stadtquartier miterleben und auch während seiner Fertigstellung begleiten.

Ein neues Stadtviertel ist natürlich attraktiver, wenn dort auch Flächen für Kultur eingeplant werden. Aus unserer Sicht sind drei Punkte sehr wichtig: erstens Verlässlichkeit, zweitens eine klare Zeitschiene und drittens eine gute Finanzierung.

Erstens. Verlässlichkeit: Mit dem vorliegenden Antrag wird ein Erbbaurechtsvertrag vorgeschlagen, der für viel Vertrauen und Verlässlichkeit sorgen wird. Das heißt für die Künstler, dass sie die Gewissheit haben, nach dem notwendigen Umzug in die Zwischennutzung nach Poll und Mülheim wieder nach Nippes zurückkehren zu können. Das heißt aber auch für die Künstlergemeinschaft - ich begrüße Sie dort oben auf der Tribüne -,

(Einige Gäste auf der Zuschauertribüne nicken)

dass sie sich zeitnah organisieren und selbst auch bereit sein muss, in die Vertragsverhandlungen einzutreten.

Zweitens. Klare Zeitschiene: Nach dem Umzug in die Zwischennutzung, der circa Mitte 2011 vonstatten gehen soll, muss zeitnah mit den notwendigen Sanierungsarbeiten begonnen werden. Es kann nicht sein, dass die Künstler ausziehen und dann wochen- oder gar monatelang nichts passiert. Das wäre ein falsches Signal, das sich auch auf die Planungen im Zusammenhang mit dem Rückumzug niederschlagen würde, der in circa drei Jahren stattfinden soll.

Drittens. Klare Finanzierung: Das Geld fällt nicht vom Himmel, auch wenn die Halle 10 erhalten wird. In dem von der Verwaltung veranlassten Gutachten heißt es, dass die Vermarktung von Halle 25 entsprechende Einnahmen bringen wird.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, das Clouth-Gelände ist für Nippes, für den Kölner Norden, ein ganz wichtiges Projekt. Es wird Köln bereichern. Der Verbleib der Künstler wird einen sehr wichtigen Beitrag dazu leisten. Der vorliegende Antrag bildet dafür eine gute Grundlage. Daher bitten wir um eine breite Zustimmung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Richter. - Nächster Redner ist Herr Dr. Elster.

Dr. Ralf Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist genauso, wie es Herr Richter und Frau Dr. Bürgermeister gesagt haben: Dieses Thema beschäftigt uns nicht erst seit ein oder zwei Jahren, sondern deutlich länger. Zuallererst will ich betonen, dass der Beschluss, den wir hier heute mit übergroßer Mehrheit im Rat fassen werden, mit Sicherheit eine Sternstunde für das Atelierprojekt in den ehemaligen Clouth-Werken ist. Das ist ein Riesenerfolg für all diejenigen, die sich seit vielen Jahren für den Erhalt des Clouth-Geländes und den der Halle 10 eingesetzt haben.

Man hätte das Ganze auch ein bisschen unspektakulärer haben können. Die Verwaltung arbeitet - zumindest gibt es dafür Signale - seit Monaten an einer Vorlage, die uns viele der Fragen, die Sie selbst gerade noch einmal aufgeworfen haben, hätte beantworten können. Eines ist doch klar: Der hier vorliegende Antrag kann eigentlich nur ein erster Schritt sein, vielleicht der erste kleine Meilenstein auf einem langen Weg hin zu einer Halle 10, die dann umgebaut, in die investiert und die in Erbpacht dem Atelierprojekt übereignet sein wird. Dann werden es die Künstlerinnen und Künstler vielleicht mithilfe von Sponsoren schaffen, diese Halle weiter auszubauen und dieses über die Stadtgrenzen hinaus bekannte Kulturprojekt am Leben zu erhalten.

Das kann wirklich nur der erste Schritt sein. Es fehlt - und das kann natürlich eine Erbpachtüberlassung nicht regeln - ein Konzept, wie das Ganze tatsächlich vonstatten gehen soll. Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen:

Die Verwaltung hat als Interimsphase, in der das Gebäude faktisch von den Künstlerinnen und Künstlern nicht genutzt werden kann, einen Zeitraum von drei Jahren genannt. Wie kommt sie auf diese drei Jahre? Können vielleicht auch vier, fünf oder sieben Jahre vergehen, oder kann es auch ein bisschen schneller gehen? - Ich denke, diese Frage muss auf alle Fälle verbindlich geklärt werden. Es wäre fatal, wenn wir die Künstlerinnen und Künstler jetzt ermächtigen, dort zu investieren, und die Interimsphase unter Umständen länger als drei Jahre dauert. Das wäre kein sauberer Boden für ein solches Projekt.

Dasselbe gilt für die Kontamination. Das Thema Kontaminationsbelastung hat die Verwaltung wie eine Monstranz vor sich her getragen. In vielen Diskussionen ist immer wieder gesagt worden, das Gebäude sei so kontaminiert, dass sich eine Sanierung faktisch gar nicht lohnt. Jeder von Ihnen, der schon einmal bei einer der vielen spannenden Ausstellungen oder Veranstaltungen war, die in Halle 10 stattgefunden haben, hat unterschreiben müssen, dass er sich im vollen Wissen, wie gefährlich es ist, die Halle 10 zu betreten, und dass niemand eine Garantie für Leib und Leben übernehmen kann, dazu bereit erklärt. Jetzt ist es plötzlich möglich, die Halle zu übertragen, damit der Verein Kap Cologne das Objekt sanieren kann. Man weiß im Prinzip gar nicht

(Zuruf: Ich war schon sechsmal in der Halle dieses Jahr!)

- ja, genau; da können Sie mal die Schadstoffbelastung messen -, welches Risiko man im Augenblick mit dem Aufenthalt in der Halle eingeht.

Nach wie vor geistern Zahlen in ziemlich interessanter Größenordnung herum. Beispielsweise wurden sowohl ein Betrag von 50 000 Euro als auch eine siebenstellige Zahl genannt, die notwendig ist, damit das Gebäude tatsächlich komplett saniert werden kann.

Das waren nur zwei, drei Beispiele, die für all die ungeklärten Fragen stehen, die auf die Künstlerinnen und Künstler noch zukommen werden. Da fehlt es auf alle Fälle noch an einem Konzept.

Bei aller Freude, die wir empfinden können, wenn wir hier heute diesen Beschluss fassen, ist doch klar: Es liegt noch ein Stück des Weges vor uns. Wir müssen viel Arbeit investieren. Wir können sie nicht nur den Künstlern überlassen, sondern müssen auch vonseiten der Politik und der Verwaltung noch viel Arbeit erbringen, damit dieses Projekt tatsächlich zu dem Erfolg wird, den wir uns alle davon versprechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Elster. - Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das ist nicht nur eine Sternstunde, das ist eine *weihnachtliche* Sternstunde.

(Zurufe beim Bündnis 90/ Die Grünen: Oh!)

Ich denke, in der vorweihnachtlichen Sternenzeit, am Ende eines kulturellen Jahres in Köln mit vielen Höhen, aber auch sehr vielen Tiefen

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit finanziellen Abgründen!)

steht es uns sehr gut zu Gesicht, hier quasi symbolisch zum Schluss ein Ausrufezeichen hinter ein Projekt zu setzen, das auch über Köln hinaus strahlen wird. Eine weihnachtliche Sternstunde!

(Beifall bei Teilen der FDP)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ich verrate kein Geheimnis, wenn ich an dieser Stelle hervorhebe, dass alle vier demokratischen Fraktionen des Rates, deren Vertreter an den Podiumsdiskussionen teilgenommen haben, immer betont haben, dass sie dem Projekt Kap Cologne und der Ansiedlung der Künstlerinnen und Künstler auf dem Clouth-Gelände extrem aufgeschlossen gegenüberstehen.

Wir von der FDP-Fraktion freuen uns auch darüber, dass hier eine Lösung gefunden worden ist - das klang gerade schon an -, die eigenverantwortlich tätigen privaten Strukturen einen Vertrauensvorschuss gibt und es ihnen damit ermöglicht, zu sagen: Wir nehmen unser Schicksal auf dem Clouth-Gelände selbst in die Hand. Wir sind der Überzeugung, dass es sich hier um einen geradezu idealen Nährboden handelt, der eine kulturelle Bereicherung für diese Stadt und über Köln hinaus darstellt.

Wir sind aber auch der Auffassung, dass es sich hierbei um ein städtebaulich interessantes

Objekt handelt. Wir verlangen an dieser Stelle von den Verantwortlichen in der Verwaltung, aber auch von uns als Politik, sehr streng darauf zu achten, dass dieses städtebauliche Juwel, dieses investorenfreundliche Vorhaben dann auch gelingt.

Das Stichwort Planungssicherheit für die Künstlerinnen und Künstler vor Ort ist bereits gefallen. Auch wir sind der Überzeugung, dass die Angebote einer längerfristigen Nutzung, etwa in Poll, nicht ausreichend gewesen wären. Auch die Ausführungen von Herrn Dr. Elster zum Thema Sanierung und Schadstoffkontamination im Boden bedürfen keiner weiteren Ergänzung.

Gleichwohl möchte ich auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, der erstaunlicherweise weder in der bisherigen Diskussion noch im vorliegenden Antrag und dessen Begründungstext angesprochen wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor einem Monat haben wir diskutiert, wie es der Stadt gelingen soll, Vergaben kostenübersichtlich, rechtssicher und vor allem auch händelbar für die Gemeinde zu gestalten. Ich vermisse leider in diesem Antrag, insbesondere auch in der Begründung, jedwede Aussage zu diesem Thema. Es ist vorhin nur angeklungen und wurde möglicherweise von vorweihnachtlicher Freude und vorweihnachtlicher Geberlaune überdeckt.

Vorhin klang nur kurz an, dass nicht nur behördliche, sondern auch klare vertragliche Auflagen gemacht werden müssen, damit dieses Projekt gelingt. Wir fordern, dass sämtliche rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit eine qualitativ hochwertige Nutzung tatsächlich sichergestellt wird. Es sollte ein umfassender Pflichten- und Leistungskatalog in den genannten Erbbaurechtsvertrag eingefügt werden, der die jeweiligen Verantwortlichkeiten der Vertragspartner klar definiert und auch für den Fall, dass eine Partei ihre Pflichten nicht erfüllt, Sanktionen und Fall-back-Positionen vorsieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade in Zeiten, in denen in der ganzen Republik Großprojekte und andere Vorhaben - Stichwort: Privatisierung - strengstens überprüft werden, sollten wir alle Informationen und all unsere Kenntnisse darauf verwenden, hier nicht nur ein weihnachtliches Geschenk zu machen, sondern auch ein Geschenk an die Gemeinde und an die Stadt Köln für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Görzel. - Nächste Rednerin ist Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen. Wir werden dem Antrag zustimmen; denn damit wird die Sicherung der Halle 10 ist ein großes Stück vorangetrieben.

Meine Wortmeldung gilt jedoch vor allen Dingen der Verwaltung, der ich meinen Dank für ihre schnelle Reaktion aussprechen will. Sie hat die Kündigung, die sehr voreilig ausgesprochen worden ist, zurückgenommen und dem von den Künstlern geäußerten Wunsch entsprochen, das Projekt zeitlich etwas zu verschieben, weil sich die Interimslösungen so besser gestalten lassen. Die Verwaltung hat, wie gesagt, relativ schnell einen Brief herausgeschickt. Ich hoffe, Sie, meine Damen und Herren auf den Zuschauerrängen, haben mittlerweile mit Freude zur Kenntnis genommen, dass für Sie der Übergang in die Interimszeit nunmehr vernünftig geregelt ist. Herzlichen Dank dafür! Ich freue mich jetzt schon auf die Wiedereröffnung der Halle 10. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Streitberger will noch etwas ergänzen.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir von Frau Stahlhofen positiv erwähnt worden sind. Wir sind in der Tat in sehr guten Gesprächen, aber nicht nur mit den Künstlerinnen und Künstlern, sondern auch mit den Firmen, die auf dem Areal ansässig sind.

Es sind technische Notwendigkeiten, die uns veranlasst haben, die Kündigung jetzt etwas weiter ins Jahr zu verlagern. Gleichwohl wird es dazu kommen müssen, das Gelände in Gänze zu räumen. Das ist mittlerweile allen Beteiligten klar. Insofern sind, glaube ich, die Geschäftsgrundlagen eindeutig und auch verständlich.

Ich bin gebeten worden, noch einmal etwas zu den finanziellen Folgen zu sagen, die dieser Beschluss nach sich ziehen wird. Wir haben natürlich kalkuliert, zwar nicht bis auf Mark und Pfennig, und uns am Markt orientiert: Durch den

Nichtverkauf des Grundstücks der Halle 10 wird es ungefähr zu einem Mindererlös von rund 1 Million Euro kommen. Aber: Wir sparen Abbruchkosten in einer Größenordnung von 400 000 Euro - bleiben 600 000 Euro -, und wir haben zusätzliche Vermarktungsmöglichkeiten für die Halle 25, die wir mit 200 000 Euro kalkuliert haben, sodass letztlich ein Mindererlös von rund 400 000 Euro herauskommt. Das ist nur eine vorsorgliche Kalkulation, damit Sie ungefähr über die Größenordnung im Bilde sind, meine Damen und Herren.

Ich will noch ganz kurz etwas zu den Sanierungskosten sagen. Das macht mir in der Tat ein wenig Sorgen. Ich glaube, Ihnen ist klar, dass man einer Künstlergemeinschaft natürlich diese Sanierungskosten nicht in beliebiger Höhe wird auferlegen können. Darüber wird noch zu sprechen sein. Zurzeit kalkulieren wir Sanierungskosten in Höhe von 2 Millionen Euro. Die Summe muss auf die Zeit gesehen erbracht werden. Wir müssen schauen, wie wir das in den Gesprächen mit den Damen und Herren von der Halle 10 hinbekommen.

So weit zu den Ausgangsdaten, die uns im Augenblick zur Verfügung stehen. Wenn der Beschluss so erfolgen wird, werden wir in diesem Sinne verhandeln und Ihnen das Ergebnis rechtzeitig vorlegen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Streitberger. - Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Linken, der CDU, der FDP, Herr Zimmermann und die Fraktion pro Köln. Damit einstimmig angenommen. Somit können die Dinge auf den Weg gebracht werden.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.7:

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Resolution zum Erhalt und Verbleib der Verkehrsleitzentrale in Köln“ AN/2280/2010

Wird dazu das Wort gewünscht? - Bitte, Frau Kirchmeyer.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will es in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit kurz machen.

(Zurufe von Götz Bacher [SPD] und Peter Kron [SPD]: Bravo!)

Die Verkehrsleitzentrale bei der Bezirksregierung Köln soll zentralisiert und nach Gelsenkirchen verlegt werden. Dagegen spricht sich die Resolution aus, die wir Ihnen heute zur Abstimmung vorlegen.

Die örtliche Verkehrsleitzentrale ermöglicht eine ständige Beobachtung der Verkehrslage rund um Köln und bietet das technische Instrumentarium dafür, dass verkehrsbeeinflussende und -regulierende Maßnahmen unverzüglich hier vor Ort ergriffen werden können. Die Bezirksregierung, unter deren Dach sich bekanntermaßen die Verkehrsleitzentrale befindet, bietet durch langjährige Erfahrungen des vorhandenen Fachpersonals sowie die vorhandene Technik die Gewähr dafür, dass zeitnah und zügig auf aktuelle Verkehrsereignisse reagiert werden kann und gegebenenfalls bereits im Vorfeld, zum Beispiel bei sich anbahnender Staugefahr, verkehrsregelnde Maßnahmen eingeleitet werden können.

Köln ist das Drehkreuz des Westens und steht im Mittelpunkt des Verkehrsgeschehens hier in NRW. Die Stadt Köln als Wirtschaftszentrum wird durch zunehmenden Handel, anwachsende Pendlerströme und nicht zuletzt durch ansteigenden Transitverkehr über den Kölner Autobahnring zunehmend belastet. Diese Argumente sprechen für sich und für einen Verbleib der Verkehrsleitzentrale hier vor Ort in Köln.

Die Verkehrsrechnerzentralen in Leverkusen und Recklinghausen übermitteln bereits heute automatische Schaltvorgänge. Diese können von den Operatoren der Kölner Verkehrsleitzentrale aufgrund der von den Strecken eingehenden Daten aktualisiert werden; denn in der Leitzentrale der Bezirksregierung Köln gibt es Sonderprogramme und Handschaltungen, sodass unmittelbar reagiert werden kann. In aller Regel betrifft dies direkt unseren Kölner Autobahnring bei Unfällen, Baustellen, aber auch bei anderen Gefahrenstellen.

Nicht zuletzt wegen der zentralen Lage des Regierungsbezirks Köln innerhalb Deutschlands ist eine ständige Zunahme des Verkehrs besonders auf den umliegenden Autobahnen festzustellen. Laut einer Mobilitätsstudie, die gemeinsam von den Industrie- und Handelskammern Aachen, Bonn, Rhein-Sieg, Düsseldorf und Köln in Auftrag gegeben wurde,

wird bis zum Jahr 2025 eine Steigerung des Transitverkehrsaufkommens um circa 129 Prozent erwartet. Eine Verbesserung des Verkehrsmanagements kann nicht durch eine Zentralisierung der Verkehrsleitzentrale erreicht werden. Vielmehr führte die Bündelung der vor Ort erhobenen Verkehrsflussdaten zu einer zielgenaueren Steuerung und schnelleren und damit zuverlässigeren Verkehrsleitplanung.

Abschließend will ich noch ein Wort an diejenigen richten, die uns jetzt vorhalten werden, dass diese Zentralisierung ein Relikt aus der Zeit der letzten Landesregierung ist. Das wissen wir, und dazu stehen wir. Aber wir sind ja Lokalpatrioten. Daher kämpfen wir hier in Köln für den Verbleib der Verkehrsleitzentrale in Köln.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Die Regierungspräsidentin, Frau Walsken, hat sich bereits kurz nach ihrem Amtsantritt ebenfalls für den Verbleib der Verkehrsleitzentrale in Köln ausgesprochen. Daher bitte ich um Ihre Zustimmung zu dieser Resolution. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau dos Santos Herrmann, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Kirchmeyer, ja, das ist ein Relikt aus der Zeit der schwarz-gelben Landesregierung in Düsseldorf. Sie hatte bereits im April 2009 dazu eine Machbarkeitsstudie erhalten. Auf die Frage, wie das Verkehrsmanagement auf den Autobahnen Nordrhein-Westfalens organisiert werden kann, gibt diese Studie eine ziemlich eindeutige Antwort - ich zitiere -:

> Da die Verkehrsumlenkung auf Alternativrouten häufig über Zuständigkeitsgrenzen hinweg verläuft, erfolgen Abstimmungen (telefonisch und schriftlich) zwischen den beiden regionalen Verkehrsleitzentralen mit der Polizei, anderen Bundesländern sowie internationalen Partnern, bevor Informationen geschaltet werden. [# Zitat nicht verifiziert]

Das bedeutet: Zeitverlust und keine Koordination. An dieser Stelle, meine Damen und Herren, Frau Kirchmeyer, macht Zentralisierung ausnahmsweise Sinn.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. Ja, wir stellen fest, dass die FDP mit diesem Antrag heute, anders als sie es sonst gerne tut oder zumindest behauptet, kräftig auf die Bremse tritt. Sie ist nicht für Innovation und Tempo bei der Verkehrsentzerrung. Stattdessen kommt sie hier mit unsachlichem Lamento. Dabei gibt es Grund genug, die Bemühungen des Verkehrsministers Voigtsberger zu unterstützen.

Und ich will Ihnen noch eines sagen: Das ist auch deswegen ein Relikt der alten Landesregierung, weil sich der damalige Innenminister von der FDP und der damalige Verkehrsminister von der CDU nicht einig werden konnten. Die beiden neu gewählten Minister haben sich inzwischen geeinigt. Beide sind der Meinung, dass diese Zentralisierung Sinn macht. Sie macht auch aus unserer Sicht Sinn.

Ihr Antrag dagegen ist schlicht falsch und rückwärtsgewandt. Mir bleibt zum Schluss nur die kurze Feststellung: Die FDP-Ratsfraktion ist heute als schlechte Kopie des Esso-Tigers abgesprungen und als abgewetzter Bettvorleger gelandet. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Tull, bitte.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Die arme FDP, sie kann einem heute richtig leid tun. Dauernd wird ihr hier Paroli geboten. Trotzdem muss ich in dasselbe Horn blasen. Ich finde es nämlich merkwürdig, dass, obwohl diese Zentralisierung von der damaligen CDU/FDP-Landesregierung auf den Weg gebracht worden ist, jetzt von einer Fraktion dieses Bündnisses vorgeschlagen wird, in dieser Frage eine Rolle rückwärts zu machen, ganz abgesehen davon, dass dies einer der wenigen Beschlüsse der alten Landesregierung ist, der wirklich sinnvoll ist.

Angesichts der Verkehrsprobleme auf den Autobahnen macht es Sinn, sie im großen Stil im Überblick zu behalten und großräumig zu regeln statt kleinräumig und regional. Eine Kirchturmpolitik hier vor Ort zu betreiben, ist in dieser Sache selbst dann fehl am Platz, wenn Verwaltungsstellen hier aus Köln abgezogen werden müssen.

Seltsam finde ich auch die eben erwähnte Prognose, dass bis 2025 ein mehr als doppelt so hohes Güterverkehrsaufkommen erwartet wird. Bis dahin sind es nur 15 Jahre! Ich frage mich immer: Woher sollen denn eigentlich die ganzen Waren und Güter kommen, die dann transportiert werden? Ob es tatsächlich so kommt, wie es heute prognostiziert wird, oder ob wir da nur einer Schimäre hinterherlaufen, ist die Frage, die sich stellt.

(Zuruf von Andreas Köhler [CDU])

Aber gut, das werden wir ja dann sehen. Nur, wenn es wirklich so kommt, dass sich das Güterverkehrsaufkommen verdoppelt, dann ist es eigentlich völlig egal, ob das zentral oder dezentral geregelt wird. Dann ist nämlich alles am Ende.

(Zuruf von Christtraut Kirchmeyer [FDP])

Deswegen müsste man sich eigentlich eher Gedanken darüber machen, welche Maßnahmen man jetzt ergreifen kann, damit es nicht so weit kommt. Wir müssten im Prinzip an Ziel, Quelle und Weg ansetzen und eine andere Verkehrspolitik betreiben. Dazu sind Sie leider weder willens noch in der Lage.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

In diesem Zusammenhang wäre es nämlich notwendig,

(Zuruf von Andreas Köhler [CDU])

zu überlegen, ob man auf Großprojekte wie beispielsweise Stuttgart 21 verzichtet

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ja, ja, ja! – Zuruf von Christtraut Kirchmeyer [FDP])

und stattdessen in den Ausbau des Güterschienenverkehrs investiert.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da haben Sie doch kein Planfeststellungsverfahren! Das gibt es doch gar nicht!)

Das Geld wäre wesentlich sinnvoller angelegt, wenn man es zum Beispiel in den Ausbau der Betuwe-Linie oder der Eisernen-Rhein-Route investieren würde. Diese Projekte sind jetzt wegen des Stuttgart-21-Projekts und einiger anderer Verkehrsvorhaben der Bundesregierung zurückgestellt worden.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Das stimmt doch gar nicht! – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dafür gibt es doch gar kein Planfeststellungsverfahren! Das wissen Sie doch! - Gegenrufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Doch, das stimmt sehr wohl.

Die FDP macht es sich wieder einmal relativ einfach: Sie beschwört hier den Super-Stau-GAU und bietet dafür Lösungen von gestern an. Wir meinen, damit lassen sich diese Probleme nicht lösen. Wir müssen grundsätzlicher herangehen. Wir brauchen eine andere Verkehrspolitik. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Frau Tull. - Nächster Redner ist Herr van Benthem.

Henk van Benthem (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Tull, eigentlich wollten wir gar nicht zu diesem Thema sprechen,

(Beifall von Peter Kron [SPD])

aber nach Ihrer Rede muss ich doch noch einige Sätze dazu verlieren. Sie kommen mir ein bisschen so vor wie ein weiblicher Don Quichotte, der gegen den Individualverkehr kämpft, oder wie die Jeanne d'Arc der Fahrradfahrer und Fußgänger.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Es ist unsäglich, wie hier diskutiert wird. Eine sachliche Diskussion gibt es nicht. Stattdessen werden dem anderen nur noch seine irgendwann gemachten Fehler vorgehalten.

Wir alle wissen sicherlich, dass in der heutigen Zeit, in der man die Daten an jedem beliebigen Ort abrufen kann, ein solches Zentrum überall in Deutschland betrieben werden kann, gar keine Frage.

(Ralph Sterck [FDP]: Auch in Indien!)

- Bitte?

(Ralph Sterck [FDP]: Dann können wir es auch nach Indien verlagern!)

- Ja, natürlich, das wäre auch möglich. Das machen wir in der Versicherungswirtschaft auch schon.

Köln ist jedoch der größte Verkehrsknotenpunkt in Nordrhein-Westfalen. Das war so, das ist so, und das bleibt so.

(Beifall bei der CDU)

Dass Staus nicht verhindert werden können, wissen wir auch. Aber eine Institution wie die Verkehrsleitzentrale ist aus Köln als dem größten Verkehrsknotenpunkt Nordrhein-Westfalens nicht wegzudenken. Wir haben schon genug abgeben müssen, zum Beispiel den Landesbetrieb Straßenbau NRW, der nach Gummersbach verlagert wurde.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Dass euch das egal ist, weiß ich. Hauptsache es kommt zum Stau, dann seid ihr glücklich.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Euer Credo lautet: Machen wir es wie bei Stuttgart 21.

Unterstützen wir um Gottes willen die Resolution von der FDP; denn sie ist vernünftig. Wir haben seit vier Jahren gelernt: Bei Rot-Grün geht es nicht um die Vernunft, bei Rot-Grün geht um den Stau. Alles andere ist unwichtig. - Ich finde das furchtbar. Wir werden auf alle Fälle der Resolution der FDP zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag der FDP. Wer für den Antrag der FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die CDU, pro Köln und die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Resolution abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.2 auf:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 3.2.1:

3.2.1 Verbesserung der medizinischen Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 04.11.2010
4798/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung, wie im Gesundheitsausschuss beschlossen. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Niemand. Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Kostenschätzung für den Fall einer Verlagerung des FWI-FH“
AN/2348/2010

Antwort der Verwaltung vom 13.12.2010
5278/2010

Herr Hoffmann ist heute krankheitsbedingt abwesend. Wir werden ihm, soweit noch nicht geschehen, die schriftliche Antwort der Verwaltung zukommen lassen. Sie werden sie natürlich auch erhalten.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Untersuchungsergebnisse verkehrstechnischer und umweltbelastender Folgen bei Rheinuferquerung der Nord-Süd-Stadtbahn“
AN/2349/2010

Hier gilt das Gleiche wie vorher gesagt. Da Herr Hoffmann nicht anwesend ist, gibt es keine weiteren Nachfragen. Wir lassen ihm und auch Ihnen die schriftliche Antwort zukommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 5.4.1:

5.4.1 Finanzierung und Durchführung von Integrationskursen für Migrantinnen und Migranten - Resolution an die Bundesregierung
4873/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Resolution? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist diese Resolution so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

6.1.1 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln
4367/2010

Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die allgemeinpolitischen Äußerungen zum Thema Gebühren brauchen wir jetzt nicht zu wiederholen.

(Peter Kron [SPD]: Bitte nicht!)

- Genau. Ihrer Bitte komme ich gerne nach. - Bei diesem Thema geht es nicht um allgemeinpolitische Äußerungen, sondern um die Steuerungswirkung, die bestimmte Gebührensatzungen haben können.

Ich kann es Ihnen leider nicht ersparen, zu sagen: Wir von der FDP-Ratsfraktion sind der Meinung, dass wir mit der Änderung dieser Gebührensatzung den falschen Weg einschlagen, weil wir damit falsche Anreize schaffen. Bisher gab es zumindest ein bisschen Wettbewerb in der Entsorgung, weil die Betriebe die Möglichkeit hatten, den Müll zu trennen, zum Beispiel nach Papier, bestimmten zu verwertenden Folien und anderen Wertstoffen. Dann erst konnte man den Restmüll nach individueller Trennung entsorgen lassen. Das ließ sich fast komplett mit privaten Anbietern regeln. Dazu musste man kaum auf die AWB zurückgreifen.

Das, was Sie jetzt aber vorlegen, ist eine Art von Sozialismus in der Mülltonne.

(Lachen von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Alle sind gleich, zumindest die Woche über. Das lässt sich aus der wundervollen Aufstellung der unterschiedlichen Müllmengen, die produziert werden, ableiten. Alle Gaststätten sind gleich, alle Krankenhäuser und Pflegeheime sind gleich, die Verwaltung ist gleicher als die Schulen. Jeder produziert eine bestimmte Müllmenge. Das wissen Sie schon im Voraus. - Damit setzen Sie einen falschen Anreiz; denn wenn man eine bestimmte Menge Müll produzieren darf, muss man nicht mehr sortieren, muss man nicht mehr darüber nachdenken, wie man vielleicht ökonomisch oder ökologisch sinnvoller mit seinem Müll umgehen kann. Vielmehr zahlt man dann für eine Mindestmenge eine Art Zwangsabgabe. Ist diese Mindestmenge noch nicht erreicht, wirft man einfach alles in den Müll, was noch da ist. Das ist unser Kritikpunkt an der Änderung dieser Satzung. Sie bauen den Anreiz ab, Müll zu sortieren. Sie bauen den Anreiz ab, sich darüber Gedanken zu machen, wie man mit Müll umgeht. Das halten wir aus ökonomischen und ökologischen Gründen für verkehrt. Deswegen werden wir hier an dieser Stelle gegen die Satzung stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer gegen den Beschlussvorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Satzung so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.4:

6.1.4 Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige - Ausbauplanung bis 2013; Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII
hier: Änderung der „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagsschulen“
4866/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.4.1:

6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln
3398/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/2367/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag des Ratsmitglieds Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/2369/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Von Herrn Detjen, Herrn Zimmermann und Herrn Wiener. In dieser Reihenfolge werden die Herren auch das Wort erhalten. - Bitte, Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie wollen die Geschäftsordnung des Rates ändern und schränken an zwei Punkten die demokratischen Rechte ein.

(Ralph Sterck [FDP]: Das stimmt nicht!)

Das verwundert!

Erstens. Hatten wir in den letzten Wochen im Rat am Beispiel Stuttgart 21 nicht immer wieder betont, dass Transparenz und Bürgerbeteiligung in Zukunft fester Bestandteil bei der Planung und Diskussion kommunaler Projekte sein muss? Warum wollen Sie dann Ton- und Filmaufnahmen nicht grundsätzlich möglich machen?

Zweitens. Gemeinsam kämpfen wir im Rat gegen rechtsextreme Attacken, den Rat zu einem kleinen Reichsparteitag verkommen zu lassen.

(Beifall von Sengül Senol [Die Linke.Köln])

Daher halten wir es für angebracht und gerechtfertigt, die demokratisch legitimierten Regelungen der Geschäftsordnung anzuwenden. Wenn wir Rechtsextremismus bekämpfen wollen, dann darf das nicht auf Kosten unserer eigenen demokratischen Grundsätze gehen.

Zu den Filmaufnahmen: Das Recht am eigenen Bild während einer Ratssitzung ist unseres Erachtens geringer zu bewerten als das Informationsinteresse der Medien, über eine Ratssitzung aktuell zu berichten. Aufnahmen von Ratsmitgliedern fallen unter die Regelung „Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte“, bei denen keine besondere Einwilligung der Abgebildeten notwendig ist. Übrigens werden Ratsmitglieder auch von der Stadt Köln mit Bild öffentlich bekannt gemacht.

Die Verwaltung behauptet ja, es bestehe ein Recht auf Bild, wenn die Person nicht am Rednerpult stehe. Das halten wir für Unsinn.

(Beifall von Sengül Senol [Die Linke.Köln])

Wenn Sie jetzt die Geschäftsordnung so wie vorgesehen ändern, können vor allem künftig neu gewählte Ratsmitglieder behaupten, sie seien im Rat unter der Voraussetzung angetreten, nicht öffentlich ins Bild kommen zu wollen. Das halten wir für Unsinn.

(Beifall von Sengül Senol [Die Linke.Köln])

Zu den Plakaten: Warum wollen Sie das stille Zeigen von Plakaten verbieten, wenn das bisher keine Probleme bereitet hat?

(Gisela Stahlhofen [Die Linke.Köln] und Claus Ludwig [Die Linke.Köln] entrollen auf der Tribüne ein Transparent mit der Aufschrift „? !“ - Zuruf: Sehr lustig! – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist doch die Stahlhofen! Schau mal an!)

- Warum stört Sie eigentlich das oben gezeigte Plakat?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Darf ich Sie einmal unterbrechen?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das sind zwei Ratsmitglieder!)

Wir sind hier nicht im Kindergarten.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Zurufe von der CDU und der FDP: Genau!)

Die geltende Geschäftsordnung sieht solche Meinungsäußerungen nicht vor.

(Ralph Sterck [FDP]: Das war auch schon nach der alten Geschäftsordnung so!)

Ich bitte die beiden Ratsmitglieder, das Plakat jetzt einzurollen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Gut, wir rollen es ein. Es ging mir einfach darum - -

(Zuruf: Zu provozieren, ja!)

Es stand gar kein Text auf dem Plakat, sondern nur ein Fragezeichen und ein Ausrufezeichen.

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Detjen, haben Sie gemerkt, dass der Herr Oberbürgermeister auch bei der alten Geschäftsordnung eingeschritten ist?)

- Was regen Sie sich denn so auf? Meine Kollegen haben gar nichts gesagt, sie haben nicht gestört, sondern einfach nur ein Transparent ausgerollt. Was stört Sie eigentlich daran? Das ist schlicht und ergreifend stiller Protest. Meines Erachtens muss es doch in diesem Hause möglich sein, stillen Protest zu äußern.

Meine Damen und Herren, in den letzten Monaten sind des Öfteren Personen hier im Ratssaal gewesen, die uns mittels der von ihnen getragenen T-Shirts ihre Meinung kundgetan haben. Da werden jetzt einige Ratsmitglieder wie zum Beispiel Herr Breite sagen, dass das auch verboten sei. Die Verwaltung sagt dagegen, dass das nicht verboten sei.

Herr Oberbürgermeister, ich frage Sie: Gesetzt den Fall, dass während des von uns beantragten Tagesordnungspunktes zu den Castortransporten sieben Leute hier im Ratssaal nur still gesessen hätten, auf deren T-Shirts jeweils ein einzelner Buchstabe zu lesen gewesen wäre, was aber als Gesamtbild die Losung „AKW-Nee !“ ergeben hätte, hätten Sie sie des Saales verwiesen oder nicht? - Ich meine, das ist stiller Protest mittels eines T-Shirts.

An diesem Beispiel können Sie erkennen, meine Damen und Herren, dass die von Ihnen vorgeschlagene neue Regelung in der Geschäftsordnung, die Sie unbedingt durchsetzen wollen, dieses Problem auch nicht gelöst hätte und wir auf diesem Wege nicht weiterkommen. Entscheidender ist - Sie, Herr Oberbürgermeister, haben das ja vorhin in Zusammenhang mit Herrn Uckermann bewiesen -, dass der Sitzungsleiter klar und deutlich auftritt und sagt, wo der Hase lang läuft. Das ist entscheidend, um die Geschäftsordnung durchzusetzen. Deswegen sind wir der Meinung, dass eine Änderung der Geschäftsordnung, wie von Ihnen vorgesehen, überhaupt nicht notwendig ist.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen: Herr Oberbürgermeister, wenn Rechtsextreme die demokratischen Grundsätze missbrauchen und beschmutzen, haben Sie mit der jetzt geltenden Geschäftsordnung genug Möglichkeiten, das zu verhindern. Wir alle werden hinter Ihnen stehen. Das steht völlig außer Frage. Das haben wir bewiesen, und das werden wir auch in Zukunft so machen. Deswegen meine ich: Lasst uns die Geschäftsordnung im Wesentlichen so beibehalten, wie sie ist.

Gewisse technische Anpassungen sind zweifellos nötig. Deswegen werben wir für unseren Änderungsantrag; stiller Protest muss möglich bleiben. Auch die Möglichkeit, dass die Fernsehjournalisten berichten können, sollten wir weiterhin einräumen. Ich bitte um Unterstützung für unseren Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln und bei Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Detjen. - Als Nächster spricht Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Sehr geehrte FDP-Fraktion, Sie haben sich ja eben mit Zwischenrufen hervorgetan. Deshalb will ich Ihnen sagen: Es geht gar nicht darum, zuzulassen, dass künftig ständig die Castorgegner munter auf der Tribüne demonstrieren dürfen. Vielmehr geht es darum, wie viel Freiheit und wie viel liberales Gedankengut wir hier in diesem Saal aushalten und wie sich die Bürger auf der Tribüne äußern können. Da finde ich bei jeder Partei, die hier im Rat vertreten ist, auch bei den Liberalen, Ansätze von Freiheit und Toleranz, die das eigentlich möglich machen sollten.

Bis zu 1,8 Millionen Zuschauer verfolgten auf Phoenix die sogenannten Schlichtungsgespräche in Zusammenhang mit Stuttgart 21.

(Zuruf von Manfred Wolf [FDP])

In kürzester Zeit sammelte „Mut zu Kultur“ im Frühjahr dieses Jahres die notwendigen Unterschriften für die Zulassung eines Bürgerbegehrens zum Opernquartier. Bei allen

großen Bauprojekten, wie zum Beispiel die Errichtung einer Shopping Mall auf dem Helios-Gelände in Ehrenfeld, fordern die Bürger und Bürgerinnen der Stadt mehr Mitsprache. Von einem mangelnden Interesse an kommunaler Politik kann man zurzeit kaum sprechen. Der Rat der Stadt möchte dieses Interesse eventuell ab 2011 mit Rats-TV, also Live-Streaming, besser bedienen.

Umso erstaunlicher finde ich einzelne Punkte der geplanten Änderung der Geschäftsordnung. Von einem Anschlag auf die Pressefreiheit und einer Einschränkung der Transparenz der Ratsentscheidungen kann sicherlich nicht die Rede sein; aber ärgerlich ist es schon. Statt Bürger- und Pressefreiheit weiter auszubauen, kann man die geplanten Änderungen zur Ordnung im Zuhörerraum nur als Einschränkung verstehen.

Nun schreibt das Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit in einer eilends verteilten Information, dass hier nur gängige Praxis schriftlich fixiert werde. Doch in der Begründung wird es schnell schwammig. Zum Entfalten von Transparenten heißt es, der Sitzungsleiter hätte dies in der Vergangenheit auch schon als störend empfunden.

(Ralph Sterck [FDP]: Haben wir eben gesehen!)

Abgesehen davon, dass der Sitzungsleiter nicht immer synchron mit dem ganzen Rat empfindet, wird eben *nicht* erwähnt, dass dies bereits irgendwo geregelt ist. Es wird in dieser Angelegenheit nicht auf Urteile verwiesen. So klingt die bisherige Praxis doch recht willkürlich. Selbst wenn bislang in solchen Fällen rechtlich einwandfrei verfahren wurde: Warum reichen dann die bisherigen Regelungen nicht aus? Warum muss dies nun auch schriftlich verschärft werden?

Ähnlich verhält es sich mit den klarstellenden Regelungen zur Berichterstattung aus dem Ratssaal. Zwar wird hier auf die Rechtslage verwiesen; doch auch hier haben wir andere Informationen. Auf unsere Anfrage zum Live-Streaming in der letzten Ratssitzung antwortete die Verwaltung, dass nach neuester Rechtsprechung - OVG Saarland - auch das ehrenamtliche Ratsmitglied im Saal als Amts- und Funktionsträger gelte und das übliche Datenschutzrecht nicht greife. Nun bin ich kein Jurist. Daher frage ich mich: Mit welcher Intention wird dieser neue Abs. 3 in die Geschäftsordnung eingefügt? Wenn das Verfahren bislang in diesem Saal auch funktionierte: warum dann diese Änderung? Wie anders kann man diesen neu eingefügten Absatz verstehen als eine potenzielle Einschränkung der Pressefreiheit?

Daher habe ich eine Verständnisfrage an die Verwaltung. Wenn wir § 32 Abs. 3 heute beschließen, bedeutet dies, dass ein einzelnes Ratsmitglied jederzeit die Ton-, Film- und Fernsehaufnahmen untersagen kann? Wie verträgt sich das mit dem Ratsbeschluss der konstituierenden Sitzung 2009, der elektronische Aufnahmen ausdrücklich erlaubt?

Als Ratsmitglied freue ich mich über regen Besuch auf der Tribüne, auch über Beifall und über eine möglichst umfangreiche Berichterstattung aus dem Ratssaal. Wenn es nicht zwingend notwendig ist, lassen Sie uns von den geplanten Änderungen absehen. Sie könnten in der Tat den Eindruck erwecken, als hätte der Rat ein Problem mit seinen Bürgern und mit der Presse.

Um mit Willy Brandt zu sprechen: „Mehr Demokratie wagen“, statt sie in immer neuen Paragrafen zu ersticken. Frau Angela Merkel sagte: „Mehr Freiheit wagen“.

In diesem Zusammenhang stellen wir einen Änderungsantrag, wenn man so will, in eigener Sache. Schade, dass Herr Hoffmann heute nicht da ist, weil er krank ist. Ich wünsche ihm von dieser Stelle gute Besserung. Er hätte mit Sicherheit dafür gestimmt. Ein einzelnes Ratsmitglied kann laut Geschäftsordnung selbstverständlich Anfragen und Anträge im Rat und in den Ausschüssen stellen. Es ist jedoch unverständlich, warum Einzelmandatsträger wie ich oder Herr Hoffmann keine Aktuelle Stunde beantragen können. Warum sollte ein von einem Einzelmandatsträger vorgeschlagenes Thema für den Rat beziehungsweise für die Öffentlichkeit von weniger Interesse sein?

Da die Geschäftsordnung genügend weitere Regularien über die Durchführung der Aktuellen Stunde enthält - Dauer, Anzahl etc. - und der Rat durch Abstimmung die Durchführung einer Aktuellen Stunde verhindern kann, ist in der beantragten Änderung auch keine Gefahr im Sinne einer Verzögerung oder gar einer Blockade des ordentlichen Ablaufs der Ratssitzung zu sehen. Vielmehr würde diese Änderung die demokratischen Rechte jedes Mitglieds stärken und wäre somit zu begrüßen. Es kann nicht wünschenswert sein, dass es hier zweierlei Klassen von Ratsmitgliedern gibt.

Meine Redezeit ist jetzt leider abgelaufen. Gerne würde ich beantragen, dass auch eine Verlängerung der Redezeit in der Geschäftsordnung vorgesehen wird.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Für Einzelmandatsträger! - Heiterkeit)

- Für Einzelmandatsträger. Aber dafür würden wir wohl keine Mehrheit finden.

Noch eine letzte kurze Anmerkung: Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn wir einmal in einer Aktuellen Stunde oder wann auch immer über das Selbstverständnis des Rates sprechen würden. Ich habe zum Beispiel ein großes Problem damit, dass wir im nächsten Jahr nur acht Ratssitzungen haben werden. Das ist eine Selbstbeschneidung des Rates, die ich bedenklich finde. Wir sind immerhin die Vertreter der Bürgerschaft und haben ein Mandat. Wir sollten das etwas öfter ausüben können und müssen als nur achtmal wie im nächsten Jahr. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Punkt ist, dass die erneute Änderung der Geschäftsordnung weitere Verschärfungen beinhaltet, die die freie Debattenkultur und die Rechte der Fraktionen einschränkt, was für die Meinungs- und Pressefreiheit auch nicht gerade förderlich ist. Insofern scheue ich mich nicht, in diesem Punkt einmal der Linkspartei recht zu geben. Ihr Änderungsantrag ist sicherlich sinnvoll, die Begründung allerdings weniger. Aber in der Sache hat die Linkspartei in diesem Punkt recht.

Außerdem enthält die erneute Änderung der Geschäftsordnung explizit auch Punkte, die darauf abzielen, die Diskriminierung und Ausgrenzung von pro Köln noch weiter zu professionalisieren. Ein Zyniker würde sagen: Die jetzt angewandte Methode - ich denke hier an die Änderung im Zusammenhang mit den Fraktionsvorsitzendenbesprechungen - ist ein Schritt in die richtige Richtung, weil die Geschäftsordnung damit der Realität angepasst wird. Diese Fraktionsvorsitzendenbesprechungen sind nicht mehr durchgeführt worden, seitdem pro Köln im Rat vertreten ist,

(Ralph Sterck [FDP]: Stimmt nicht!)

obwohl sie in der Geschäftsordnung explizit vorgeschrieben sind. Diesen formalen Mangel hat man jetzt behoben, indem man einfach eine Soll-Vorschrift daraus gemacht hat. Ein Zyniker würde sagen: Wenigstens werden die Gesetze jetzt in Einklang mit der Realität gebracht, statt wie bislang die eigene Geschäftsordnung zu missachten. Aber da wir keine Zyniker sind, sagen wir: Das ist ein weiterer Schritt, um hier im Rat die freie Debattenkultur zu erschweren.

Im Hinblick auf stille Protestkundgebungen von der Zuschauertribüne bin ich der Meinung, dass solche Protestäußerungen die freie Debattenkultur weniger behindern als bestimmte Handlungen anderer Herrschaften hier in diesem Raum. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Wiener. - Nächster Redner ist Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass von den beiden Antragstellern ein großer Popanz aufgebaut wird. Hier wird behauptet, die demokratischen Rechte würden beschnitten usw. Schauen Sie sich doch einfach einmal die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages an.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wir sind nicht der Deutsche Bundestag!)

Da heißt es in § 4 Abs. 2 - Zitat -:

> Es ist nicht gestattet, Spruchbänder oder Transparente zu entfalten, Informationsmaterial zu zeigen oder zu verteilen, es sei denn, es ist zur Verteilung zugelassen.

Genau diese Regelung, fast wortwörtlich, findet sich nun in der Geschäftsordnung des Kölner Rates wieder und ergänzt eine Regelung, die immer schon bestanden hat. Darauf hat eben auch der Herr Oberbürgermeister hingewiesen.

Das bedeutet nichts anderes, als dass wir die üblichen demokratischen Regelungen eines Parlamentsbetriebs und seines Verhältnisses zu

den Bürgerinnen und Bürgern genauer definieren - nicht mehr und nicht weniger. Dadurch werden kein Demonstrationsrecht und auch nicht das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt. Das ist schlicht Unfug.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Das bedeutet nichts anderes, als dass sich der Rat Regeln gibt, damit seine Sitzungen ordnungsgemäß ablaufen. Wir haben hier bei vielen Gelegenheiten große und kleine Kundgebungen sowie Demonstrationen jedweder Art unmittelbar vor dem Rathaus gehabt. Das ist auch gut so, sie sollen auch weiterhin stattfinden. Kein Demokrat ist dagegen. Sie werden von dieser Änderung auch gar nicht tangiert.

Richtig ist aber, dass sich eine gewählte Versammlung, in diesem Fall die kommunale Selbstverwaltung, eigene Regeln gibt, um einen ordnungsgemäßen Sitzungsablauf sicherzustellen. Wir sind ein sehr großer Rat, unsere Arbeit ähnelt eher der Arbeit eines Parlaments als der eines Gemeinderats einer kleinen Gemeinde. Deshalb ist es richtig, dass sich der Rat bestimmter Regeln bedient.

Ich konnte feststellen, dass es offenbar in der Redaktion des *Kölner Stadt-Anzeigers* einen gewissen Nachholbedarf in Sachen parlamentarische Demokratie gibt, zumindest bei einem Autor. Dass das auch bei den Linken der Fall ist, mag ideologisch begründet sein. Sachlich gesehen ist es aber Unfug.

Die zweite Änderung regelt die Bild- und Tonaufnahmen neu. Das haben wir hier auch schon diskutiert. Wir haben eine geltende Gesetzgebung, und wir haben eine geltende Rechtsprechung. Die lässt sich ändern, aber nicht vom Rat der Stadt Köln, jedenfalls solange wir nicht aus der Bundesrepublik austreten und einen eigenen Stadtstaat bilden. Wir sind an die gesetzlichen Bestimmungen der Bundesrepublik gebunden.

(Markus Wiener [pro Köln]: In Bonn ist es doch auch beschlossen worden!)

Natürlich gibt es den Persönlichkeitsschutz; auch das ist schon ausgeführt worden. Dazu gibt es entsprechende Rechtsgutachten; das ist so. Das kann man bedauern. Ja, es muss vorher gefragt werden, und wenn ein Ratsmitglied dagegen ist, würde es nicht gehen. Das ist aber nicht mit einem Antrag aus der Welt zu schaffen. Deshalb ist es auch sinnlos, diesen Antrag abzustimmen.

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Warum, lieber Jörg Detjen, willst du eigentlich denjenigen, die auch gerne einmal protestieren und dabei bewusst eine Regelverletzung in Kauf nehmen wollen, diese Möglichkeit und den Spaß daran rauben? Der vorliegende Antrag ist aus meiner Sicht und auch aus meiner politischen Vita heraus ein Stück Spießertum.

(Heiterkeit - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dazu Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Kollege Frank, das hängt damit zusammen, dass ihr Grünen ganz woanders angekommen seid, als ihr ursprünglich einmal hinwolltet. Das muss man einfach einmal feststellen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Wie kann man denn die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages auf den Rat der Stadt Köln anwenden? Schon daran kann man erkennen, dass ihr inzwischen ganz woanders angekommen seid.

Wir sind ein ehrenamtlich tätiger Rat und kein Parlament. Das muss man doch einmal feststellen. Die Kolleginnen und Kollegen kommen mit Rucksack zur Ratssitzung, weil sie gerade von der Arbeit kommen. Das ist die Realität. Der Vorteil eines solchen Rates ist es, dass die Bürger vor der Tür stehen oder auch auf der Tribüne sitzen. Das sind die Leute, von denen wir unmittelbar gewählt worden sind. Das ist doch das Schöne an einer Ratsmitgliedschaft. Das ist doch das Nette gegenüber einem Parlament, wo man abgehoben ist.

In nehme aus dieser Diskussion mit: Die Grünen wollen weiterhin abgehoben sein, und sie wollen sich weiter abheben. Es kann ja sein, dass das für dich persönlich ganz schön ist, so hoch zu fliegen.

(Beifall von Claus Ludwig [Die Linke.Köln])

Aber ich möchte gerne auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Deswegen möchte ich, dass die Geschäftsordnung so bleibt, wie sie ist. Ich

fordere ja gar nicht, dass man hier ab sofort Krawall machen darf oder was auch immer. Ich sage nur: die Geschäftsordnung soll bleiben, wie sie ist.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Herr Oberbürgermeister, ich „bedanke mich ganz herzlich“ für Ihre Presseerklärung. Ihr kann man entnehmen, dass Sie am liebsten eine Bannmeile hätten.

(Martin Börschel [SPD]: Ach, Jörg, sei nicht albern!)

„Leider“ werden Sie diese Bannmeile nicht bekommen.

Insofern bin ich ganz optimistisch, dass man aus dieser Sache noch etwas machen und weiterhin vor dem Rathaus demonstrieren kann. Insgesamt wird dem aber weniger Raum gelassen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu den Ausführungen von Herrn Detjen und Herrn Zimmermann noch etwas sagen. Einen Aspekt, der in dieser Pressemitteilung genannt wird, finde ich besonders wichtig, nämlich den Hinweis auf die Demokratie, die wir heute haben, und auf den Umgang, den wir hier und auch im Deutschen Bundestag miteinander pflegen. Die deutsche Demokratie hat in dieser Hinsicht einen Lernprozess hinter sich. In diesem Zusammenhang sei der Hinweis auf die Weimarer Republik gestattet, wo politisch Andersdenkende im Grunde niedergeschrien wurden.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Deswegen ist es gut, dass man sich die Regelung gegeben hat, dass es das in einem Parlament nicht geben darf; denn darin sitzen demokratisch gewählte Abgeordnete, die frei entscheiden. Deswegen gibt es auch keine Bannmeile. Eine Bannmeile will hier sicherlich niemand haben, auch weil wir uns von den Extremen nicht unter Druck setzen lassen. Gerade in Situationen, wenn die Extremen - dass da oben eine Gruppe Junge Liberale sitzt und Transparente enthüllt, wird so schnell nicht passieren -

(Heiterkeit)

von pro Köln ihre Leute mobilisieren, damit sie uns hier in irgendeiner Form unter Druck setzen, erkennen wir: Es ist ein hohes Gut, dass wir hier frei entscheiden können. Deshalb sollten Sie nicht lapidar sagen, es sei doch toll, dass Herr Ludwig und Frau Stahlhofen auf der Tribüne ein Transparent enthüllt haben. Dagegen hat der Oberbürgermeister mit Recht interveniert.

Das Demokratieverständnis, das wir hier jetzt praktizieren können, ist reich an Erfahrungen. Wir sollten es uns nicht von den Extremen kaputtmachen lassen. Deswegen ist es richtig, dass wir das, was bisher praktiziert worden ist, beibehalten. Es ist keine Verschärfung. Deswegen ist die ganze Aufregung hier umsonst. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener noch einmal.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich denke, gerade dem Kölner Rat würde es ganz guttun, wenn er öfter einmal Volkes Stimme zu hören bekäme.

Zu den etwas kruden Ausführungen von Herrn Frank bezüglich der Videoübertragungen möchte ich hier festhalten, dass gerade in unserer Nachbarstadt Bonn das möglich gemacht wurde. Soweit ich mich recht erinnere, liegt Bonn auch in der Bundesrepublik Deutschland, unterliegt also den gleichen Gesetzen. Ich frage Sie: Warum haben Sie Angst vor Videoübertragen aus dem Rat? Ist Ihnen das etwa peinlich? Haben Sie vielleicht etwas zu verbergen, was sonst unter dem Deckmäntelchen der Hofberichterstattung der örtlichen Tageszeitungen verdeckt wird?

(Zuruf: Um euch die Peinlichkeit zu ersparen!)

Das frage ich mich wirklich. Wenn dem nicht so ist, warum lassen Sie dann nicht Videoübertragungen zu? Dann könnten Sie doch pro Köln wunderbar als die Versager bloßstellen, wie Sie es gerne hätten. Aber Sie haben Angst, dass die Bürger dann die Realität hier im Rat

mitbekommen. Deswegen wird das mit dieser Regelung unmöglich gemacht, und Sie werden diese Geschäftsordnungsänderung beschließen. Ich finde das sehr, sehr schade.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich noch etwas zu dem sagen will, was Herr Frank hier eben vorgetragen hat. Es ist natürlich klar: Hier wird nichts verschärft. Aber es stellt sich schon die Frage, wenn bundesweit immer mehr bürgerliche Freiheiten eingeschränkt werden, ob und an welcher Stelle die Änderung der Geschäftsordnung mehr bürgerliche Freiheiten zulässt. Das müsste doch eigentlich im Interesse der Grünen, der Linken, der SPD, überhaupt aller Parteien hier im Rat sein.

Bei dieser Gelegenheit will ich noch einmal um Ihre Zustimmung für meinen eigenen Änderungsantrag werben. Nehmen Sie die Gelegenheit wahr, die Rechte der Ratsmitglieder zu stärken. Warum sollte ich nicht das Thema für eine Aktuelle Stunde beantragen dürfen? Das wäre die Gelegenheit, die Rechte hier in diesem Rat zu erweitern, statt sie, zumindest auf dem Papier, weiter einzuschränken. Daher bitte ich Sie noch einmal ausdrücklich um Zustimmung.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Es liegen zwei Änderungsanträge vor.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag von Herrn Thor-Geir Zimmermann von der Gruppe Die Freunde ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke, Herr Zimmermann und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über die Änderung der Geschäftsordnung in der Fassung des AVR, Anlage 6. Wer für diese Änderung der Geschäftsordnung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist Tagesordnungspunkt 6.4.1 so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

7 Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2010 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011
5074/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Mehraufwendungen wie in der Unterrichtung? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

8 Überplanmäßige Ausgaben

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0111 - Sonstige Innere Verwaltung im Bereich der Personalvertretungen für das Haushaltsjahr 2010
4950/2010

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2010
5256/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich beziehe mich auf die überplanmäßigen Aufwendungen in Tagesordnungspunkt 8.1 und Tagesordnungspunkt 8.2., die beide im Finanzausschuss diskutiert und ohne Votum an den Rat weitergereicht wurden. Festzustellen ist, dass Zahlungsverpflichtungen vorliegen, denen sich der Rat nicht verweigern kann. Aber angesichts dessen, dass es immer wieder dazu kommt, dass die Ansätze deutlich überschritten werden, stellt sich schon die Frage, wie die Verwaltung gedenkt, damit zukünftig umzugehen, wie sie dies besser steuern will, damit nicht immer zwei Tage vor Weihnachten solche unangenehmen Vorlagen notwendig sind.

Die Begründung der Verwaltung gestern empfand ich mehr als unbefriedigend.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich will direkt darauf antworten. Als Anlage 2 der Vorlage zu Tagesordnungspunkt 8.1 weisen wir auf Folgendes hin:

> Für das Haushaltsjahr 2011 werden zur Etablierung von Steuerungsmöglichkeiten und damit zur Einhaltung der Budgetansätze sowie der Einhaltung der Konsolidierungsvorgaben separate Budgets für die einzelnen Personalvertretungen gebildet. Die Personalvertretungen und die Verwaltung werden sich zwecks Einhaltung der Ansätze regelmäßig über die Ausgabenentwicklung austauschen.

Das heißt, ein regelmäßiges Berichts- und Kontrollwesen für jede einzelne Personalvertretung wird eingeführt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Gilt das Gleiche auch für 8.2?)

- Ja. - Bezüglich des Tagesordnungspunktes 8.2 heißt es:

> Zukünftig wird neben dieser Basis auch die Auftragssituation mit berücksichtigt, sodass Abweichungen zeitnah erkannt werden können.

Unter dieser Maßgabe - das wurde jetzt auch zu Protokoll genommen - bitte ich jetzt um Abstimmung zu diesen beiden Punkten.

Tagesordnungspunkt 8.1: Gibt es Gegenstimmen gegen diese Vorlage? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Damit angenommen.

Tagesordnungspunkt 8.2: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ebenfalls so angenommen. Ich verweise noch einmal auf meine Anmerkungen, die zu Protokoll genommen sind.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Sonderförderungen der Kindertageseinrichtung "Waldstrolche am Forstbotanischen Garten" e. V., Postfach 50 18 45, 50978 Köln
3352/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Damit angenommen. Sehr schön, beneidenswerte Kinder.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Freiwillige Versicherung -
4272/2010

Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Pflichtversicherung -
4304/2010

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Somit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Überörtliche Prüfung der bestimmungsgemäßen Verwendung zweckgebundener Staatszuweisungen "für kommunale Orchester, Musikschulen und Musikfeste" der Stadt Köln von Juli 2009 bis Januar 2010 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
4405/2010

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (AVG)
hier: Verschmelzung der Tochtergesellschaften BAV GmbH und GVG mbH
4799/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen.

Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2009 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 4308/2010

Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Somit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Einrichtung einer Koordinationsstelle für ein MRE-Netzwerk (Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung multiresistenter Erreger sowie Verbesserung der Schnittstellen zwischen den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung) für die Stadt Köln 3267/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen nicht über den Beschlusstext, sondern über die Alternative abstimmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Nur zur Klarstellung: Wir stimmen nicht wie Verwaltungsvorlage ab, sondern wie Gesundheitsausschuss mit der Ergänzung, die Herr Paetzold im Ausschuss formuliert hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir schlage Folgendes vor: Zuerst stimmen wir über die Alternative ab, so wie sie von der Fraktion pro Köln genannt worden ist; denn sie ist die weitergehende. Dann stimmen wir ab über die Vorlage in der Fassung, wie sie im Gesundheitsausschuss beschlossen wurde.

Wer für die Alternative ist, wie von der Fraktion pro Köln gerade genannt, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist sie abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussvorlage in der Fassung des Gesundheitsausschusses. Wer dagegen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist sie so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung hier: Aufgabe 1000-7.6 Übernahme Telefonservice im Rahmen Kooperationen, Einsparvorschlag Nr. 1 Anpassung der Preise für sämtliche Kooperationspartner des Call-Centers auf 1,47 € pro Produktivminute" 4665/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2009 der Beihilfekasse 4664/2010

Wortmeldungen sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2011

4788/2010

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Mitgliedschaft der Stadt Köln im "Filmforum NRW e. V"

4741/2010

Wortmeldungen? - Keine. Ist jemand gegen diese Vorlage? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Somit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-1021, Im Laach Umbau der Kreuzung Lungengasse

2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes

hier: Teilplan1201, Straßen, Wege, Plätze Finanzstelle 6601-1201-1-1021, Im Laach Umbau der Kreuzung Lungengasse

4783/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Köln - Stadt der Vielfalt

Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes

3130/2010

Abstimmung wie Gesundheitsausschuss, Anlage 12. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Dann ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Gemeinschaftsschulen für Köln

4553/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Senol?

(Sengül Senol [Die Linke.Köln]: Ich gebe meine Rede zu Protokoll!)

- Okay. - Frau Senol gibt ihre Rede zu Protokoll[1]. Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich gebe auch zu Protokoll!)

- Herr Thelen gibt seine Rede ebenfalls zu Protokoll[2]. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen sowie meine Stimme. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei den Linken. Wer ist gegen die Vorlage? - Die Fraktionen der CDU, der FDP und pro Köln. Damit ist die Vorlage so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Auflösung der Katholischen Grundschule Palmstraße 1, 50672 Köln-Altstadt-Nord zum 31.07.2011

4811/2010

Wortmeldungen? - Offensichtlich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

10.19 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2008/2009 in analoger Anwendung bei Finanzstelle 5100-0604-0-4000, Baumaßnahmen

hier: Gebäudesanierung Jugendzentrum Sülz (JuZi), Sülzburgstr. 112-118, 50937 Köln

4375/2010

Dazu gibt es Wortmeldungen, zunächst eine Anmerkung von Herrn Klipper. - Bitte schön.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diese Mitteilung wurde uns gestern auch schon im Finanzausschuss vorgelegt. Wir mussten feststellen, dass Kosten für die Sanierung dieses Gebäudes von ungefähr 480 000 Euro entstehen würden, wobei die Renovierung nur 120 Quadratmeter umfasst. Das heißt, für 120 Quadratmeter sollen wir Gelder in Höhe von rund 480 000 Euro ausgeben. Das bedeutet

[1] Anlage 1

[2] Anlage 2

Herstellungskosten von 4 000 Euro pro Quadratmeter.

Wir sehen dies als nicht angemessen an. Deswegen beantragen wir, dass die Verwaltung ihre Vorlage heute zurückzieht und die Beschlussfassung darüber vertagt wird. Wenn dem nicht entsprochen werden kann, werden wir diese Vorlage ablehnen, auch weil wir heute die Information erhalten haben, dass auf dem gleichen Grundstück ein 400 Quadratmeter großes Gebäude für circa 800 000 Euro neu gebaut werden könnte. Der Preis pro Quadratmeter würde also bei 2 000 Euro liegen, außerdem wäre ein Neubau eher adäquat. Diese Lösung würden wir unterstützen, alles andere nicht, auch wenn man dann noch etwas länger mit diesem Provisorium leben muss. Derzeit herrscht sowieso Baustopp in dem Gebäude. Also: Wir würden die wirtschaftlichere Variante mit mehr Quadratmetern bevorzugen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dazu direkt die Beigeordnete Frau Dr. Klein.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Klipper, ich kann die Diskussion um die Kostensteigerung gut nachvollziehen. Auch wir hatten uns das anders vorgestellt. Allerdings - und das darf man dabei nicht vergessen - ist dieser Umstand einer jahrelang fehlenden Bauunterhaltung geschuldet. Wenn man ein Gebäude nicht regelmäßig wartet, kommt später eben ein Ergebnis heraus, das man sich vorher so nicht vorgestellt hat.

Kern ist Folgendes: Wir hatten schon vor einiger Zeit das Dach instand setzen lassen. Es ist also schon investiert worden. Hinzu kommt, dass wir auf dieses Gebäude angewiesen sind. Das JuZi ist im Moment in eine Immobilie der Wohnungswirtschaftsbetriebe ausgelagert. Diese wiederum wollen dort sozialen Wohnungsbau errichten, weswegen Landesmittel gebunden sind. Das heißt, wir sind, wenn man so will, Teil einer gewissen „Nahrungskette“. Wir sind darauf angewiesen, dass uns dieses Gebäude in einem vertretbaren Zeitraum schnell wieder zur Verfügung steht. Dass wir die Jugendeinrichtung dort brauchen, ist, glaube ich, insgesamt unbestritten. Deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn Sie dieser Vorlage zustimmen könnten.

Noch ein Wort zu den Kostensteigerungen: Jetzt stehen etwas über 400 000 Euro in Rede. Wir werden durch ein sehr stringentes Kostenmanagement gemeinsam mit der Gebäudewirtschaft sehr darauf achten, dass dieser Kostenrahmen eingehalten wird, damit uns keine weiteren Überraschungen in dieser Hinsicht blühen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Klipper noch einmal.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Unabhängig davon, was Frau Dr. Klein eben dazu mitgeteilt hat, halten wir die Vorlage für nicht zustimmungsfähig. Nach unseren Informationen - sie wurden uns erst heute übermittelt; wir müssen sie natürlich noch prüfen - sind bisher rundgerechnet 80 000 Euro ausgegeben worden. Sie müssen bedenken: Wir müssten jetzt noch einmal zusätzlich 400 000 Euro für die Renovierung von 120 Quadratmetern ausgeben. Das stünde in keinem Verhältnis zu einem Neubau von 400 Quadratmetern, für den man heutzutage 800 000 Euro ausgeben müsste. Das muss von unserer Seite noch einmal geprüft werden.

Wir bitten Sie daher, wenn hier keine Entscheidung für einen Neubau getroffen werden kann, die Vorlage zurückzunehmen oder die Beschlussfassung darüber heute zu vertagen, um das noch einmal im Einzelnen prüfen zu können.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es noch Beratungsbedarf zwischen den Fraktionsvorsitzenden? - Das ist nicht der Fall. Es gibt keinen weiteren Beratungsbedarf. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt.

> (Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich hatte beantragt, die Beschlussfassung zu vertagen?)

- Ja, richtig. - Wer ist für die Vertagung der Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt, wie von der CDU-Fraktion beantragt? - Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen.

Wer für diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Linken und Herr Zimmermann. Damit ist die Vorlage so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

10.20 KölnPass: Aufrechterhaltung des Erstattungsanspruches der KVB im Rahmen der Finanzierung der KölnPass-Tarife im Haushaltsjahr 2010

4409/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 SGB-II-Neuorganisation; Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit Köln

4870/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Helling.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wollte nur sagen: Wir müssen abstimmen in der Version des Sozialausschusses.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Abstimmung soll gemäß Beschluss der Sondersitzung des Sozialausschusses, Anlage 2, erfolgen.

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. - Entschuldigung, die Linke enthält sich. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

10.22 Kliniken der Stadt Köln gGmbH

hier: Übernahme von Ausfallbürgschaften

5056/2010

Ich sehe wiederum keine Wortmeldungen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist es so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

10.23 Abschluss einer Vereinbarung zur Ausweitung der Kooperation mit der Stadt Siegburg auf Stufe 2

2183/2010

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

10.24 Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojektes "Wallraf - Der Museumsbus"

4507/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

10.25 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung

hier: Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 7, Erhöhung Beiträge zum Mittagessen

5062/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diese Maßnahmen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FDP, pro Köln, der CDU, der Linken sowie Herr Zimmermann. Wer für die Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen sowie der Oberbürgermeister. Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

10.26 Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige - Ausbauplanung bis 2013

hier: Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII

4875/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist sie angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.27:

10.27 Errichtung eines Familienparks unter der Zoobrücke in Köln-Mülheim

3547/2010

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit so angenommen, sehr zur Freude der Familien.

Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

10.28 Verlängerung der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger als Bestandteil einer integrierten Substitutionsambulanz

3261/2010

Wer ist gegen diese Vorlage? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann so angenommen, Maßnahme verlängert.

Zu Tagesordnungspunkt 10.29:

10.29 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010

5223/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Das muss in der Version Integrationsrat wie Anlage 5 abgestimmt werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Wir stimmen jetzt ab über die Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren in der Fassung des Beschlusses des Integrationsrates, Anlage 5. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.30:

10.30 Durchführung von drittmittelfinanzierten Projekten im Rahmen des ESF-BAMF-Programms "Berufsbezogene Sprachförderung"

4660/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.31:

10.31 Konjunkturprogramm II, Beschleunigung von Verfahren, Verlängerung der derzeitigen Regelung

5102/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Somit einstimmig angenommen, zur Freude unserer Wirtschaft.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 71473/02
Arbeitstitel: Alte Wipperfürther Straße in Köln-Buchheim
4366/2010

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 4024 c
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Schmiedegasse in Köln-Weidenpesch
4474/2010

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Niemand. Somit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.2:

13.2 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 4024 d
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Floriansgasse in Köln-Weidenpesch
4479/2010

Gegenstimmen? - Pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Robert-Perthel-Straße/Longericher Straße in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen
1. Änderung
3711/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest: Herr Sterck stimmt hier, wie angekündigt, nicht mit. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Satzungsänderung? - Die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

**14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen
Arbeitstitel: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen
4534/2010**

Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Damit angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 214. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4349/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Gegenstimmen? - Von der Fraktion pro Köln. Somit angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Bestellung von Frau Gabriele C. Klug zur Ersten Betriebsleiterin
5078/2010**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Benennung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Schule und Weiterbildung
5140/2010**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Somit beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -
5144/2010**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Aufsichtsrat KölnBäder GmbH
AN/2213/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Neubesetzung von Aufsichtsräten
5207/2010**

Wortmeldungen dazu? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Somit beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
hier: Benennung der sechs Abgeordneten der Stadt Köln
5265/2010**

Gewählt wird nach dem Verfahren Hare/Niemeyer.

Zunächst geht es um die Wahl der vom Rat entsandten Mitglieder mit Stimmrecht. Benannt worden sind: Frau Scho-Antwerpes, Frau dos Santos Herrmann, Frau Gärtner, Herr Klipper,

Frau Moritz und Herr Wolf. - Das ist dieselbe Verteilung wie schon in der Vergangenheit.

Gibt es anderweitige Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diese Namensvorschläge ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln sind die Damen und Herren so gewählt.

Wir haben die Möglichkeit, auch Gäste zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages zu entsenden. - Dazu hatte sich Herr Zimmermann gemeldet.

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schlagen vor, die bewährte Praxis fortzuführen, Gäste zu entsenden, auf eigene Kosten. Man sollte die Zahl ebenfalls auf sechs begrenzen und sie nach Hare/Niemeyer bestimmen. - Das ist unser Vorschlag.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Ich denke, zumindest bei der Entsendung von Gästen ist zu überlegen, ob man nicht jeder der sechs Fraktionen die Möglichkeit einräumen sollte, einen Vertreter zu entsenden. Schließlich repräsentieren diesen Rat alle Fraktionen. Ich schlage daher vor, dass die sechs Gäste auch die sechs Fraktionen repräsentieren, die hier im Rat vertreten sind.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay, gut. - Dann stimmen wir über diesen Vorschlag ab. Wer für den Vorschlag von Herrn Wiener ist, alle sechs Fraktionen bei der Besetzung zu bedenken, bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist das abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Vorschlag, dass auch bei der Gästeliste entsprechend der Verteilung der stimmberechtigten Mitglieder verfahren wird. Wer gegen diese Verteilung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist das so bestimmt. Die Fraktionen werden die jeweiligen Personen benennen, deren Namen dann dem Deutschen Städtetag übermittelt werden.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung einer Sachkundigen Bürgerin im Ausschuss für Anregungen und Beschwerde
AN/2293/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Damit so gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Vorschlag von Mitgliedern für den Beirat der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) gem. § 18 d Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II)
5272/2010

Wie in der Vergangenheit sind hier die vier sozialpolitischen Sprecher vorgesehen. Folgende Mitglieder sind vorgesehen: Herr Dr. Walter Schulz, Herr Ensmann, Herr Helling und Frau Hoyer.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer gegen diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Linken ist diesem Vorschlag zugestimmt worden.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Nachwahl eines Sachkundigen Einwohners für den Schulausschuss
AN/2372/2010

Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist es so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

17.10 Antrag der Fraktion pro Köln

hier: Nachwahl eines Sachkundigen Einwohners für den Sportausschuss

AN/2s373/2010

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das ebenfalls so beschlossen.

Der öffentliche Teil unserer Sitzung ist damit beendet.

(Schluss: 18.44 Uhr)

Anlage 1

Zu Protokoll gegebene Rede des Ratsmitgliedes Sengül Senol (Die Linke.Köln) zu Tagesordnungspunkt 10.16, Gemeinschaftsschulen für Köln 4553/2010

Sengül Senol (Die Linke.Köln): Positiv an den drei Bewerbungen für Gemeinschaftsschulen ist:

- Alle wollen integrierte und nicht nach Bildungsgängen getrennte Klassen ab Klasse 6.

- Alle wollen inklusiven Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülern anbieten.

- Alle drei Hauptschulen sind sehr engagiert und haben im Rahmen des Schulversuchs „Gemeinschaftsschule“ ein gutes Konzept vorgelegt.

Trotz dieser positiven Elemente sieht sich unsere Fraktion nicht in der Lage, dem Antrag zuzustimmen. Die Eckpunkte der Landesregierung sehen eine - Zitat - „Errichtung in der Regel durch Zusammenführung bestehender Schulen“ vor. Das heißt, mindestens eine Realschule müsste neben der Hauptschule beteiligt sein. Doch keine der drei Schulen sieht einen Zusammenschluss vor.

Werden sie wirklich längeres gemeinsames Lernen erreichen, wenn sie nur aus Hauptschulen entstehen, oder besteht nicht eher die Gefahr, dass die alten Hauptschulen mit neuem Etikett weitergeführt werden? Dann werden Schülerinnen und Schüler, die bisher Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen besucht haben, auch weiterhin diese Schulformen vorziehen, zumal auch die Gesamtschulen ein Konzept des gemeinsamen Lernens haben.

Die Gefahr besteht, dass diese Schulen als umetikettierte Hauptschulen gelten. Das hat Auswirkungen auf die soziale Durchmischung der Schülerinnen- und Schülerschaft und das wiederum auf die Erfolgschancen bei der späteren Evaluierung.

Wir von der Linken sehen auch das Fehlen einer gymnasialen Oberstufe kritisch. Alle drei Schulen werden keine integrierte Oberstufe haben, sondern eine Kooperation anstreben. Kooperation kann ja nicht nur heißen, dass Schülerinnen und Schüler mit einem Qualifizierten Hauptschulabschluss an einer Sek-II-Schule aufgenommen werden - das ist ja heute auch schon so -, sondern dass die Sek-II-Schule auch die Inhalte der Gemeinschaftsschule mitbestimmt. Das ist notwendig, um gymnasiale Standards in den Klassen 5 bis 10 zu etablieren.

Bekanntlich verfolgt die Linke eine Schulentwicklung, die der Forderung „Eine Schule für alle“ entspricht, die auf eine Aufhebung der hochgradig selektiven gegliederten Schulstruktur abzielt. Mit der Gründung von Gemeinschaftsschulen werden zwar punktuell wichtige Schritte in diese Richtung unternommen; sie bleiben aber im Resultat hinter dem Ziel „Eine Schule für alle“ zurück.

Das Gymnasium als sozial und pädagogisch problematische Schulform bleibt unangetastet. Es wird sogar noch stabilisiert durch die institutionalisierte Oberstufenkooperation. Somit bleibt es bei der Selektion zulasten benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Chancengleichheit sieht anders aus.

Demgegenüber kommen Gesamtschulen der Zielsetzung „Eine Schule für alle“ ein deutliches Stück näher. Diese haben aufgrund ihrer Größe bessere Möglichkeiten zur Binnendifferenzierung. Mit einer integrierten Oberstufe stellen sie einen wirklichen Neuanfang dar. Das macht sie für das potenzielle neue Kollegium und für Eltern, die ihr Kind sonst auf ein Gymnasium schicken würden, attraktiver.

Wir von der Linken machen uns daher stark für eine deutliche Ausweitung des Gesamtschulangebots in Köln. Wir sehen uns in dieser Orientierung bestätigt durch die im vergangenen Jahr durchgeführte Elternbefragung sowie durch die hohe Anzahl von Kindern, die in Ermangelung entsprechender Kapazitäten Jahr für Jahr an den Gesamtschulen abgewiesen werden müssen. Es ist durchaus möglich, in den vorhandenen Gebäuden, den bisherigen Hauptschulstandorten zum Beispiel, Gesamtschulzweige anzusiedeln, wenn man sich die Gründung ganz neuer Gesamtschulen nicht zutraut.

Weil wir von der Linken Gemeinschaftsschulen trotz der erwähnten positiven Akzente als zu kurz gesprungen ansehen und stattdessen die Einrichtung weiterer Gesamtschulen für Köln fordern, werden wir uns in der hier anstehenden Abstimmung enthalten. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Rede des Ratsmitglieds Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen) zu Tagesordnungspunkt 10.16, Gemeinschaftsschulen für Köln 4553/2010

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Ich erspare Ihnen, dass ich noch einmal die inhaltlichen Punkte im Einzelnen aufzähle, die die Gemeinschaftsschule charakterisieren. Entscheidend ist doch Folgendes: Ist dieser Modellversuch nötig und sinnvoll, und ist die Realisierung möglich?

Erstens. Nötig und sinnvoll ist der Versuch aus pädagogischen Gründen, weil in Gemeinschaftsschulen die Chance höher ist, dass alle Schülerinnen und Schüler den höchstmöglichen Abschluss erreichen, da sie intensive individuelle Förderung erhalten.

Zweitens. Die Schulen erhalten die Chance, in größerer Freiheit und Verantwortung das Lernen zu gestalten, zum Beispiel von integrativ bis differenziert.

Drittens. Die Errichtung der Gemeinschaftsschule ist nicht zuletzt auch gesellschaftspolitisch notwendig, weil sie geeignet ist, trennende Strukturen abzubauen.

Zur Möglichkeit der Realisierung möchte ich zum einen darauf hinweisen, dass die Elternbefragung ergeben hat, dass es eine hohe Bereitschaft gibt, Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlicher Leistungsfähigkeit und -bereitschaft an den Gemeinschaftsschulen anzumelden. Zusätzlich möchte ich daran erinnern, dass eine hohe Zahl an Plätzen in den Gesamtschulen fehlt. Zum anderen haben die drei Schulen innerhalb kurzer Zeit überzeugende pädagogische Konzepte vorgelegt.

Deshalb begrüßen wir die Initiative und das Engagement der Schulen und die intensive Unterstützung durch die Schulverwaltung.